

SOZIALATLAS

Daten und Fakten über das, was unsere Gesellschaft zusammenhält

2022



IMPRESSUM

Leitung:

Dorothee Schulte-Basta, Ute Brümmer

Redaktion: Dorit Kowitz

Art-Direktion und Infografiken: plan p GmbH

Projektmanagement: Tmnit Zere

Dokumentation und Korrektorat: Katja Lange

Mit Originalbeiträgen von:

Gerhard Bäcker, Ulrike Baureithel, Christina Boll, Irene Dingeldey, Manuel Emmler, Veronika Grimm, Wolfgang Gründinger, Klaus Habermann-Nieße, Raul Krauthausen, Judith Niehues, Barbara Prainsack, Jörg Sauskat, Lukas Schlögl, Josef Schmid, Wolfgang Schroeder, Dorothee Schulte-Basta, Rainer Sprengel, Aysel Yollu-Tok, Tmnit Zere

V. i. S. d. P.: Annette Maennel, Heinrich-Böll-Stiftung

1. Auflage, März 2022

Der Sozialatlas liegt am 5.3.2022 der Abbonnentaufgabe der Tageszeitung „taz“ bei und liegt im März/April 2022 bundesweit in den ICE-Zügen der Deutschen Bahn aus.

ISBN 978-3-86928-240-4

Produktionsplanung: Elke Paul

Druck: Bonifatius Druck, Paderborn

Klimaneutral gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Dieses Werk mit Ausnahme des Covers steht unter der Creative-Commons-Lizenz „Namensnennung – 4.0 international“ (CC BY 4.0). Der Text der Lizenz ist unter <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/legalcode> abrufbar.

Eine Zusammenfassung (kein Ersatz) ist unter <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de> nachzulesen.

Sie können die einzelnen Infografiken dieses Atlas für eigene Zwecke nutzen, wenn der Urhebernachweis

Heinrich-Böll-Stiftung, Sozialatlas 2022 | plan-p CC-BY-4.0 in der Nähe der Grafik steht

(bei Bearbeitungen: Heinrich-Böll-Stiftung, Sozialatlas 2022 | plan-p (M) CC-BY-4.0).

Cover-Copyright: © plan-p

BESTELL- UND DOWNLOAD-ADRESSE

Heinrich-Böll-Stiftung, Schumannstraße 8, 10117 Berlin, www.boell.de/sozialatlas

Der Sozialatlas kann auch im Klassensatz für den Unterricht bestellt werden.

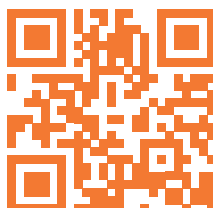
Die Bestellbedingungen finden Sie auf unserer Website boell.de/publikationen.

DER PODCAST ZUM SOZIALATLAS

Die Vermessung des Sozialen in der Gesellschaft gibt es auch zum Hören. Was sind die Grundlagen des Sozialen? Wie funktioniert der Sozialstaat? Welche Herausforderungen hat er künftig zu bewältigen? Wo liegt der Erneuerungsbedarf, und welche Debatten werden in einzelnen Politikfeldern dazu geführt?

Um diese und andere Fragen geht es in unserem vierteiligen Böll.Spezial zum Sozialatlas. Diesen und weitere Podcasts der Heinrich-Böll-Stiftung können Sie auf unserer Webseite, bei Soundcloud, Spotify, Apple-Podcasts oder in der Podcast-App Ihrer Wahl abonnieren.

Scannen Sie den QR-Code oder geben Sie folgenden Link ein, um den Podcast zum Sozialatlas zu hören: boell.de/sozialatlas-podcast





SOZIALATLAS

Daten und Fakten über das, was unsere Gesellschaft zusammenhält

INHALT

02 IMPRESSUM

06 VORWORT

08 ZWÖLF KURZE LEKTIONEN WIE DAS SOZIALE GESTÄRKT WIRD

10 SOZIALER ZUSAMMENHALT WAS DIE GESELLSCHAFT VERBINDET

Der Mensch als soziales Wesen bildet Gemeinschaften und schafft Regeln für das Zusammenleben, Gemeinsinn und Wohlstand stärken das gegenseitige Vertrauen.

12 DIE SOZIALE FRAGE DER WEG ZUM WOHLFAHRTSSTAAT

Gesellschaftliche Veränderungen sind zugleich Treiber und Ergebnis staatlich organisierter Sozialpolitik. Eine Entwicklungsgeschichte.

14 SOZIALSYSTEM KOMPLEX, ABER GESTALTBAR

Eine Vielzahl rechtlicher Grundlagen regelt die Ansprüche auf Leistungen zur Existenzsicherung und Daseinsfürsorge. Politik gestaltet sie über Gesetze, manchmal stoßen Gerichtsurteile Änderungen an.

16 STAAT UND MARKT AUF EINANDER ANGEWIESEN

Der Staat kann ein grundlegendes Sicherungsniveau schaffen, wenn Wettbewerb und Wertschöpfung ermöglicht werden. Rechtlich, finanziell sowie organisatorisch funktioniert das Zusammenspiel auf vielen Ebenen und über drei Prinzipien: Äquivalenz, Solidarität und Subsidiarität.

18 SOZIALBUDGET WOHLSTAND SCHAFFT SICHERHEIT

Die Mittel für den Ausgleich der Lebensverhältnisse finanzieren sich im Wesentlichen durch Sozialversicherungsbeiträge und Steuern. Sie beruhen auf einer hohen Wertschöpfung, die erarbeitet und verteilt werden muss.

20 WOHLFAHRTSMIX DIE STARKEN PARTNER DES STAATES

Verbände, Gewerkschaften sowie gemeinnützige Stiftungen und Vereine setzen mit ihren Angeboten Sozialpolitik in die Tat um. Das kooperative Zusammenleben der Gesellschaft wäre ohne diesen „Dritten Sektor“ undenkbar.

22 VERANTWORTUNG NEUE VIELFALT DER FAMILIENMODELLE

Menschen übernehmen in unterschiedlichen Konstellationen dauerhaft Verantwortung füreinander, das geltende Recht trägt dem bisher nur teilweise Rechnung. Vor allem viele Alleinerziehende brauchen eine bessere Unterstützung.

24 ZIVILGESELLSCHAFT ENGAGEMENT, DAS ZUSAMMENHÄLT

In Ehrenämtern und über unbezahlte Freiwilligenarbeit geben Bürgerinnen und Bürger Geld, Zeit, Güter und Ideen für das Gemeinwohl. Sie leisten damit einen Beitrag zum Zusammenhalt, den der Staat allein nicht erbringen kann, und stärken so die Demokratie.

26 LEBENSÄUME LÖSUNGEN FÜR STADT UND LAND

Gegensätze in der Bevölkerungsentwicklung fordern die Kommunen heraus: Sind diese attraktiv, liegen die Mieten und Immobilienpreise häufig zu hoch. Andere Regionen wiederum leiden unter Abwanderung und damit schrumpfenden Finanzen.

28 KINDHEIT UND JUGEND CHANCEN FÜR MORGEN

Elternhaus und Einkommen sind nach wie vor ausschlaggebend dafür, welchen Bildungsweg Kinder einschlagen. Wichtig sind kluge Investitionen in die Qualität von Schulen und die soziale Infrastruktur.

30 ARBEIT BESCHÄFTIGUNG IM WANDEL

Immer mehr Menschen sind erwerbstätig. Die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ermöglicht Übergänge zwischen Erwerbsformen, fördert Qualifikationen und gibt Starthilfen zur Selbstständigkeit.

32 INKLUSION MEHR MITEINANDER

Gesellschaft soll für Menschen mit Behinderung so gestaltet sein, dass diese gleichberechtigt teilhaben können. Dafür müssen Barrieren abgebaut und Benachteiligungen aufgehoben werden.

34 GESUNDHEIT DER PREIS DES FORTSCHRITTS

Die medizinische Versorgung wird in Deutschland auf hohem Niveau gewährleistet, die Prävention gewinnt an Bedeutung. Doch die gesetzliche Krankenversicherung braucht ein breiteres finanzielles Fundament, damit das so bleibt. Eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen, kann eine Lösung sein.

36 EINKOMMEN EXISTENZEN SICHERN

Die große Mehrheit der Menschen verdient ihr Geld mit Erwerbsarbeit. Wer aber erwerbslos ist oder aus anderen Gründen nicht genügend Einkünfte erzielen kann, ist auf staatliche Unterstützungsleistungen angewiesen.

38 ALTER AKTIV IN DER DRITTEN LEBENSPHASE

Die Jahre im Ruhestand werden mehr, viele Menschen verbringen sie aktiv und erfüllt. Voraussetzung dafür sind ein guter Gesundheitszustand und eine auskömmliche Altersversorgung. Die gesetzliche Rentenversicherung reicht dafür nicht immer aus.

40 PFLEGE ANGEHÖRIGE UND FACHKRÄFTE STÄRKEN

80 Prozent der pflegebedürftigen Menschen werden zu Hause versorgt. Aber die Zahl der Heimplätze und ambulanten Versorger nimmt zu – und damit der Bedarf an Personal. Ermöglichen muss die Gesellschaft beide Modelle.

42 WOHLSTANDSSICHERUNG NEUE STRUKTUREN, NEUE WERTE

Die Pandemie hat die Digitalisierung beschleunigt. Jetzt steht die grundlegende Veränderung in der Energie- und Klimapolitik an. Deutschland und die EU fördern den Wandel mit umfangreichen Programmen. Die tragende Säule aber müssen privatwirtschaftliche Investitionen sein. So wird die Transformation zur Quelle für eine umweltgerechte Wertschöpfung.

44 GESELLSCHAFT IM WANDEL BESTÄNDIGE VERÄNDERUNG

Wirtschaftliche Umbrüche, politische Entscheidungen und unvorhersehbare Ereignisse halten die Gesellschaft in Bewegung und bringen Fortschritt. Das ist so nötig wie konfliktreich. Denn mit dem Neuen wachsen die Ansprüche und Ängste.

46 SOZIALE INNOVATIONEN WENN IDEEN POLITIK WERDEN

Visionen können die Welt verändern. Wege zu mehr Chancengerechtigkeit finden, Wachstum neu definieren sowie einen Wohlstand ohne Umweltzerstörung ermöglichen – diese Themen prägen die Debatten unserer Zeit.

48 AUTORINNEN UND AUTOREN, QUELLEN VON DATEN, KARTEN UND GRAFIKEN

50 ÜBER UNS

VORWORT

Die soziale Frage ist eine der wichtigsten und zugleich herausforderndsten Fragen unserer Zeit. An ihrer Beantwortung sind alle Bürgerinnen und Bürger sowie unterschiedliche Akteursgruppen auf allen Ebenen beteiligt – von der (Wahl-)Familie über Vereine, Verbände und Zivilgesellschaft bis hin zu Wirtschaft, Politik und Verwaltung. Divergierende Zielvorstellungen und Ansätze stehen gegeneinander und müssen austariert werden. Vor allem aber geht die soziale Frage weit über eine materielle Perspektive hinaus. Es geht um gerechte Teilhabe und gleiche Chancen, um Sicherheit im Wandel und um Anerkennung von Lebensentwürfen und Lebensleistungen. Im Sozialen kommen alle Bereiche des Lebens in ihrer Vielfalt zusammen. Das macht es spannend und kompliziert, das macht es persönlich und politisch zugleich.

Oft proklamierte „einfache Lösungen“ in den Debatten um Ausgleich und Anerkennung, um Chancen und Gerechtigkeit werden der komplexen Wirklichkeit nicht gerecht. Hinzu kommt: Die Herausforderungen der Zukunft bringen die Sozialsysteme an ihre Grenzen. Stichworte sind hier: eine sich rasant verändernde Arbeitswelt, demografischer Wandel, die Chancen der Migration. Der Erneuerungsbedarf ist hoch, aber einfache Lösungen sind nicht möglich. Zunächst muss es darum gehen, das System zu verstehen.

” **Die Ausgleichswirkung des Sozialstaates ist immens, die Absicherung vielfältiger Lebensrisiken umfassend, absolute Armut in Deutschland die Ausnahme.**

Der Atlas bringt mit Daten und Fakten zu 19 Themen in sechs Themenzusammenhängen Übersicht in die Komplexität des Sozialen: die Grundlagen des Sozialen, der Sozialstaat und das Soziale in der Gesellschaft sowie Chancen, Sicherheit und Wandel im gesamten Lebenslauf. So wird sichtbar, dass der soziale Zusammenhalt ein komplexes Zusammenspiel unterschiedlicher Ebenen ist – Bürgerinnen und Bürger als Teil des Ganzen, die Familien, der Staat, die gesellschaftlichen und ökonomischen Zusammenhänge. Das Soziale in der Gesellschaft neu zu vermessen, das ist Anliegen dieses Atlas.

Eine Herausforderung ist dabei die Bewertung des Sozialen. Es steht außer Zweifel, dass die Entwicklung des Sozialstaates eine Erfolgsgeschichte ist. Der deutsche Sozialstaat ist leistungsfähig und trägt zu einer abgesicherten Gesellschaft bei: Die Ausgleichswirkung ist immens, die Absicherung vielfältiger Lebensrisiken umfassend, absolute Armut in Deutschland die Ausnahme. Und doch bleibt viel zu tun. Es gibt deutliche Ungleichheiten, dazu gehört eine ausgeprägte relative Armut. Es gibt strukturell bedingte Lebensrisiken, etwa für Alleinerziehende, ungleiche Lebenschancen, die gerade Kinder und Jugendliche in ihren Entwicklungsperspektiven

beschränken. Das sind strukturelle Probleme, über Jahrzehnte gewachsen. Sie gefährden die Funktionsweise, die Legitimität und das Vertrauen in den Sozialstaat.

Die 2020er-Jahre müssen ein Jahrzehnt der Veränderung und der Modernisierung werden! Die genannten Zukunftsfragen müssen angepackt und gelöst werden. Vor allem muss der ökologische Umbau sozial gerecht, ausgewogen und abgesichert sein. Neue Lebenswelten und -entwürfe müssen ebenso wie die alternde Gesellschaft berücksichtigt werden. Nicht auf alle Fragen liegen schon tragfähige Antworten vor.

Leistungsfähigkeit im Wandel und Erneuerung für den sozialen Zusammenhalt in einer globalisierten Welt und einem zusammenwachsenden Europa – die Anpassungsbedarfe, vor denen der Sozialstaat ebenso wie die Gesellschaft stehen, sind immens. Daraus ergeben sich individuelle, gesellschaftliche, ökonomische und politische Handlungsaufträge. Den Sozialstaat und das Soziale der Gesellschaft zu erhalten und anzupassen wird nur gelingen, wenn Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsam Lösungen aushandeln, bei denen die Rechte und die Teilhabe aller gewahrt bleiben und die unterschiedlichen Anliegen in einen demokratischen Ausgleich gebracht werden. Es geht im Kern darum, gemeinsam eine krisenfeste Gesellschaft demokratisch, ökologisch und sozial nachhaltig zu gestalten.

” Das Soziale der Gesellschaft zu erhalten wird nur gelingen, wenn Politik, Wirtschaft und Gesellschaft gemeinsam Lösungen aushandeln.

Dafür braucht es vor allem gute soziale Infrastrukturen, aber auch gute Konzepte für eine gerechte Teilhabe und faire Chancen, jetzt und im Generationenverlauf.

Nicht alles kann in der Kürze des Heftes besprochen werden, was an anderer Stelle bereits diskutiert wird, etwa die Sichtbarwerdung und Verschärfung bestehender Problemlagen durch die Corona-Pandemie. Anderes kann nur teilweise Erwähnung finden, wie die Verschränkung von ökologischer und sozialer Gerechtigkeit oder die Herausforderung sozialer Politik auf europäischer Ebene. Der Atlas will die Voraussetzungen für eine informierte Debatte schaffen und eine fundierte Meinungsbildung unterstützen. Mischen Sie sich ein und bleiben Sie realistisch, sagen wir mit Heinrich Böll und wünschen Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine anregende Lektüre!

Dr. Ellen Ueberschär
Heinrich-Böll-Stiftung, Vorstand

Dr. Sebastian Bukow
Heinrich-Böll-Stiftung, Bereich Inland

WIE DAS SOZIALE GESTÄRKT WIRD

1 Der Zusammenhalt der Gesellschaft basiert auf einem starken sozialen Netz und auf Strukturen, die allen Menschen Selbstbestimmung und Teilhabe ermöglichen: Das ist eine **WICHTIGE GRUNDLAGE DER DEMOKRATIE** und jeder persönlichen Entfaltung.

2 Seit etwa 150 Jahren garantiert der Sozialstaat in Deutschland eine **VIelfÄLTIGE ABSICHERUNG**. Die Leistungen wurden immer umfangreicher. Heute tragen Staat, Wirtschaft, Verbände und Gesellschaft zur sozialen Sicherheit bei.

3 Ob Wettbewerb oder Arbeitsmärkte – einer globalisierten Wirtschaftswelt eröffnet die europäische Integration die Möglichkeit zur **LÖSUNG GRENZ-ÜBERGREIFENDER PROBLEME**, die Nationalstaaten allein nicht lösen können.

4 Sozialversicherungen basieren auf dem Prinzip, dass Bürgerinnen und Bürger in der Not im Lebensverlauf **FÜREINANDER EINSTEHEN**. In Deutschland sind so die großen Lebensrisiken abgesichert. Verbeamtete und Selbstständige sind davon weitgehend ausgenommen.

5 Soziale Gerechtigkeit und Wohlstand müssen auch **FÜR KOMMENDE GENERATIONEN GESICHERT** sein. Um ökologische, soziale und ökonomische Ziele zusammenzuführen, braucht es daher eine soziale Marktwirtschaft, die diese Dimensionen angemessen berücksichtigt.

6 Je größer der Wohlstand eines Landes, desto höher seine Sozialausgaben. Deutschland gibt hier rund **30 PROZENT DES BRUTTOINLANDS-PRODUKTS** aus – zehn Prozent mehr als der Durchschnitt der OECD-Staaten.



7

Sozialrecht und **SOZIALLEISTUNGEN SIND KEINE ALMOSEN**, sondern gesetzlich verbürgt: Das Sozialrecht regelt die Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger gegenüber dem Staat. Das schafft Sicherheit und Verlässlichkeit.



8

Die Corona-Krise hat den **WERT FUNKTIONIERENDER SOZIALER INFRASTRUKTUREN** wie Pflegeeinrichtungen, Kinderbetreuung, Beratungs- und Gesundheitseinrichtungen deutlich gemacht.



9

Auch Geldzahlungen sind ein wichtiges Instrument des Staates für die soziale Sicherheit: Es kommt auf einen **INTELLIGENTEN MIX** aus sozialen Dienstleistungen, guten Infrastrukturen und Transferzahlungen an.



10

Ob Metropole, Stadtviertel, Dorf, ob Schule oder Kita – wie **SOZIALER RAUM** gestaltet ist, welche Zugänge er bietet, **SPIELT EINE ZENTRALE ROLLE** in der Gesellschaft. Verfügbarkeit, Qualität und Preise beeinflussen Lebensqualität und Lebenswege.

11

Gesellschaften sind ständig im Wandel. Das bietet viele Chancen für Freiheit, Teilhabe und Selbstbestimmung, birgt aber auch Risiken. Der Sozialstaat schafft hier **SICHERHEIT IM WANDEL**.

12

Der deutsche Sozialstaat sichert Lebensrisiken gut ab und nivelliert ökonomische Ungleichheiten. Dennoch bestehen unterschiedliche Ausgangsbedingungen, etwa durch erschwerte Zugänge zu Bildung. Das **STREBEN NACH CHANCENGERECHTIGKEIT** ist Gegenstand sozialer Politik.

SOZIALER ZUSAMMENHALT

WAS DIE GESELLSCHAFT VERBINDET

Der Mensch als soziales Wesen bildet Gemeinschaften und schafft Regeln für das Zusammenleben, Gemeinsinn und Wohlstand stärken das gegenseitige Vertrauen.

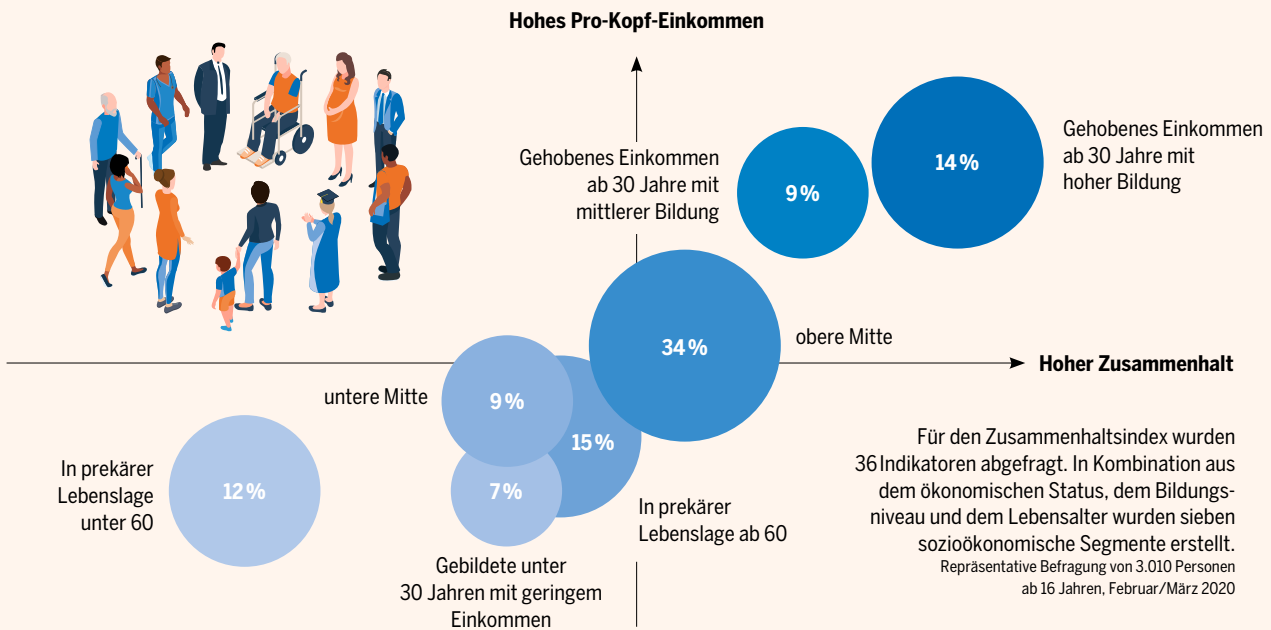
Auch wenn manche Menschen gerne mehr Zeit allein verbringen als andere, so ist es doch fast allen gemein, dass sie in Gruppen zusammenleben und sich organisieren. Darin wirken Bindungskräfte, durch festgelegte Regeln oder Gesetze, die unser Zusammenleben prägen und aufgrund derer die daran Teilhabenden Aufgaben übernehmen. Spätestens seit der Entstehung von Nationalstaaten, die durch ein Staatsgebiet, ein Staatsvolk und eine Staatsgewalt gekennzeichnet sind, werden die sozialen Aufgaben auch – und zunehmend – staatlich organisiert und politisch gesteuert.

Sozialer Zusammenhalt kann also auch zwischen gesellschaftlichen Gruppen bestehen oder hergestellt werden, die nicht durch persönliche Bande, sondern durch übergeordnete Ziele oder Interessen verknüpft sind oder werden. Eine gemeinsame Sprache und Kultur sowie geteilte bürgerliche Werte sind die Bindemittel. Auch öffentliche Rituale und das gemeinsame Erinnern an historische oder kulturelle Erungenschaften spielen insbesondere in Staatsbildungsprozessen eine wichtige und zugleich nicht unproblematische Rolle: Wo Gemeinsames gefeiert wird, wird immer auch jemand oder etwas ausgeschlossen.

Im Zusammenhaltsindex zeigen sich höhere Werte in den oberen Statusgruppen sowie deutliche Abstände der jeweils unteren Einkommenssegmente

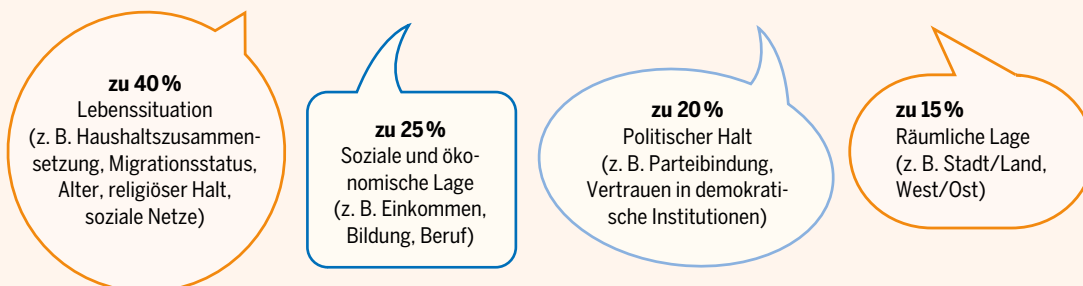
EINKOMMEN UND BILDUNG SIND MASSGEBLICH

Grad des gesellschaftlichen Zusammenhalts, unterteilt in sozioökonomische Gruppen und deren prozentualen Anteil an der Gesamtbevölkerung



GESELLSCHAFTLICHER ZUSAMMENHALT

Welche Faktoren ihn beeinflussen



Das Verbundenheitsgefühl wirkt daher als eine Art Kitt zwischen den Gruppen und ist eine wichtige Bedingung für den Zusammenhalt – und damit für das Funktionieren und den Lebenswert einer Gesellschaft. Schwerwiegende gesellschaftliche Konflikte, etwa extreme soziale Ungleichheit oder strukturelle Benachteiligungen, können diesen Zusammenhalt gefährden. Ein funktionierender demokratischer Rechtsstaat dagegen mit seiner Gewaltenteilung, den anerkannten Institutionen zur Konfliktlösung und für den sozialen Ausgleich stärken die Verbundenheit. Häufig gibt es in Gesellschaften mit hohem Zusammenhalt eine Übereinkunft darüber, welchen Zweck staatliche Institutionen erfüllen sollen und wo die Grenze zwischen der Freiheit des Einzelnen und staatlicher Regelung gezogen wird. Beispielformig genannt sei hier die Steuerpflicht.

Eine weitere messbare Größe für den sozialen Zusammenhalt ist die Bereitschaft der Menschen, zur Gesellschaft, deren Teil sie sind, etwas beizutragen. Das kann ein Bekenntnis zur Einhaltung der Rechtsordnung sein, die Akzeptanz von Steuern und Abgaben oder ehrenamtliche Arbeit.

Man muss, wenn man von einem erstrebenswerten sozialen Zusammenhalt spricht, verstehen, auf welches „Wir“ man sich bezieht. So kann der Verbund innerhalb eines Dorfes oder unter den Mitgliedern einer religiösen Gemeinschaft groß sein, während sich dieselben Menschen gleichzeitig von gesellschaftlichen Prozessen abgrenzen.

Will man die Bindungskräfte messen, müssen unterschiedliche Aspekte berücksichtigt werden, zum Beispiel: Gibt es in der Gesellschaft große soziale, ökonomische oder regionale Gefälle? Können auch Menschen am kulturellen und politischen Leben teilhaben, die über wenig Vermögen verfügen oder mit Krankheiten leben? Ein wiederkehrender Befund in Untersuchungen dazu ist, dass Gesellschaften mit größerem materiellen Wohlstand und weniger Ungleichheit im Allgemeinen von stärkerem zwischenmenschlichen Vertrauen und damit größerem sozialen Zusammenhalt gekennzeichnet sind.

Solidarität – die Bereitschaft, Mitmenschen zu unterstützen, mit denen man sich verbunden fühlt – kann auf unterschiedlichen Ebenen entstehen: von Mensch zu Mensch, in einer Gruppe oder in institutionalisierter Form. Ein Beispiel für Letzteres ist das öffentliche Gesundheitssystem.

Sich miteinander zu verbünden fördert aber nicht immer den Zusammenhalt. Es kann genauso gut ausschließen, denn jedes „Wir“ hat ein Außen. Wenn man von Beistand aus Gründen ausgeschlossen ist, die man nicht oder nur schwer ändern kann, etwa aufgrund des Geschlechts, der Religion oder des Bildungsstatus – dann kann exklusive Solidarität problematisch für jene sein, die nicht dazugehören.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie ambivalent Solidarität wirken kann: Als es um den Zugang zu Impfstoffen ging, führte das zwischen den Nationen zu Egoismen, und man stritt um Kontingente. Dieselbe Krise motivierte die Staaten jedoch auch, den Notleidenden europäischen Nachbarn medizinisches Gerät zur Verfügung zu stellen oder ausländische Intensivpatienten aus anderen Ländern zur Behandlung einzufliegen.

Inklusive Formen der Solidarität bauen auf einen politischen Diskurs, der die Gemeinsamkeiten zwischen Menschen betont und Toleranz fördert, der auf Zugang zu öffentlichen Institutionen setzt, die die Grundbedürfnisse aller

WIE EINKOMMEN UND VERMÖGEN GERECHT VERTEILT WERDEN SOLLEN

Zustimmung zu verschiedenen Prinzipien der Umverteilung 2018/2019, in Prozent

Bedarfsprinzip



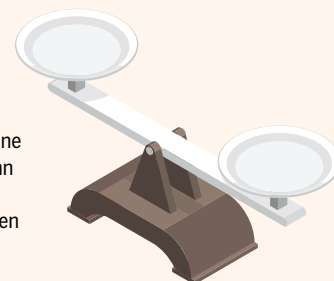
stimmen der Aussage zu: „Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn Geld und Güter so verteilt werden, dass sie grundlegende Bedürfnisse decken.“

Gleichheitsprinzip



stimmen der Aussage zu: „Eine Gesellschaft ist gerecht, wenn Einkommen und Vermögen gleichmäßig auf alle Menschen verteilt sind.“

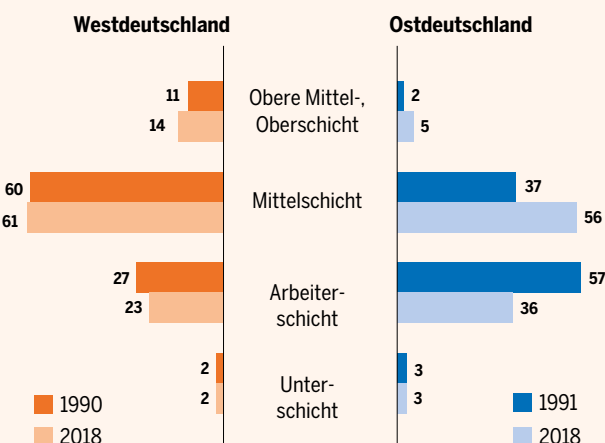
Mehrfachnennungen möglich



© HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG, SOZIALATLAS 2022 | BPB

ZU WELCHER SCHICHT ZÄHLEN SIE SICH?

Subjektive Schichtzugehörigkeit 1990/1991 und 2018, in Prozent



Im Jahr 2018 fühlt sich auch in Ostdeutschland die Hälfte der Bevölkerung der sozialen Mitte zugehörig, 1991 sah sich die Mehrheit noch bei der Arbeiterschicht

Menschen befriedigen – und auf effektive Konfliktlösung. Aktuell zeigt sich an der Digitalisierung, Automatisierung und ökologischen Transformation, wie soziale Bindungskräfte immer wieder neu auf die Probe gestellt werden. Veränderungen in der Struktur der Gesellschaft, bei den Arbeitsbedingungen und der Verteilung von Ressourcen, in Kultur und Lebenswandel bergen immer wieder Risiken, aber auch Chancen für den Zusammenhalt: Ist unsere Gesellschaft solidarisch mit jenen, deren Arbeit von Maschinen übernommen wird? Bürdet sie künftigen Generationen Umweltprobleme auf? Gestaltet sie Rahmenbedingungen für Neuankommlinge in der Gesellschaft? Wenn es gelingt, Lösungen zu finden, die nicht jene die Kosten solcher Transformationen tragen lassen, die bereits am unteren Ende der Einkommenspyramide stehen, kann der soziale Zusammenhalt wachsen. ●

DIE SOZIALE FRAGE

DER WEG ZUM WOHLFAHRTSSTAAT

Gesellschaftliche Veränderungen sind zugleich Treiber und Ergebnis staatlich organisierter Sozialpolitik. Eine Entwicklungsgeschichte.

Ein Sozialstaat ist nie statisch. Was er zu leisten vermag und wie er organisiert ist, sind Faktoren, die durch Ökonomie und Politik fortwährend beeinflusst und verändert werden. Damit einhergehend wandeln sich auch die Erwartungen und Anforderungen der Menschen, was ihr Staat für sie tun sollte. Daraus resultieren immer wieder politische Konflikte.

Die Anfänge moderner Sozialpolitik im Sinne heutiger Wohlfahrtsstaaten hängen mit den weitreichenden Umwälzungen zusammen, die Industrialisierung, Verstädterung und Bevölkerungswachstum sowie eine massenhaft zunehmende Armut in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts hervorbringen. Sie münden in der „sozialen Frage“: Die wird nicht mehr als Schicksal Einzelner betrachtet, sondern als gesellschaftlich erzeugtes Risiko behandelt, das politisch gelöst werden muss.

Der Druck, den die zu Beginn der Industrialisierung wachsende Verelendung ausübt, führt zu einem strukturellen Wandel hin zu einer staatlich organisierten Sozialpolitik. Zugleich liefert das rasante Wirtschaftswachstum jener Epoche die Voraussetzungen in Form von Einkommen und Steuern. Allerdings spielen Weltanschauungen und Werte eine zentrale Rolle dabei, wie und wo diese Mittel eingesetzt werden: Ob im Sozialismus oder in konstitutionellen Monarchien, ob geleitet von der katholischen Soziallehre oder dem weltlichen Ruf nach Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – stets begründen und begleiten moralische Grundwerte und Visionen die Forderungen nach sozialem Fortschritt.

Armut zu bekämpfen treibt Gesellschaften seit jeher um. Weltanschauungen und Werte prägen das Vorgehen

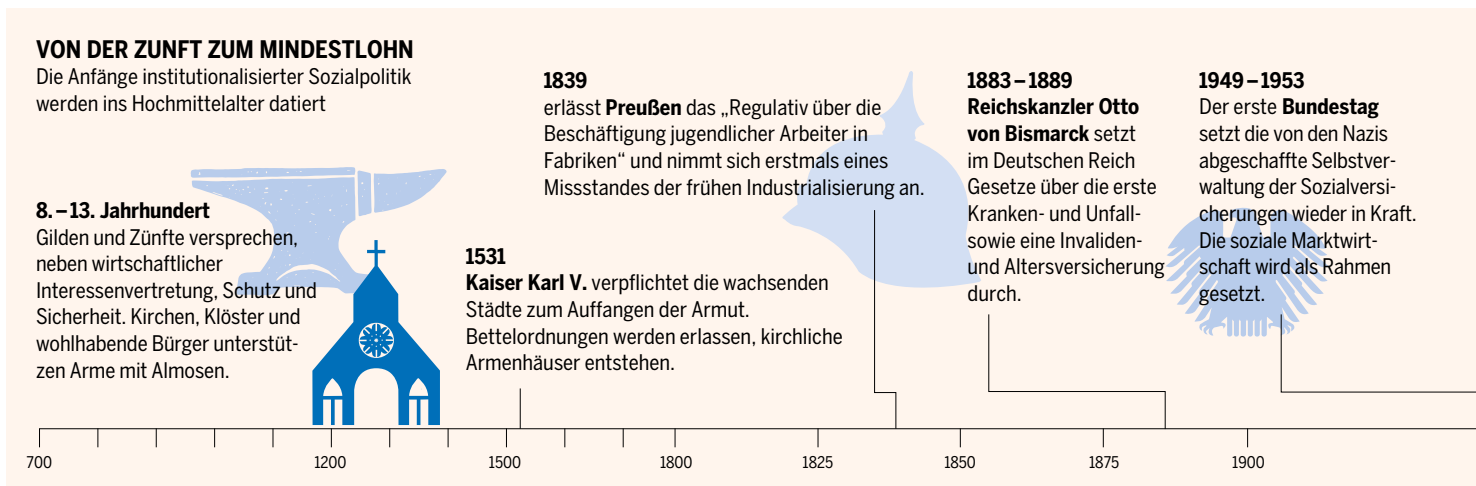
Der Interessenausgleich und die Machtverteilung zwischen Parteien, Gewerkschaften und Verbänden prägen den Weg zum Wohlfahrtsstaat. In der frühen Phase sind es autoritäre Systeme, die Sozialpolitik in einer Doppelfunktion zur Herrschaftssicherung und Verbesserung der Lage der Arbeiterschaft betreiben: Dafür typisch ist das deutsche Beispiel der Bismarck'schen Sozialgesetzgebung (1881–89). Unter Bismarck entsteht die erste Rentenversicherung der Welt.

Nach dem Ersten Weltkrieg treiben erstarkte linke Kräfte und Regierungen den Ausbau des Wohlfahrtsstaates voran. Daneben erweisen sich in Europa auch Konservative als Verfechter staatlicher Wohlfahrt. Nach dem Zweiten Weltkrieg erweitert die Sozialpolitik ihre Zielgruppen über die Arbeiterschaft und Armen hinaus auf die Mittelschicht, die heute etwa 65 Prozent der Bevölkerung umfasst.

Das auf Bismarck zurückgehende Modell weist Besonderheiten auf, die im Grundsatz stabil geblieben sind: Erfasst sind abhängig beschäftigte Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie ihre Familien, nicht aber Verbeamtete und Selbstständige. Die Finanzierung erfolgt über Beiträge. Die Höhe der Transferleistungen wird auf Grundlage der Höhe der Löhne bemessen. Dienst- und Sachleistungen werden über Abgaben und Steuern finanziert, aber durch Dritte erbracht. Ihre Organisation erfolgt in Selbstverwaltung durch Arbeitgebende und Arbeitnehmende.

In Europa existieren große Unterschiede, wie Sozialstaaten funktionieren. In der Wissenschaft spricht man von den „drei Welten“ des Wohlfahrtskapitalismus. Der liberale Typ, Beispiel Großbritannien, betont den freien Markt und die Familie; Anspruchsrechte sind gering entwickelt und mit Bedürftigkeitsprüfungen verbunden.

Im konservativen Wohlfahrtsstaat wird stärker interveniert, allerdings ist er zentriert auf die Sozialversicherung – mit der Folge, dass soziale Rechte nicht universell ausgestaltet sind. Das Subsidiaritätsprinzip, wonach eine (staatliche) Aufgabe so weit wie möglich von der unteren Ebene, der jeweils kleineren Verwaltungseinheit oder freien Trägern, übernommen wird, spielt – wie in Deutschland – eine zentrale Rolle.



STAATLICHE FÜRSORGE IN ALLEN LEBENSLAGEN

Umverteilung von Steuern, Abgaben und Sozialversicherungsbeiträgen nach Zahl der Empfängerinnen und Empfänger sowie Summen

© HEINRICH-BOLL-STIFTUNG, SOZIALATLAS 2022

Elterngeld und Elternzeit 2020

1.400.000 Frauen
462.000 Männer

Kindergeld

9.730.000
Familien erhielten
2020 insgesamt
45,6 Milliarden Euro

Hilfe zur Pflege

Grundsicherung

im Alter und bei
Erwerbsminderung
erhielten 2021
1,1 Millionen Menschen –
davon war knapp die
Hälfte noch nicht im
Rentenalter

Rente

21,2 Millionen
Menschen hatten
2020 Anspruch
auf gesetzliche
Altersbezüge

Kurzarbeitergeld

Anzahl der Betriebe mit Kurzarbeit
2019: 14.156
2020: 318.735 (Corona-Hilfspaket)

Gesetzliche Kranken- versicherung (GKV) und Krankengeld

Paket Bildung und Teilhabe

2,9 Millionen Kinder und Jugendliche
hatten 2020 Anspruch darauf

Bundesausbildungs- förderungsgesetz (BAföG)

Wohngeld

Rund 1,3 Prozent der
Bevölkerung erhielten
Ende 2019 Wohngeld

Arbeitslosengeld

Rund 10 Millionen
Personen 2020

Grundsicherung für Arbeitssuchende

nach SGB II (Hartz IV);
2020 bezogen rund
3,98 Millionen Menschen
Arbeitslosengeld II

Der sozialdemokratisch verfasste Wohlfahrtsstaat, wie man ihn aus Skandinavien kennt, ist universell ausgerichtet. Die Ansprüche an ihn basieren auf einklagbaren sozialen Bürgerrechten. Er speist sich weitgehend aus Steuern statt aus Abgaben. Seine Leistungen kommen fast ausschließlich von einem öffentlichen Dienst.

In liberalen Wohlfahrtsstaaten profitieren Reiche, aber auch junge, gesunde und gut ausgebildete Menschen. Im konservativen Modell werden nicht erwerbstätige Familienangehörige zwar mitversorgt, aber auch vom Arbeitsmarkt ferngehalten. Sozialdemokratisch orientierte Staaten schaffen es, positive Wechselwirkungen zwischen dem Angebot an Sozialleistungen (etwa Kindergärten) und Arbeitsplätzen (etwa für Mütter) zu erzeugen.

Instrumente wie Kurzarbeitergeld ermöglichen es, in Krisen schnell zu helfen, so 2020 in der Corona-Pandemie

Allerdings ist ein einfaches Voneinanderlernen für die Gesellschaften schwer, denn die drei Welten basieren auf politischen Ideen und Arrangements, die langfristig gewachsen sind. Dennoch werfen 150 Jahre nach Bismarck die von der Globalisierung, dem Klimawandel und technischem Fortschritt getriebenen ökonomischen Umwälzungen neue soziale Fragen auf – ob zur klimaneutralen Wohlstandssicherung, der Vereinbarkeit von Familie und Beruf oder zur Qualifikation für die digitalisierte Arbeitswelt. Darin gründen auch die Debatten um neue Konzepte wie zur Grundsicherung oder der Verknüpfung von der Sozial- mit der Bildungspolitik. ●

1957

Die **Renten** in der Bundesrepublik werden an die Lohnentwicklung gekoppelt und fortan über ein solidarisches Umlagesystem von der arbeitenden Generation erwirtschaftet.

1962 – 1969

Im **Bundessozialhilfegesetz** wird die Armenfürsorge geregelt. Das Arbeitsförderungsgesetz erlaubt seit 1969 aktive Arbeitsmarktpolitik.

1969

In der DDR entsteht die einheitliche **Staatliche Versicherung (SV)**. Zehn Prozent der Bevölkerung sind darüber kranken- und rentenversichert, 90 Prozent über den Freien Deutschen Gewerkschaftsbund.



1989

Die **Familienversicherung**: Zahlt ein Mitglied in die gesetzliche Krankenversicherung ein, werden Eheleute und Kinder mitversichert.



1970

Im Krankheitsfall haben Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter Anspruch auf bis zu sechs Wochen **Lohnfortzahlung** durch den Arbeitgeber.



1995 – 2015

Einführung der gesetzlichen **Pflegeversicherung**, des Arbeitslosengelds II („Hartz IV“), des Elterngelds und des Mindestlohns.

1925

1950

1975

2000

2025

© HEINRICH-BOLL-STIFTUNG, SOZIALATLAS 2022

KOMPLEX, ABER GESTALTBAR

Eine Vielzahl rechtlicher Grundlagen regelt die Ansprüche auf Leistungen zur Existenzsicherung und Daseinsfürsorge. Politik gestaltet sie über Gesetze, manchmal stoßen Gerichtsurteile Änderungen an.

Millionen von Menschen ist der Sozialstaat allgegenwärtig, jeden Tag – nämlich wenn sie Leistungen beziehen wollen, zum Beispiel so: Eine 35-jährige Frau, alleinerziehend mit zwei Kindern im Alter von fünf und zehn Jahren, hat in der Pandemie ihre Stelle verloren. Das Arbeitslosengeld fließt zwar, aber reicht nicht zum Leben. Also muss sie „aufstocken“, Arbeitslosengeld II beziehen. Das kommt aber nicht von der Arbeitsagentur, sondern vom Jobcenter. Der Kindsvater unterstützt sie nicht, also hatte sie – noch in Lohn und Brot – einen Unterhaltsvorschuss beim Jugendamt beantragt. Der wird nun vom Jobcenter gegengerechnet, genau wie das Kindergeld von der Familienkasse der Bundesagentur für Arbeit. Und so weiter.

Es ist kompliziert: Die Sozialleistungen müssen bei verschiedenen Stellen beantragt und von unterschiedlichen Behörden bewilligt werden. Das Geld kommt, je nachdem, vom Bund, von den Ländern oder den Kommunen. Das Beispiel zeigt die Komplexität in den Zuständigkeiten und bei

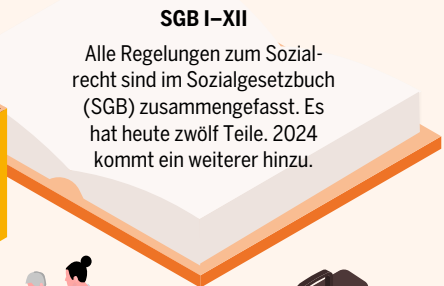
der Finanzierung sozialer Sicherungssysteme, die zudem auf verschiedene föderale Ebenen und Institutionen verteilt sind. Die Zugangsvoraussetzungen zu diesen Leistungen und ihre Höhe sind in zwölf Sozialgesetzbüchern (SGB) festgelegt. Da der Gesetzgeber darin nicht jeden Einzelfall regeln kann, bieten die Rechtsvorschriften Interpretationsspielraum. Im Streitfall müssen die Sozialgerichte entscheiden: Allein Ende 2019 waren rund 473.000 Verfahren anhängig.

Politik und Wissenschaft bedienen sich einer Vielzahl von Indikatoren und Kennzahlen, um die Wirkung getroffener Maßnahmen zu messen. Ein Fundament bildet die öffentliche Statistik. Lieferanten dafür sind das Statistische Bundesamt und Behörden aller staatlichen Ebenen. Ergänzt werden die Datensätze von den Analysen der Wirtschafts- und Meinungsforschungsinstitute. Eine wichtige Statistik ist die „Einkommens- und Verbraucherstichprobe“, in der alle fünf Jahre die Einkommens- und Vermögensverhältnisse von rund 60.000 Haushalten erfasst werden. Daraus werden unter anderem die

Für Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen besteht eine weitgehende Versicherungspflicht, Verbeamtete und Selbstständige haben Wahlmöglichkeiten

DIE FÜNF SÄULEN DES SOZIALVERSICHERUNGSSYSTEMS

Es wirkt das Solidarprinzip: Gesetzlich Versicherte unterstützen einander, unabhängig von persönlichen Risiken



SGB I–XII

Alle Regelungen zum Sozialrecht sind im Sozialgesetzbuch (SGB) zusammengefasst. Es hat heute zwölf Teile. 2024 kommt ein weiterer hinzu.



GESETZLICHE KRANKENVERSICHERUNG*

14 – 14,6 % des Bruttolohns

Beschäftigte bezahlen davon selbst:

7,3% plus Zuschläge, je nach Krankenkasse

Gesamteinnahmen:
260 Mrd. €



UNFALLVERSICHERUNG

unterschiedlich je Träger

Beschäftigte bezahlen davon selbst:
0 %

Gesamteinnahmen:
10,5 Mrd. €



RENTENVERSICHERUNG

18,6 % des Bruttolohns

Beschäftigte bezahlen davon selbst:
9,3 %

Gesamteinnahmen:
328,2 Mrd. €



PFLEGEVERSICHERUNG

3,05 % des Bruttolohns bzw. 3,3 % für Kinderlose

Beschäftigte bezahlen davon selbst:
1,525 %; 0,26 % Zuschlag für Kinderlose

Gesamteinnahmen:
50,62 Mrd. €



ARBEITSLOSENVERSICHERUNG

2,4 % des Bruttolohns

Beschäftigte bezahlen davon selbst:
1,2 %

Gesamteinnahmen:
28,2 Mrd. €

Alle Angaben beziehen sich auf 2021.

* 16 Mio. Familienmitglieder sind kostenfrei mitversichert. 8,7 Mio. Menschen sind privat krankenversichert, vor allem Beamte und Selbstständige.

DER SOZIALSTAAT AUF EINEM ZETTEL

Ob Steuern, Sozialabgaben, Urlaub, Familie oder Krankheit: Auf einer Gehaltsabrechnung lässt sich ablesen, wie vielfältig staatliche und private Daseinsfürsorge ineinandergreifen

1 Persönliche Daten
Daten über Alter und Betriebszugehörigkeit fließen in die Arbeitsmarktstatistik und Rentenberechnung ein

2 Steuerdaten
Steuerklasse, Kinderfreibetrag, Religionszugehörigkeit, Freibeträge und Steuer-ID: Sie geben Auskunft über Familienstand, Kirchenzugehörigkeit, Anzahl der Kinder

3 Sozialversicherungsdaten
Krankenkasse und Höhe des Versicherungssatzes, steuer- und sozialversicherungspflichtige Arbeitszeit des Monats, Wochenarbeitszeit. Der Tätigkeitsschlüssel verrät die Berufsgruppe

4 Sozialbeiträge
Arbeitnehmeranteil für die Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung, rechts daneben Gesamtbetrag

Lohn- und Gehaltsabrechnung 01.2020									
Bitte aufbewahren. Gilt als Verdienstbescheinigung!									
Simulierte Abrechnung									
Die Beträge sind, falls nicht anders angegeben, in Euro ausgewiesen									
Geburtsdatum	18.10.1956	Eintrittsdatum	01.09.2009	Erst-Eintritt	01.09.2001	Austrittsdatum	01.09.2001	Pers.-Nr.	3
Mustermandant neolog	Musterstraße - 99999 Musterstadt	Mand. Pers. Abt. Kost.	2000 3 2						
Herr/Frau Luca Muster, Musterstraße 1, Gehaltsempfänger, 99999 Musterstadt									
Kostenstelle	Kosten-träger	Lohn-art	Bezeichnung	Stunden/ Einheit	Lohnsatz	Zuschlags-satz	BetragGB/ST/SV	Jahfes-summen	
2	5,00	400	Urlaubstage						
2		1000	Gehalt				2.750,00		
2		3050	Überstd. (EBZ) Umlagepfl.	50,00	15,87		793,50		
2		5000	VWL-AG-Anteil				26,59		
2		7130	AG-Direktversch. lfd.				20,00		
GESAMTBRUTTO:				Sonst. Bezug	Gesamt:		3.570,09		3.570,09
				Lohnsteuer	158,00	250,83		250,83	
				Solid. Zuschlag	8,69	8,69		8,69	
				Kirchensteuer	14,22	14,22		14,22	
				KV-Beitrag AN*	61,10	269,74		268,74	
				RV-Beitrag AN	73,80	324,58		324,58	
				AV-Beitrag AN	9,52	41,88		41,88	
				PV-Beitrag AN	12,10	53,22		53,22	
				Summe gesetzlicher Abzüge			-962,16		
NETTOVERDIENST:							2.607,93		2.607,93
				1. VWL-Sparbetrag		-40,00		-40,00	
				7000 Entgeltumw. Altersv lfd.		-80,00			
				Summe sonst. Abzüge/Zuzahlungen			-120,00		
ZAHLBETRAG:							2.487,93		
				Betrag dankend erhalten					
WERTE:									
	Monat	Jahr	SV-Brutto	Monat	Jahr	AG-Ant. (J) ²	AG-Ant. (M) ²		
Steuerbrutto:	3.490,09	3.490,09	Krankenversicherung:	3.490,09	3.490,09	268,74	268,74		
Steuerfr. Bezug	100,00	100,00	Rentenversicherung:	3.490,09	3.490,09	324,58	324,58		
Sonstiger Bezug	793,50	793,50	Arbeitslosenversch.:	3.490,09	3.490,09	41,88	41,88		
Vorl. JSTR-Brutto:		37.716,04	Pflegeversicherung:	3.490,09	3.490,09	53,22	53,22		
URLAUBSÜBERSICHT:									
Urlaub LJ:	30,00	Urlaub VJ:	Sonderurl	Gesamt	30,00	erhalten	5,00	Rest:	25,00
FEHLZEITEN/UNTERBRECHUNG:									
1. 13.01.2020 - 17.01.2020 4.1 Krankheit, Zahlung von Kra									
<small>*inkl. KV-Zusatzbetrag</small>									

5 Verdienst
Hier stehen der Bruttoverdienst inklusive Sonderzahlungen wie etwa Urlaubsgeld oder der Arbeitgeberzuschuss zu vermögenswirksamen Leistungen, dazu die Entgeltart (Lohn oder Gehalt), Anzahl der Überstunden und ihr Satz, der Gesamtnettoverdienst des Monats

6 Einkommenssteuer
Der Arbeitgeber führt die Einkommenssteuer ans Finanzamt ab sowie neben seinem auch den Arbeitnehmeranteil zur gesetzlichen Kranken-, Renten-, Arbeitslosen- und Pflegeversicherung

7 Nettoverdienst
Der Nettoverdienst des Monats und, nach persönlichen Abzügen wie etwa Sparbeträgen oder Betriebsrenten, der Auszahlungsbetrag

8 Urlaubanspruch
Übersicht über den Urlaubsanspruch des laufenden sowie des Vorjahres, Krankentage und die Lohnfortzahlung dafür

Hartz-IV-Regelsätze ermittelt und die Berichte der Bundesregierung über Armut und Reichtum erstellt.

Wann Menschen oder Haushalte als arm gelten, darüber gibt es keinen Konsens. Etabliert hat sich aber die Unterscheidung zwischen absoluter und relativer Armut. Von absoluter Armut wird gesprochen, wenn Menschen grundlegende Dinge zum Überleben fehlen wie ausreichend Nahrung, ein Dach über dem Kopf oder der Zugang zu medizinischer Versorgung. Will Politik aber dafür sorgen, dass es gerecht zugeht und dass alle Menschen am gesellschaftlichen Leben teilhaben können, nimmt sie die relative Armut in den Blick: Dabei werden die Einkommen mit Haushalten in der Mitte des Einkommensspektrums verglichen. Nach diesem Konzept gelten diejenigen als arm, deren Lebensstandard zu weit nach unten abweicht.

Freilich können Daten immer unterschiedlich interpretiert und politisch diskutiert werden. Die Rente ist so ein Beispiel: Sowohl die gesetzliche als auch die privaten Rentenversicherungen informieren jährlich, welche Altersbezüge zu erwarten sind. Während die gesetzliche dafür die Inflationsrate einberechnet, beziehen die privaten sie nicht ein.

Indirekten, aber maßgeblichen Einfluss auf die Sozialpolitik können Entscheidungen der Bundesgerichte nehmen, insbesondere des Bundesverfassungsgerichts. Ein

Für ihre Beschäftigten führen Arbeitgeber die Steuern und Abgaben automatisch ab, Freischaffende und Selbstständige erledigen das selbst

Beispiel ist das „Sanktionsurteil“ von 2019. Es besagt, dass die Praxis der Sanktionierung durch die Jobcenter nicht verfassungskonform waren und ein völliger Leistungsentzug nicht zulässig war. Seitdem dürfen die Jobcenter Zahlungen zur Grundsicherung nur noch um maximal 30 Prozent und die Kosten der Unterkunft überhaupt nicht kürzen. Zuvor hatte die Republik fast zwei Jahrzehnte lang ergebnislos darüber gestritten.

Woran man sieht: Einmal festgelegte sozialstaatliche Regelungen sind durch Reformen zu ändern. Pfadabhängigkeiten verhindern, dass es zu ständigen Systemwechseln kommt. Das Vertrauen in die Sicherungssysteme bleibt dadurch erhalten und wird gestärkt. Auch die Auswirkungen dieser Gesetze werden immer wieder geprüft. Denn welche Lebensrisiken eine Gesellschaft absichern und welche Mittel sie dafür aufwenden möchte, entscheidet sich in Auseinandersetzungen zwischen Parteien, Verbänden und gesellschaftlichen Gruppen. ●

AUFEINANDER ANGEWIESEN

Der Staat kann ein grundlegendes Sicherungsniveau schaffen, wenn Wettbewerb und Wertschöpfung ermöglicht werden. Rechtlich, finanziell sowie organisatorisch funktioniert das Zusammenspiel auf vielen Ebenen und über drei Prinzipien: Äquivalenz, Solidarität und Subsidiarität.

Das Wesen einer sozialen Marktwirtschaft besteht darin, einerseits Wohlstand und Sicherheit in der Gesellschaft zu garantieren und andererseits die Freiheit der Wirtschaft und der Individuen zu schützen. Der Sozialstaat ist auf die Marktwirtschaft angewiesen, da mit der ökonomischen Wertschöpfung die Finanzierungsgrundlage des Sozialstaates in Form von Steuereinnahmen und Sozialversicherungsbeiträgen entsteht. Die Marktwirtschaft ist von der Risikobereitschaft der Individuen abhängig, denn die erhöht die Innovationsfähigkeit einer Gesellschaft. Der Sozialstaat wiederum hat die Aufgabe, bestimmte Lebensrisiken abzufedern und so das marktwirtschaftliche Verhalten der Gesellschaft zu fördern.

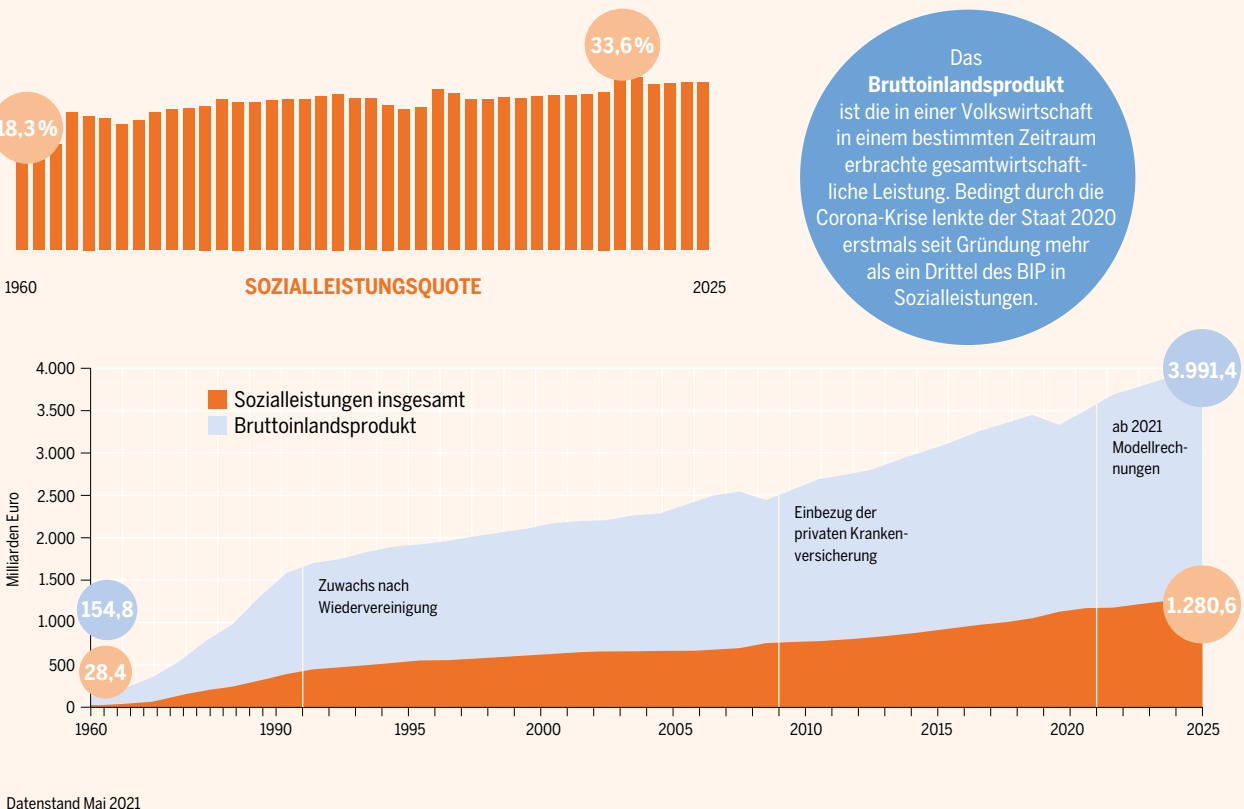
Die Interaktionen zwischen Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sind vielfältig. So gibt es, erstens, rechtliche Regelungen, um über Ge- und Verbote wie etwa das Arbeitszeitgesetz das Verhalten der Marktakteure zu steuern oder auch die Gesundheit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer zu sichern. Zweitens umfasst das Zusammenspiel materielle Leistungen wie das Arbeitslosengeld für Menschen, die in bestimmten Situationen kein ausreichendes Einkommen erzielen können. Drittens gehört die Bereitstellung von sozialer Infrastruktur in Form von Sach- und Dienstleistungen dazu, wie etwa der Bau und Betrieb von Kindergärten, Krankenhäusern oder Schulen. Entsprechend wird der Sozialstaat in vielen Politikfeldern gestaltet: zum einen durch die Sozialpolitik mit ihrem lohnzentrierten Sozialversicherungssystem, im weiteren Sinne aber auch durch Arbeitsmarkt-, Bildungs-, Familien- oder Gleichstellungspolitik. Rechtssystem, Finanzierung und Organisation des Sozialstaates beruhen dabei auf drei Kernprinzipien: Äquivalenz, Solidarität und Subsidiarität.

Das Äquivalenzprinzip beschreibt die Gleichwertigkeit von Leistungen und Gegenleistungen. Im Falle eines Risiko-

Je höher das Wohlstandsniveau eines Landes, desto höher ist tendenziell der Anteil seiner Sozialausgaben

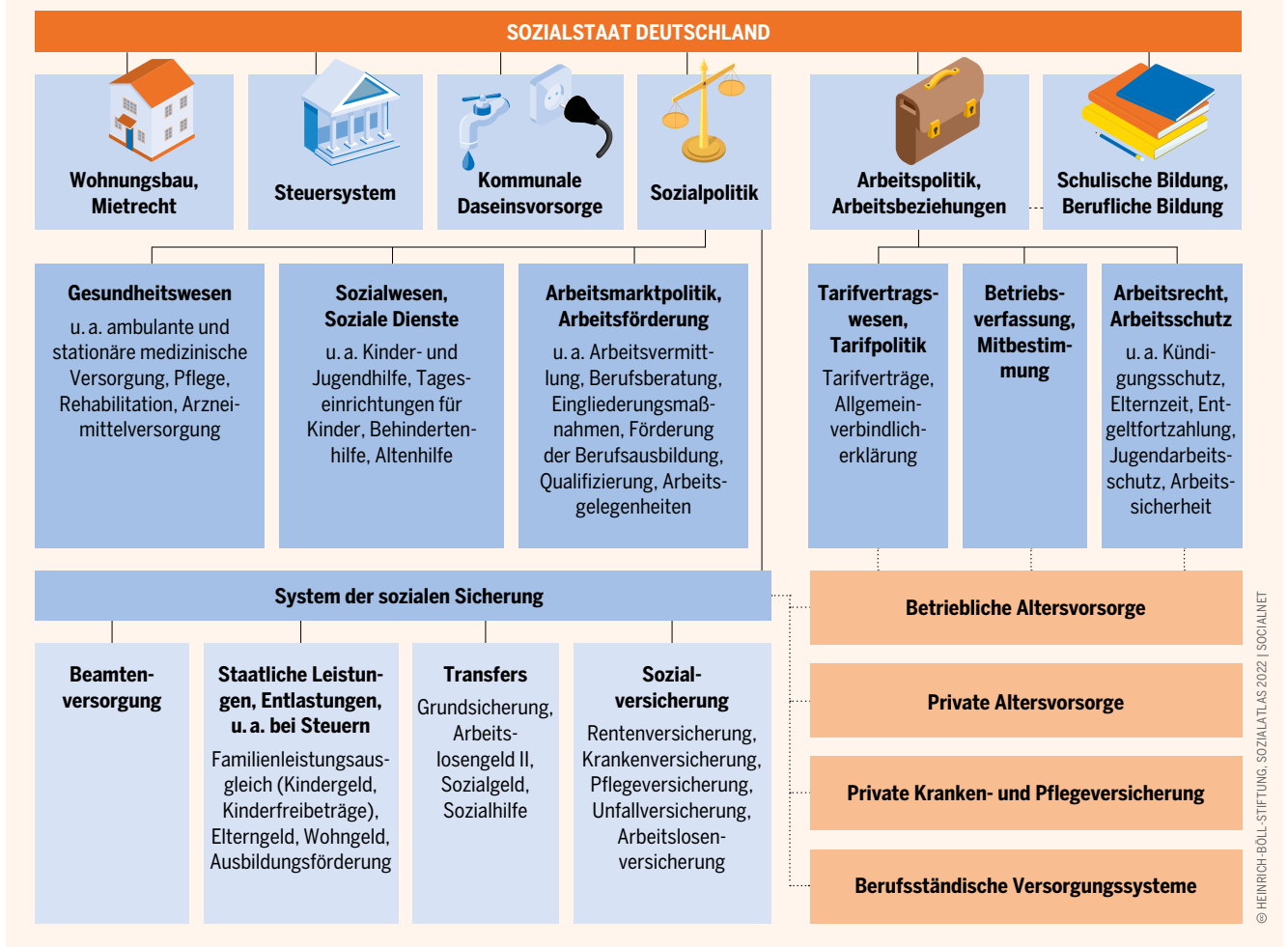
KONTINUIERLICHER ANSTIEG DER SOZIALLEISTUNGEN

Die Sozialleistungsquote setzt alle Ausgaben für Sozialleistungen in einem Staat ins Verhältnis zu seinem Bruttoinlandsprodukt



SOZIALSTAAT AUF MEHREREN EBENEN

In Deutschland verteilen sich die Zuständigkeiten in der Sozialpolitik auf Bund, Länder, Kommunen und Betriebe. Sie sind nicht klar voneinander abgrenzbar, sondern greifen ineinander



eintritts, etwa bei Arbeitslosigkeit, orientiert sich die in Anspruch genommene Leistung in Form von Arbeitslosengeld an der vorher durch Beiträge zur Arbeitslosenversicherung erbrachten Leistung.

Das Solidaritätsprinzip bedeutet, dass sich Zahlungen wie etwa Pflege- oder Wohngeld nicht an einer vorher erbrachten Leistung, sondern am Bedarf orientieren. Es beruht darauf, gegenseitig Verantwortung füreinander zu übernehmen. Solidarität schafft nicht nur die Grundlage für Sicherheit, sondern auch für individuelle Freiheit.

Das Subsidiaritätsprinzip wiederum definiert eine Rangordnung: Zunächst ist der Mensch für sich selbst verantwortlich. Im Bedarfsfall kommt sodann die Familie in die Pflicht. Und der Staat springt erst ein, wenn diese Möglichkeiten ausgeschöpft worden sind.

Organisiert ist der Sozialstaat als System auf mehreren Ebenen: Der Bund hat gemäß Artikel 72 des Grundgesetzes die Gesetzgebungskompetenz für alle Aufgaben, bei denen es um die Sicherstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse geht. Die Bundesländer werden beispielsweise in der Bildungspolitik gesetzgeberisch tätig, aber auch – gemeinsam mit dem Bund – im Bereich der Fürsorge, etwa bei der Grundsicherung für Arbeitsuchende, bei der Sozialhilfe oder dem Wohngeld. Der staatliche Auftrag zur Fürsorge obliegt wiederum den Kommunen.

Das föderalistische Mehrebenensystem in Deutschland ist stark von politischen Entscheidungen beeinflusst

Ihre Sozialpolitik stellt Sach- und Dienstleistungen zur Verfügung, organisiert neben dem Bau von zum Beispiel Schulen, Kitas und Pflegeheimen auch Angebote zur Jugendhilfe.

Die Finanzierung von Aufgaben, die an die Kommunen verpflichtend übertragen werden, wird vom Bund übernommen, teils im Verbund mit den Bundesländern, so etwa beim Wohngeld. Daneben gibt es aber auch verpflichtende Selbstverwaltungsaufgaben wie die Sozial- oder Jugendhilfe, bei denen die Kommunen selbst entscheiden, wie sie dem nachkommen. Dabei greift das sogenannte Konnexitätsprinzip: Die Kosten, die den Kommunen durch diese Aufgaben entstehen, trägt das jeweilige Bundesland – da dieses die Fürsorgeleistung „bestellt“ hat. Freiwillige Selbstverwaltungsaufgaben obliegen dagegen dem Ermessen der Kommunen, so zum Beispiel kulturelle oder Sportangebote.

Um Sozialpolitik angemessen umzusetzen, bedarf es also einer ausreichenden finanziellen Ausstattung, die nur von einer Wirtschaft erbracht werden kann, die von eben dieser Sozialpolitik gestärkt wird. ●

WOHLSTAND SCHAFFT SICHERHEIT

Die Mittel für den Ausgleich der Lebensverhältnisse finanzieren sich im Wesentlichen durch Sozialversicherungsbeiträge und Steuern. Sie beruhen auf einer hohen Wertschöpfung, die erarbeitet und verteilt werden muss.

Das soziale Leistungsniveau eines Staates lässt sich am besten durch die Sozialleistungsquote, also den Anteil der Ausgaben für Sozialleistungen am Bruttoinlandsprodukt (BIP), darstellen. In Deutschland wurden im Jahr 2019 rund 30 Prozent der Wirtschaftskraft des Landes für soziale Leistungen ausgegeben. Das sind rund 1,04 Billionen oder auch 1.004 Milliarden Euro. Vor dem Hintergrund der gesunkenen Wirtschaftskraft während der Corona-Krise und den umfangreichen staatlichen Hilfsprogrammen ist die Sozialleistungsquote im Jahr 2020 relativ stark auf 33,6 Prozent angestiegen.

Im Vergleich der EU-Staaten zeigt sich, dass die Sozialleistungsquote mit steigender Wirtschaftskraft zunimmt: Je höher das Wohlstandsniveau eines Landes, desto höher ist tendenziell auch der Anteil der Sozialausgaben. Entsprechend finden sich hohe Sozialleistungsquoten in Nord- und Westeuropa, eher niedrige in Staaten Ost- und Südeuropas. Deutschland hatte unter den EU-Staaten im Jahr 2018 die fünfthöchste Sozialleistungsquote.

Die Sozialleistungen werden aus den Sozialbeiträgen der Arbeitgebenden und der Arbeitnehmenden sowie über steuerliche Mittel aus den Haushalten von Bund, Ländern und Gemeinden finanziert. Im Krisenjahr 2020 betrug der Finanzierungsanteil der Unternehmen 27,4 Prozent – 0,5 Punkte weniger als ein Jahr zuvor. Auch der Anteil der privaten Haushalte ist um einen Prozentpunkt auf 30,4 Prozent gesunken. Spiegelbildlich hat sich der Anteil des Staates um 1,5 Punkte erhöht. Coronabedingt haben sich zum Bei-

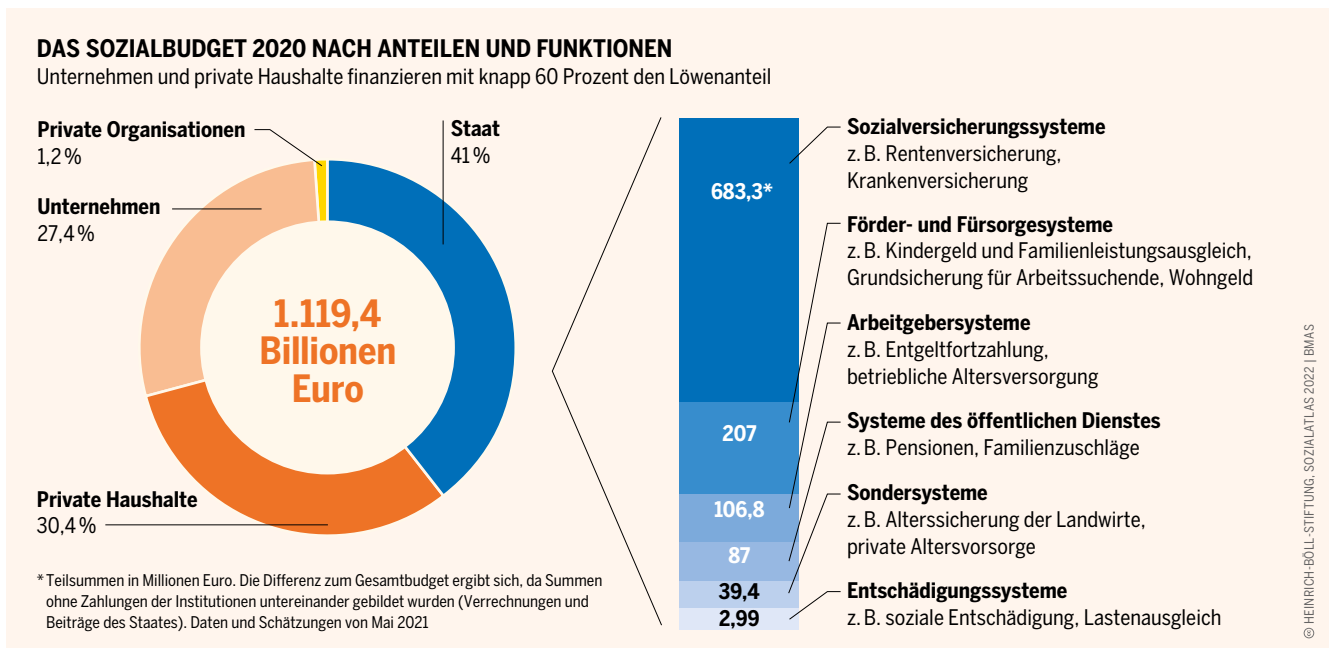
spiel die Aufwendungen für die Arbeitslosenversicherung verdoppelt. Zum anderen ist das Bruttoinlandsprodukt um 3,4 Prozent geschrumpft. Nach einer Modellrechnung des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales könnte die Sozialleistungsquote im Jahr 2022 wieder um 1,4 Punkte sinken.

Von den Sozialausgaben fließen fast zwei Drittel in die Leistungen der Sozialversicherungssysteme, wobei die Ausgaben für die Renten- und Krankenversicherung mehr als die Hälfte des Sozialbudgets ausmachen. Neben diesen vorwiegend beitragsfinanzierten Leistungen stellen die rein steuerfinanzierten Sozialtransfers wie beispielsweise die Grundsicherung für Arbeitssuchende, familienbezogene Leistungen wie das Kinder- oder Elterngeld, Aufwendungen für die Kinder- und Jugendhilfe sowie das Wohngeld und die Sozialhilfe erhebliche Posten des Sozialbudgets dar.

Auch wenn die Leistungen der Sozialversicherungen deutlich dominieren, hat die Bedeutung der steuerfinanzierten Förder- und Fürsorgeleistungen insbesondere nach der Jahrtausendwende zugenommen. Mit Blick auf die verschiedenen Funktionsbereiche sind gegenüber dem Jahr 1991 vor allem die Ausgaben für die Folgen der Arbeitslosigkeit zurückgegangen. Gestiegen sind dagegen die für Krankheit und Invalidität. Teilweise ist das durch die erst ab 2009 im Sozialbudget erfassten Grundleistungen der privaten Krankenversicherung zu erklären, auf der anderen Seite jedoch auch durch die für eine alternde Bevölkerung typischerweise wachsenden Gesundheitsausgaben.

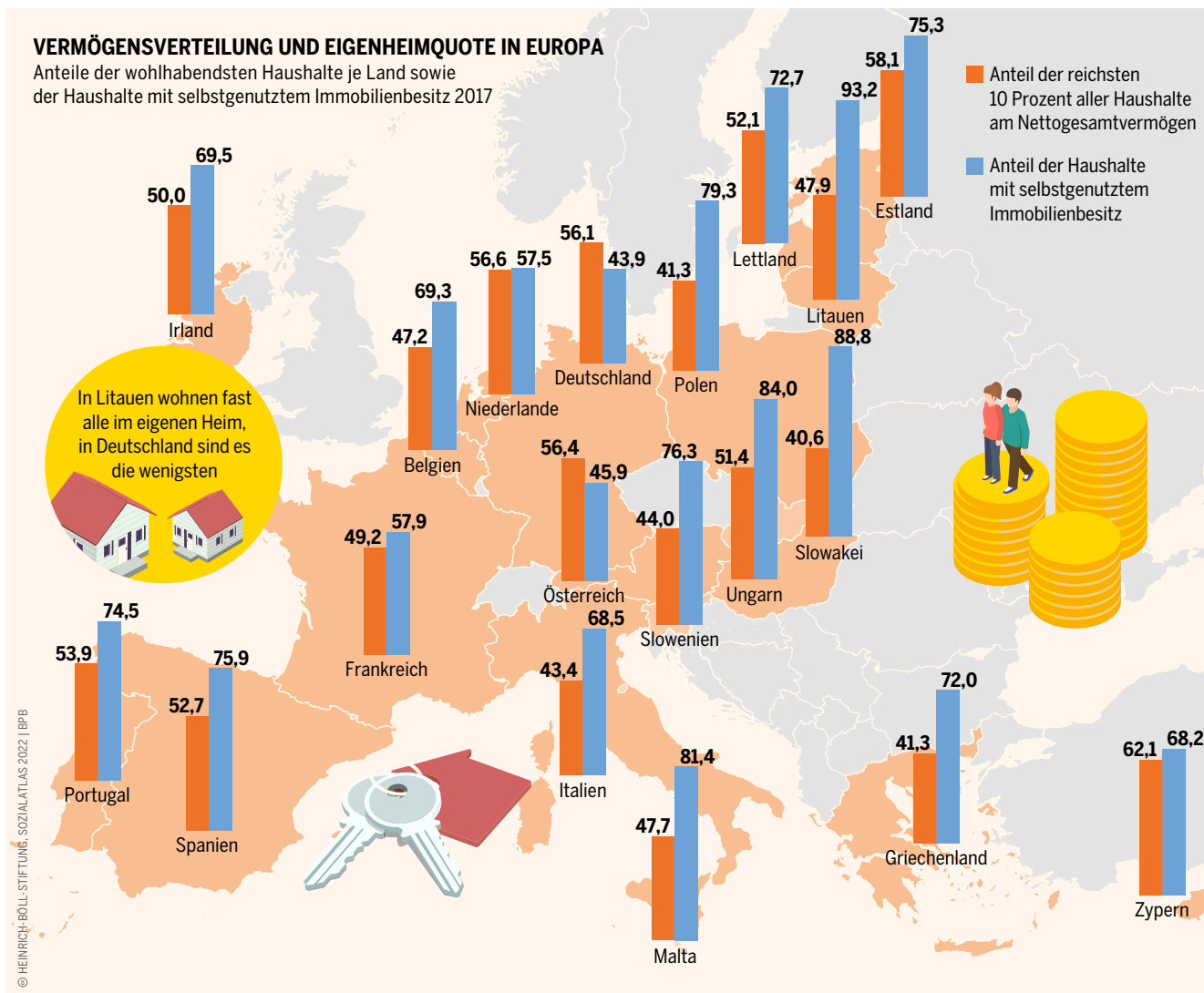
Mit Blick auf die verfügbaren Einkommen, also die Einkommen nach Steuern und Abgaben sowie inklusive Renten und Transferzahlungen, zählt Deutschland im Vergleich der

Im Jahr 2020 ist das Sozialbudget aufgrund der Corona-Hilfsmaßnahmen stark gestiegen, um fast drei Prozentpunkte



VERMÖGENSVERTEILUNG UND EIGENHEIMQUOTE IN EUROPA

Anteile der wohlhabendsten Haushalte je Land sowie der Haushalte mit selbstgenutztem Immobilienbesitz 2017



© HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG, SOZIALATLAS 2022 | BPB

EU- und OECD-Staaten zu den Ländern mit einer eher geringen Ungleichheit. Wie in vielen anderen Industrienationen auch ist die heutige Verteilung der Einkommen in Deutschland weniger ausgeglichen als noch zu Beginn der 1990er-Jahre, jedoch in etwa stabil auf diesem Niveau seit 2005. Zu den begünstigenden Faktoren zählte in dem Zeitraum seither der Beschäftigungsaufschwung. Einen die Ungleichheit der Einkünfte verschärfenden Effekt hatte dagegen die gestiegene Migration der vergangenen Jahre, im Zuge derer Schutz suchende Menschen mit wenig Hab und Gut und zunächst geringen Einkommen nach Deutschland kamen. Im Durchschnitt der Bevölkerung sind aber die verfügbaren Realeinkommen zwischen 2005 und 2018 um knapp 13 Prozent gestiegen.

Dagegen deutlich ungleicher verteilt im Vergleich der Euroländer sind in Deutschland die privaten Vermögen. Allerdings hat gerade auch die sozialstaatliche Absicherung eines Landes Einfluss auf diese Vermögensverteilung: Werden Lebensrisiken stark durch den Sozialstaat abgesichert, fallen die Anreize, aber auch die Notwendigkeit zur privaten Vorsorge deutlich niedriger aus, und es bleibt genug, um beispielsweise in ein Eigenheim zu investieren. Gleichzeitig werden die Sozialleistungen über Abgaben und Steuern finanziert, wodurch insbesondere bei geringen und mittleren Einkommen weniger Geld für den privaten Vermögensaufbau bleibt. Im Vergleich der EU-Staaten zeigt sich, dass die

VERMÖGEN IN DEUTSCHLAND SIND UNGLEICH VERTEILT

Bevölkerung ab 17 Jahren nach Höhe ihres Besitzes, 2017

Die reichsten 10% der Haushalte verfügen über

56,1%

des Nettogesamtvermögens



Die ärmsten 50% der Bevölkerung halten

1,3%

am Nettogesamtvermögen



Die Angaben, wie viel das reichste Prozent am Nettogesamtvermögen hält, schwanken stark. Berechnungen nach neuen Messmethoden und Stichproben gehen von **35,3%** aus.

© HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG, SOZIALATLAS 2022 | BPB

Vermögensungleichheit besonders in Ländern mit hohem Lebensstandard und einer umfassenden Wohlfahrtspolitik hoch ausfällt. Neben Deutschland zählen dazu auch die skandinavischen Staaten Dänemark, Schweden und Norwegen. ●

DIE STARKEN PARTNER DES STAATES

Verbände, Gewerkschaften sowie gemeinnützige Stiftungen und Vereine setzen mit ihren Angeboten Sozialpolitik in die Tat um. Das kooperative Zusammenleben der Gesellschaft wäre ohne diesen „Dritten Sektor“ undenkbar.

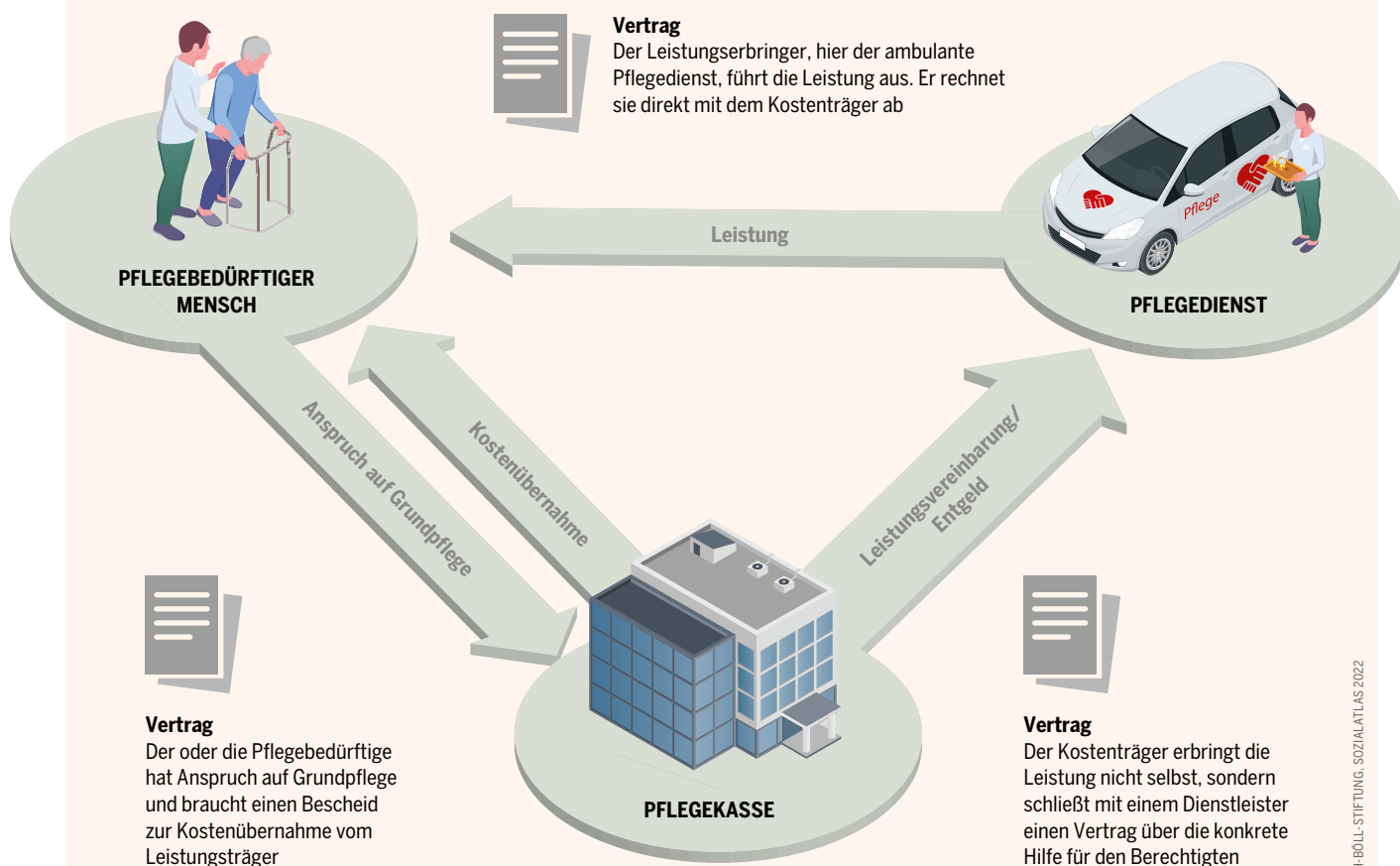
Das soziale Miteinander in einer Gesellschaft lässt sich heute nur durch einen ausgewogenen „Wohlfahrtsmix“ organisieren. Der Begriff steht dabei für die Vielfalt der Quellen, aus denen sich Wohlfahrt speist: das Zusammenwirken von Familien, Nachbarschaften, Dienstleistungsmarkt, ehrenamtlichem Engagement, Verbänden und staatlichen Institutionen. Unter dem auch als Wohlfahrtspluralismus genannten Prinzip versteht man also die gebietsübergreifende, sozialpolitische Gestaltung der Gesellschaft im Kleinen wie im Großen. Dabei spielt neben

dem Staat, seinem Sozialversicherungssystem und der Wirtschaft die organisierte Zivilgesellschaft, der sogenannte „Dritte Sektor“, eine zentrale Rolle. Zu ihm zählt man die Wohlfahrtsverbände, Gewerkschaften, gemeinnützigen Vereine, Stiftungen und andere Non-Profit-Organisationen. Ein Beispiel: In der Kinderbetreuung werden Eltern unterstützt durch die Großeltern und Nachbarn – der informelle Sektor. Zudem werden öffentliche Zuschüsse vom Staat und die Kita einer Kirchengemeinde oder eines freien Trägers genutzt. Zusätzlich wird eine Kinderbetreuung engagiert – eine Dienstleistung des freien Marktes.

Wenn ein Mensch einen rechtlich verbrieften Anspruch auf Sozialleistungen geltend machen will, muss er sich an eine öffentliche Behörde wenden

DAS DREIECKSVERHÄLTNISS IM SOZIALRECHT

Hilfeberechtigte, Leistungserbringer und Kostenträger gehen Verträge miteinander ein, hier am Beispiel der Altenpflege



Freie Wohlfahrtspflege bezeichnet die Gesamtheit aller auf freigemeinnütziger Grundlage gewährten sozialen Unterstützungs- und Selbsthilfeleistungen

Der Begriff Mix meint aber auch das Mischungsverhältnis zwischen institutionellem und informellem sowie gewinnorientiertem und gemeinwohlbezogenem Handeln. Im Idealfall inspirieren, korrigieren und ergänzen sich die verschiedenen Angebote. In der Praxis gibt es nicht immer einen Vorrang der freien Träger gegenüber den staatlichen. Stattdessen ist das Verhältnis zwischen der freien Wohlfahrtspflege und dem Staat durch ein Geflecht komplexer Kooperationen geprägt. So ergänzen freie Träger die Angebote des Staates und schließen bestehende Angebotslücken durch ihre gemeinnützigen Dienste und Einrichtungen. Verdeutlicht anhand der Kinderbetreuung: Bundesweit besuchen zwei Drittel der Kinder eine Tageseinrichtung in freier oder sonstiger Trägerschaft (etwa durch Elterninitiativen oder Betriebe), während rund ein Drittel eine staatliche Einrichtung nutzt.

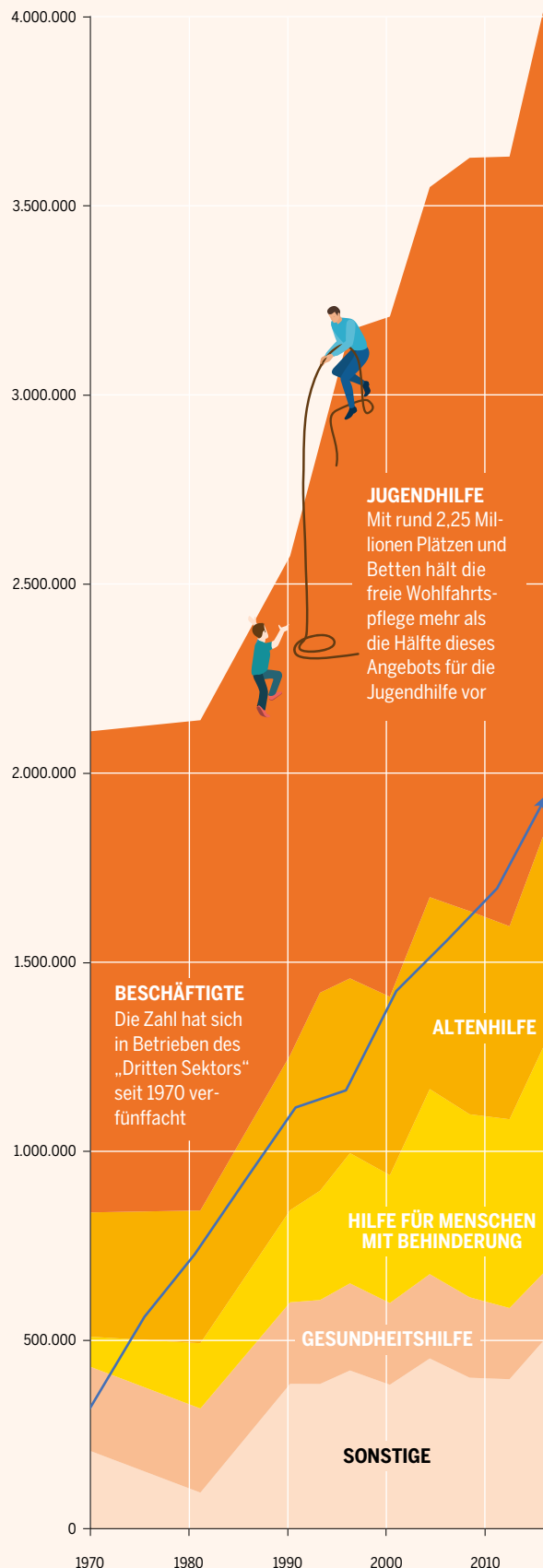
Angesichts des Strukturwandels der Arbeitsgesellschaft und der demografischen Entwicklung ist seit den 1970er-Jahren das Verständnis dafür gewachsen, dass der Staat als zentraler Wohlfahrtsproduzent in seinen Möglichkeiten begrenzt ist. Weder er noch die Sozialversicherungen sind in der Lage, die soziale Fürsorge allein zu ermöglichen und eine gute Lebensqualität für alle Menschen zu schaffen. Das erklärt, warum Wohlfahrtsverbände, gemeinnützige Vereine und andere Non-Profit-Organisationen als Träger von sozialer Sicherheit ein enormes Wachstum erfahren haben, ob in der Zahl der Plätze und Betten sozialer Einrichtungen, bei den Beschäftigten oder in den Umsätzen.

Führende Anbieter sind sechs Wohlfahrtsverbände. Sie zählen zu den zentralen Partnern des Staates, etwa in der Familienpolitik und Altenpflege. Dazu gehören die Arbeiterwohlfahrt, der Deutsche Caritasverband, der Deutsche Paritätische Wohlfahrtsverband, das Deutsche Rote Kreuz, das Diakonische Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland und die Zentralwohlfahrtsstelle der Juden in Deutschland. Auch andere Sozialverbände oder die Gewerkschaften fördern die soziale Integration, indem sie unterschiedliche Dienstleistungen, etwa im Rechts- oder Verbraucherschutz, anbieten. Die großen Gewerkschaften unterhalten zudem Bildungswerke, über die sie aus- und weiterbilden sowie Maßnahmen zur beruflichen Rehabilitation anbieten.

Ausnahmesituationen wie die Fluchtbewegungen von 2015/2016 oder die jüngste Flutkatastrophe 2021 stärkten die Erkenntnis, dass zivilgesellschaftliche Institutionen oft zielgenauer, schneller und wirkungsvoller ansetzen und handeln können und daher unabdingbar sind. Im Umkehrschluss bedeutet das keineswegs, dass sie die Sozialversicherungen ersetzen können. Vielmehr besteht die Herausforderung darin, das Miteinander von Staat und Drittem Sektor ausgewogen zu gestalten. Denn der Sozialstaat allein kann den sozialen Zusammenhalt nicht ermöglichen. ●

FREIE WOHLFAHRTSPFLEGE

Zahl der Plätze/Betten und Beschäftigte seit 1970



In der freien Wohlfahrtspflege sind bundesweit 118.623 Einrichtungen und Dienste mit 4.166.276 Plätzen bzw. Betten angeschlossen. Von den insgesamt 1,9 Millionen Mitarbeitenden sind 58 Prozent teilzeit- und 42 Prozent vollzeitbeschäftigt. Stand Januar 2016

VERANTWORTUNG

NEUE VIELFALT DER FAMILIENMODELLE

Menschen übernehmen in unterschiedlichen Konstellationen dauerhaft Verantwortung füreinander, das geltende Recht trägt dem bisher nur teilweise Rechnung. Vor allem viele Alleinerziehende brauchen eine bessere Unterstützung.

Das Bild von Familie ist bunter geworden und wandelt sich weiter. In unterschiedlichsten Formen des Zusammenlebens kümmern sich Menschen umeinander und übernehmen füreinander Verantwortung. Viele Lebensgemeinschaften ziehen Kinder groß, unabhängig vom Familienstand und dem Geschlecht der Eltern. Gleichgeschlechtliche Paare sind in Deutschland gesellschaftlich zunehmend akzeptiert. Die Zahl der unverheirateten Paare mit und ohne Kinder wächst, wobei die Ehe noch immer deutlich dominiert.

Und doch ist bei Familien mit Kindern die klassische Ehe immer seltener: Betrug deren Anteil an allen Familien mit Kindern unter 18 Jahren im Jahr 1996 noch 81 Prozent, waren es 2019 nur noch 70 Prozent. Hingegen hat sich der Anteil der unverheiratet zusammenlebenden Eltern im gleichen Zeitraum von 4,8 auf 11,5 Prozent mehr als verdoppelt. Zudem steigt die Bedeutung der Alleinerziehenden bei Haushalten mit Kindern: Zwar ändert sich ihre absolute Zahl kaum; sie lag 2019 mit rund 1,34 Millionen in etwa auf dem Niveau von 2003. Jedoch ist ihr Anteil an allen Familien aufgrund deren generell schrumpfender Zahl von 12,8 Prozent im Jahr 1996 auf 18,6 Prozent 2019 gestiegen: In jeder fünften Familie gibt es nur einen Eltern-

Ein Pakt für das Zusammenleben könnte Paare, Alleinerziehende sowie Senioren und Seniorinnen rechtlich absichern

EIN NEUER PAKT FÜR GUTE WIE FÜR SCHLECHTE ZEITEN

Ergänzung zur Ehe: ein politischer Vorschlag der Heinrich-Böll-Stiftung, wie Verantwortungsgemeinschaften rechtlich abgesichert werden können



Ist-Zustand		Ist-Zustand		Vorschlag	
PARTNERSCHAFT		EHE		PAKT FÜR DAS ZUSAMMENLEBEN	
Aus dem Zusammenleben verschieden- oder gleichgeschlechtlicher Paare entstehen automatisch:		Verschieden- oder gleichgeschlechtliche Paare heiraten, daraus entstehen automatisch:		Zwei Erwachsene gehen eine Verantwortungsgemeinschaft ein, der Beziehungsstatus spielt keine Rolle. Über eine neue Möglichkeit der amtlichen Registrierung entstehen automatisch:	
PFLICHTEN	RECHTE	PFLICHTEN	RECHTE	PFLICHTEN	RECHTE
Beistandspflicht nach SGB II	Anspruch auf Elterngeld	Finanzieller Beistand	Auskunft, Vertretung, Information	Finanzieller Beistand	Auskunft, Vertretung, Information
		Beistandspflicht nach SGB II	Zeugnisverweigerung	Beistandspflicht nach SGB II	Erbrecht
		Nach Trennung:	Erhöhte Freibeträge bei der Schenkungssteuer	Nach Trennung:	Erhöhte Freibeträge bei der Erbschaftsteuer
		Zugewinnausgleich	Erhöhte Freibeträge bei der Erbschaftsteuer	Option Zugewinnausgleich	Rentensplitting möglich
		Unterhaltspflicht für Erwachsene	Ehegattensplitting		Anspruch auf Elterngeld
		Versorgungsausgleich	Anspruch auf Elterngeld		

© HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG, SOZIALATLAS 2022

teil. Neun von zehn Alleinerziehenden sind Frauen, die im Durchschnitt eher jüngere Kinder bei sich haben als die alleinerziehenden Väter. Verglichen mit alleinerziehenden Müttern und Paarfamilien, leben alleinerziehende Väter seltener mit Vorschulkindern und häufiger mit nur einem minderjährigen Kind im Haushalt zusammen.

Auch Trends wie ein höheres Alter bei der ersten Geburt, die Erwerbsarbeit von Frauen sowie anhaltend hohe Scheidungsraten verändern das Familienbild. Im Jahr 2019 lebten in Deutschland 8,189 Millionen Familien mit minderjährigen Kindern, im Jahr 1996 waren es noch rund 1,2 Millionen mehr.

Während die Eheschließung für gleichgeschlechtliche Paare inzwischen möglich ist, stoßen sie weiterhin auf juristische Barrieren, wenn sie sich Kinder wünschen – obwohl sie dies mehrheitlich tun. In lesbischen wie schwulen Partnerschaften kann über eine Samenspende immerhin eine der jeweiligen Partnerinnen oder einer der Partner biologisch mit dem Kind verwandt sein. Da sowohl die Leihmutter als auch eine Eizellenspende in Deutschland verboten sind, bleibt oft nur die Adoption als Möglichkeit, sich den Kinderwunsch zu erfüllen.

Aufgrund der Vielfalt der Wege in die Elternschaft fallen biologische und soziale Elternschaft also zunehmend auseinander. Nichteheliche Gemeinschaften unterscheiden sich von ehelichen aber durch die fehlende rechtliche Absicherung der Vater-Kind-Beziehung sowie des wirtschaftlich einkommensschwächeren Elternteils. Während in Ehen automatisch beide Eltern sorgeberechtigt sind, hat in Partnerschaften ohne Trauschein zunächst nur die Mutter die elterliche Sorge inne – es sei denn, die Eltern haben sowohl eine Vaterschaftsanerkennung als auch eine Erklärung zur gemeinsamen elterlichen Sorge abgegeben, oder sie wurde ihnen von einem Familiengericht übertragen. Insofern trägt das aktuelle Familienrecht dem veränderten Bild von Familie und Partnerschaft noch nicht Rechnung – anders als in anderen EU-Ländern wie Frankreich oder den Niederlanden.

Auch bei Trennung oder im Todesfall unterscheiden sich die Rechte und Pflichten verheirateter von denen unverheirateter Eltern. Während für Ehepaare Regelungen zu Wohnung, Unterhalt, Vermögens- und Versorgungsausgleich und im Erbrecht vorgesehen sind, existieren keine vergleichbaren Gesetze für unverheiratete Paare. Hier besteht Handlungsbedarf, um das Familienrecht der veränderten Lebenswirklichkeit anzupassen.

Was bleibt, ist der Einfluss aller Familien auf die Volkswirtschaft: Die unbezahlte Sorgearbeit, die sie leisten, machte im Jahr 2013 fast 40 Prozent der Bruttowertschöpfung im Bruttoinlandsprodukt aus. Dabei haben sich die Rahmenbedingungen stark verändert: Vier von fünf Müttern, die in Partnerschaften leben, arbeiten. Gleichwohl liegt die Hauptlast der Sorgearbeit noch immer bei den Frauen, obwohl sich die Väter mehr denn je zu Hause beteiligen. Laut dem Gleichstellungsbericht der Bundesregierung wenden Frauen täglich vier Stunden und 13 Minuten für Hausarbeit und Betreuung auf, Männer dagegen nur zwei Stunden und 46 Minuten.

Die in den Familien geleistete Arbeit kommt nicht nur ihren Mitgliedern zugute, sondern der gesamten Gesellschaft. Zu denken ist an die Ausgaben der Eltern für die Betreuung, Erziehung und Bildung ihrer Kinder. Der Familienleistungsausgleich hat zum Ziel, diese Investitionen anzuerkennen. So können Eltern unter anderem die Kosten für die Betreuung und Ausbildung der Kinder steuerlich geltend machen sowie über Freibeträge die Steuerlast per se mindern. Das zunehmend umstrittene Ehegattensplitting dagegen gewährt Ehepaaren Steuervorteile, auch wenn sie keine Kinder haben. Es begünstigt zudem die Einverdiener-Ehe, da sich das Teilen der Steuerlast besonders dann lohnt, wenn ein Partner wenig oder gar kein Einkommen hat.

LIEBE MIT UND OHNE TRAUSCHEIN

Veränderte Lebensentwürfe: Zahl der Singles und Partnerschaften in Deutschland

	2009	2019	in %
	in 1.000		
Paare insgesamt	20.993	20.800	-0,9
Ehepaare	18.312	17.544	-4,2
gemischtgeschlechtlich	18.312	17.493	-4,5
gleichgeschlechtlich	–	52	x
Lebensgemeinschaften	2.680	3.256	+21,4
gemischtgeschlechtlich	2.617	3.166	+20,9
gleichgeschlechtlich	63	90	+41,9
Alleinerziehende	2.635	2.606	-1,1
Alleinstehende	17.059	18.653	+9,3
davon Alleinlebende	15.504	17.067	+10,1

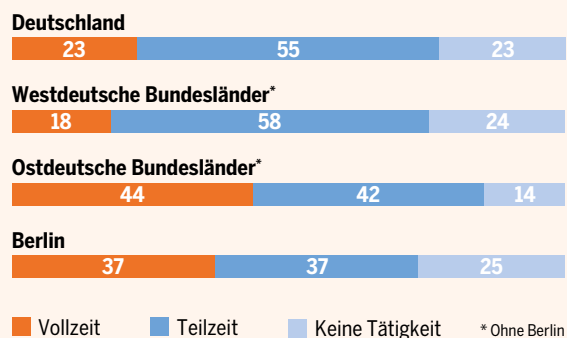
– keine Angaben vorhanden

Datenbasis: Mikrozensus – Bevölkerung in Familien/Lebensformen am Hauptwohnsitz

© HEINRICH-BOLL-STIFTUNG, SOZIALATLAS 2022 | BFP

VIER VON FÜNF MÜTTERN ARBEITEN

Der Anteil berufstätiger Frauen in einer Partnerschaft mit Kindern zwischen 6 und 18 Jahren steigt. Im Osten arbeiten mehr als doppelt so viele in Vollzeit wie im Westen, in Prozent, Abweichungen zu 100 durch Rundung, Stand 2018



© HEINRICH-BOLL-STIFTUNG, SOZIALATLAS 2022 | DESTATIS

Zu Hause geht's weiter: Vier Stunden und 13 Minuten wenden Frauen durchschnittlich täglich für die Sorgearbeit auf

Das zunehmend umstrittene Ehegattensplitting dagegen gewährt Ehepaaren Steuervorteile, auch wenn sie keine Kinder haben. Es begünstigt zudem die Einverdiener-Ehe, da sich das Teilen der Steuerlast besonders dann lohnt, wenn ein Partner wenig oder gar kein Einkommen hat.

Dass Familie aus der Mode kommt, steht nicht zu befürchten: 2019 äußerten – wie schon 2002 – gut zwei Drittel der 12- bis 25-Jährigen, dass sie später einmal Kinder haben möchten. ●

ENGAGEMENT, DAS ZUSAMMENHÄLT

In Ehrenämtern und über unbezahlte Freiwilligenarbeit stiften Bürgerinnen und Bürger Geld, Zeit, Güter und Ideen für das Gemeinwohl. Sie leisten damit einen Beitrag zum Zusammenhalt, den der Staat allein nicht erbringen kann, und stärken so die Demokratie.

Bürgerschaftliches Engagement funktioniert nach anderen Regeln als Staat, Wirtschaft oder Familie. Man versteht darunter ein individuelles Handeln, das sich durch Freiwilligkeit, fehlende persönliche materielle Gewinnabsicht und eine Ausrichtung auf das Gemeinwohl aus-

zeichnet. Das kann durch das Spenden von Zeit, Geld, Ideen oder materiellen Gütern geschehen. Vom Gesangsverein oder der freiwilligen Feuerwehr über die Aufräumarbeit nach Naturkatastrophen bis hin zu Bewegungen wie Fridays for Future oder der „Tafel“: Ehrenamt, Sach- und Geldspenden oder das Gründen von Stiftungen stellen typische Formen des privaten gemeinwohlorientierten Handelns dar.

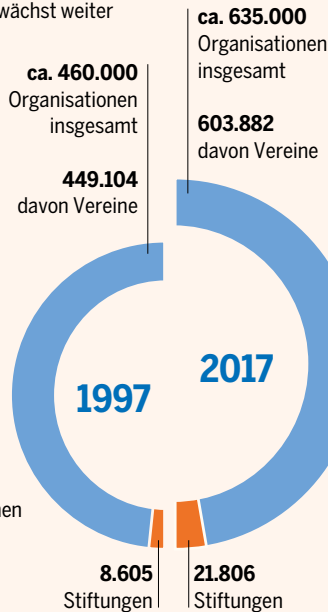
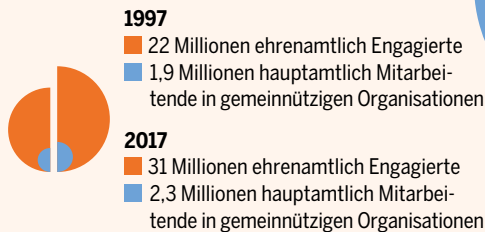
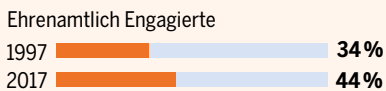
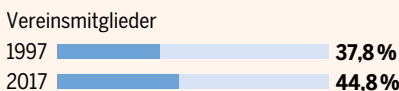
In Deutschland sind unbezahlte freiwillige und ehrenamtliche Arbeit weit verbreitet. Rund 31 Millionen Menschen

Mehr als ein Drittel aller Bürgerinnen und Bürger engagiert sich in einem Ehrenamt

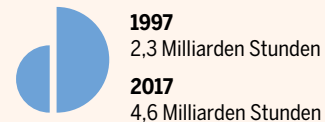
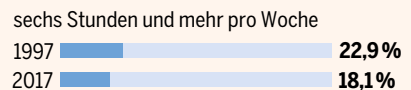
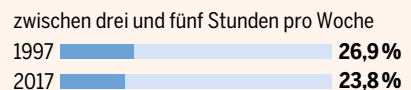
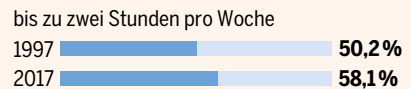
ENGAGEMENT IN ZAHLEN

Die Zahl der Mitglieder und Mitarbeitenden von gemeinnützigen Organisationen steigt, auch das Spendenaufkommen wächst weiter

Ehrenamtliches Engagement von in Deutschland lebenden Menschen ab 14 Jahren

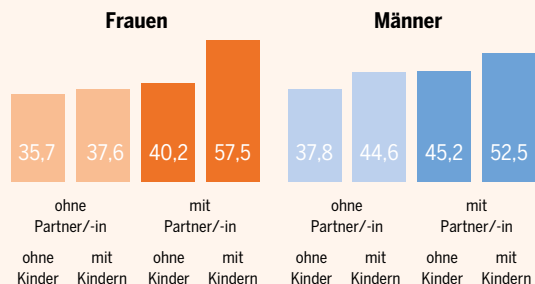


Zeitlicher Umfang des Engagements



Erwerbstätige mit Familie stark vertreten

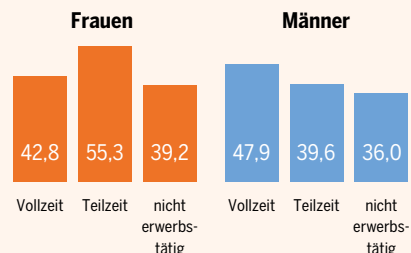
Anteile freiwillig Engagierter der 25- bis 54-Jährigen nach Haushaltskonstellation, 2014, in Prozent



Basis: Alle Befragten im Alter von 25 bis 54 Jahren (n = 12.560). Hinweis: „Mit Kindern“ beinhaltet alle Personen, die ein eigenes oder mehrere eigene Kind(er) unter 14 Jahren im Haushalt haben. Personen „ohne Kinder“ haben kein eigenes Kind unter 14 Jahren im Haushalt.



Anteile freiwillig Engagierter der 25- bis 54-Jährigen nach Erwerbsstatus, 2014, in Prozent



Basis: Alle Befragten im Alter von 25 bis 54 Jahren (n = 12.560). Hinweis: Der Erwerbsstatus „Teilzeit“ beinhaltet auch geringfügig Beschäftigte.

und damit mehr als ein Drittel aller Deutschen haben 2021 ihre wertvolle Lebenszeit gespendet: Fast 60 Prozent tun dies bis zu zwei Stunden pro Woche, 18 Prozent mehr als sechs Stunden. Dabei sagen 94 Prozent der Engagierten, dass sie beim Engagement auch Spaß haben wollen. Knapp dahinter folgen als Motive: anderen Menschen helfen, etwas für das Gemeinwohl tun, Gesellschaft mitgestalten und mit Menschen zusammenkommen.

Ob als Dienstleistung, Hilfe und Selbsthilfe oder über Freiwilligenagenturen – die Gesellschaft profitiert von Angeboten, die von staatlichen Institutionen zu erbringen in dem Umfang, aber auch in der Art und Weise nicht möglich wären.

Doch Engagement wirkt auch indirekt, es verdichtet das Geflecht sozialer Kontakte und stärkt so den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft. Das ist die Grundlage einer auf Vertrauen angewiesenen offenen Gesellschaft. Je mehr freiwillig Engagierte es in einer Gesellschaft gibt, desto mehr Vertrauen in Nachbarn und Fremde entsteht. Korruption und Verbrechen haben es dadurch schwerer als in Gesellschaften, in der sich Zusammengehörigkeitsgefühl eher entlang der Achsen familiärer, politischer und wirtschaftlicher Macht ausbildet.

Diese Organisationswelt ist ein maßgeblicher und stark anwachsender Teil der Zivilgesellschaft: Gab es 1995 noch knapp 417.000 eingetragene Vereine, waren es 20 Jahre später schon 604.000 – fast 50 Prozent mehr. Die Zahl der Stiftungen stieg von 10.500 im Jahr 2001 auf rund 21.800 kaum 20 Jahre später, also mehr als das Doppelte. Diese Organisationen werden durch eine Reihe gesetzlicher Maßnahmen unterstützt, aber auch reguliert, insbesondere über steuer- und körperschaftsrechtliche Bestimmungen. Mitgliedsbeiträge, Spenden, Projektgelder können eingenommen, vermehrt und müssen verwaltet, Mitarbeitende eingestellt werden. Oft akzeptieren die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesen Non-Profit-Einrichtungen eine geringe Arbeitsplatzsicherheit und Bezahlung. Befristete Beschäftigungsverhältnisse sind hier etwa doppelt so häufig anzutreffen wie in der Gesamtwirtschaft, zugleich liegt die Teilzeitbeschäftigung fast 20 Prozentpunkte über dem Durchschnitt.

Darüber hinaus gibt es zivilgesellschaftliches Engagement in weniger formalisierten Zusammenschlüssen oder in Form informeller Aktivitäten außerhalb von Organisationen. Es findet eher spontan im Alltag statt, ist in der Regel zeitlich und räumlich begrenzt sowie zumeist persönlich – zum Beispiel an die Nachbarschaft oder den Bekanntenkreis – gebunden. Zuletzt passierte dies eindrucksvoll nach der schweren Hochwasserkatastrophe 2021 in Rheinlandpfalz, Nordrhein-Westfalen, Bayern und Sachsen.

Bürgerschaftlich Engagierte können erwarten, dass ihre Belange, Probleme und Lösungsvorschläge im öffentlichen Raum ernst genommen werden. Die Breite der Zivilgesellschaft und des bürgerschaftlichen Engagements ist für sie unverzichtbar für das Gedeihen der Demokratie und die Abwehr antidemokratischer Kräfte. ●

Fast die Hälfte der Jugendlichen und jungen Erwachsenen, nämlich 45 Prozent, engagieren sich ein bis zwei Stunden pro Woche, fünf Prozent sogar sechs bis elf Stunden

MITMISCHEN IM NETZ

Die junge Generation organisiert Hilfe und Protest digital – vier Beispiele

Beteiligen

Die in vielen Städten angebotene Plattform „Jugend.beteiligen.jetzt“ stellt Heranwachsenden Know-how und digitales Werkzeug bereit und bietet Qualifizierungen an. Die Bandbreite reicht vom „Klick gegen Kummer“, einer Seite für Kinder und Jugendliche in Not, über Online-Debattenforen zur Lokalpolitik bis hin zu Mitbestimmungstools über die Vergabe städtischer Gelder an Jugendprojekte.



Aufklären

Falschnachrichten und Hass-Posts vergiften den politischen Diskurs, gefährden die Gesundheit der Betroffenen, können Wahlen manipulieren und zu Straftaten anstiften. Gemeinnützige Recherchenetzwerke wie Correctiv.org haben es sich zur Aufgabe gemacht, Fake News oder „alternative Fakten“ als solche zu identifizieren. Benutzerinnen und Benutzer können eine als falsch vermutete Nachricht direkt auf der Seite eingeben. Die Recherchenetzwerke finanzieren sich über Spenden – genau wie gemeinnützige Initiativen: Sie gehen Hasskriminalität im Netz nach und ermitteln die Urheberinnen und Urheber von digitaler Gewalt. Außerdem beraten sie die Opfer von Mobbing und Drohungen in den sozialen Medien.

Spenden

Statt Geschenken wünschen sich viele Menschen von ihren Freunden und Followern Spenden für einen guten Zweck – dafür braucht es nur ein paar Klicks. Geeignete Projekte findet man beispielsweise auf dem gemeinnützigen Portal betterplace.org: Dort sammeln mehr als 32.000 Projekte aus der ganzen Welt Spenden, ob für Kinder, Umwelt- oder Tierschutz, Bildung oder Entwicklungshilfe. Alle, die dort für ihre Sache werben, sind zu Transparenz verpflichtet und stellen dar, wofür das gesammelte Geld benötigt und wie es eingesetzt wird. Die Träger der registrierten Projekte sind als gemeinnützig anerkannt und können öffentlich bewertet werden.

Protestieren

Das Raute-Zeichen und zwei, drei markige Begriffe geben ihnen die Namen: Protestbewegungen wie #BlackLivesMatter, #MeToo oder #FridaysforFuture erreichen in den sozialen Medien binnen Tagen Hunderttausende Follower und schnell Abermillionen. Ihr Erfolg ist nicht planbar, aber wenn er sich einstellt, entfalten die Bewegungen enorme Kraft: Der Mobilisierungsgrad ist hoch, in kürzester Zeit können politische Großdemonstrationen in vielen Städten simultan organisiert werden – mitunter weltweit. Ebenso schnell findet ein Wissens- und Meinungs-austausch zum jeweiligen Thema der Bewegung statt, zum Beispiel über Plattformen wie Instagram, Twitter oder TikTok.



LÖSUNGEN FÜR STADT UND LAND

Gegensätze in der Bevölkerungsentwicklung fordern die Kommunen heraus: Sind diese attraktiv, liegen die Mieten und Immobilienpreise häufig zu hoch. Andere Regionen wiederum leiden unter Abwanderung und damit schrumpfenden Finanzen.

Das Wohnen und Leben in den Städten und auf dem Land stellt unsere Gesellschaft vor enorme Herausforderungen. Der demografische Wandel, die Veränderung der Arbeitswelt und die damit verbundenen neuen Anforderungen an Mobilität und Digitalisierung sowie der wachsende Druck auf die Ballungsräume machen das Wohnen zu der sozialen Frage des 21. Jahrhunderts. Die Wohnungsknappheit bei gleichzeitigen Miethöchstständen und weiter ansteigenden Immobilien- und Baukostenpreisen nicht nur in Metropolregionen wie München, Stuttgart, Berlin, Köln, Hamburg oder Düsseldorf fordern zum Handeln auf.

Studierende und qualifizierte Berufstätige, Migrantinnen und Migranten, agile ältere Menschen, die zurück in die Stadt wollen, junge Familien, die sich kurze Wege für sich und ihre Kinder wünschen – sie alle drängen in die großen Städte mit ihren attraktiven Infrastrukturen. Bund, Länder und die begehrten Kommunen reagieren auf die wachsende Nachfrage mit umfangreichen Bau- und Förderprogrammen; von 2021 bis 2024 wird beispielsweise

im Bundeshaushalt rund eine Milliarde Euro zur Unterstützung der Förderprogramme der Länder bereitgehalten. Doch mit Geld allein lassen sich die Probleme kaum lösen.

In den großen Städten geraten aufgrund der großen Nachfrage besonders innerstädtisch geprägte Quartiere unter Druck. Denn in den 1990er- und 2000er-Jahren galt der Staat als Investor als Auslaufmodell. Bundesländer und Kommunen verkauften Wohnungen und Flächen. Die fehlen der öffentlichen Hand heute für den Bau von Sozialwohnungen. Das Resultat ist eine soziale Entmischung und der Verlust des noch vorhandenen preisgünstigen Wohnungsbestands. Um 44 Prozent hat sich zwischen 2007 und 2019 der Anteil des öffentlich geförderten Wohnungsbaus am Gesamtwohnungsbestand reduziert. Andererseits steigt die Nachfrage nach Alternativen zum herkömmlichen Angebot am Wohnungsmarkt, zum Beispiel mit neuen Genossenschaften und sich selbst organisierenden Wohnprojekten.

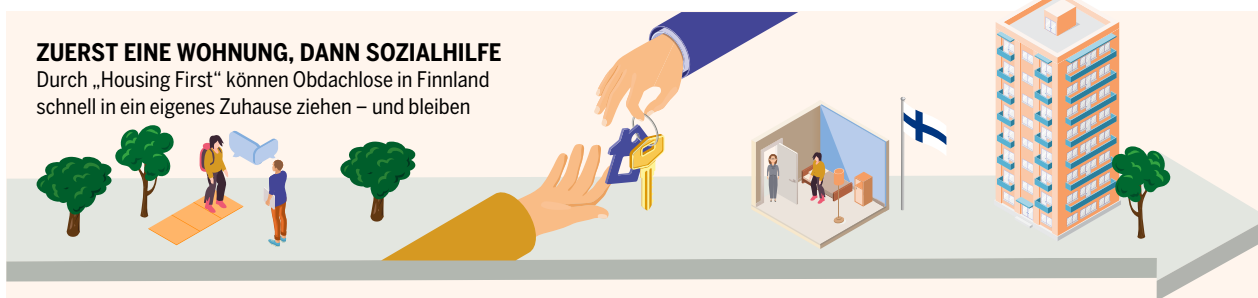
Auf dem Land zählen Investitionen in und alternative Konzepte für die Verkehrs- sowie die soziale Infrastruktur zu den Chancen, um sie attraktiv zu halten, dazu gehören Telemedizin, Ruf-Busse im öffentlichen Personennahverkehr ebenso wie Lieferdienste für Waren des täglichen Bedarfs.

Dennoch werden sich die regionalen Unterschiede in den kommenden Jahrzehnten verstärken. Die Bevölkerungszahl wird bis 2060 in den westdeutschen Flächenländern um rund

Finnland macht es vor: Obdachlose bekommen schnell eine neue Wohnung, auch die Gesellschaft profitiert davon

ZUERST EINE WOHNUNG, DANN SOZIALHILFE

Durch „Housing First“ können Obdachlose in Finnland schnell in ein eigenes Zuhause ziehen – und bleiben



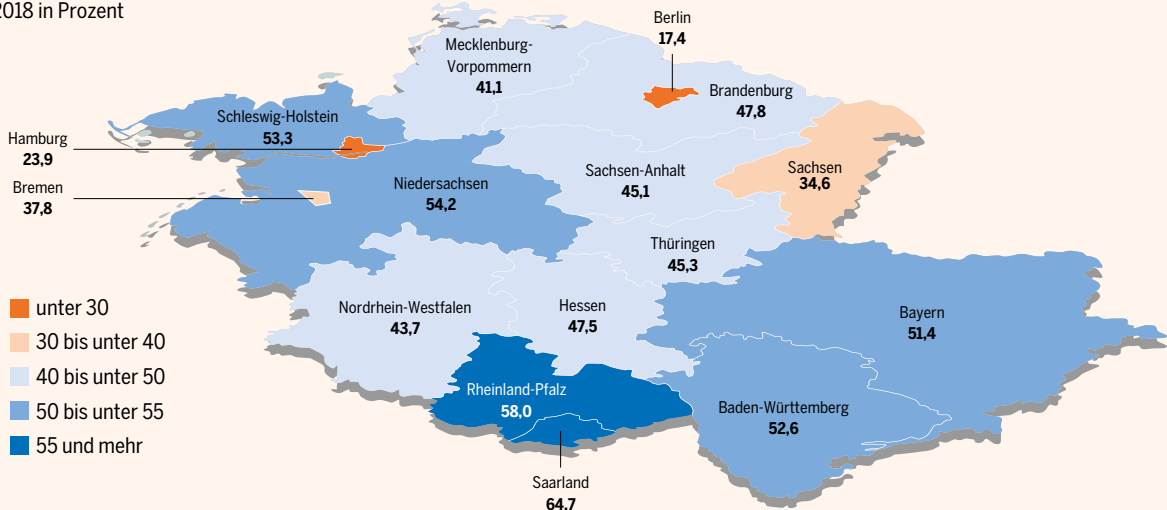
Mindestens 700.000 Menschen in Europa verbringen jede Nacht ohne eigenes Dach über dem Kopf – 70 Prozent mehr als noch vor zwölf Jahren. Doch in Finnland geht die Zahl der Wohnungslosen zurück. Denn hier hat man Wege gefunden, die es Obdachlosen ermöglichen, schnell wieder eigene vier Wände beziehen zu können. Das Prinzip heißt „Housing First“ und kommt aus der amerikanischen Sozialpolitik, wo es seit 1999 angewandt wird. Es stellt einen Paradigmenwechsel in der Sozialarbeit dar, denn es bedeutet, dass Menschen ohne Obdach als Erstes eine Behausung zur Verfügung gestellt wird – vor allen anderen Maßnahmen der Sozialhilfe. Es besteht von Anfang an ein normales, unbefristetes Mietverhältnis mit

allen Rechten und Pflichten. Im Unterschied zu anderen Programmen müssen sich die Obdachlosen nicht erst durch andere Unterbringungsformen für den Bezug der Wohnungen qualifizieren, weder eine Enthaltsamkeit von Drogen noch eine Arbeitsstelle nachweisen. Sie können direkt einziehen. In Finnland starteten gemeinnützige Träger und Stiftungen vor rund 15 Jahren damit, dass sie bisherige Obdachlosen- oder Flüchtlingsunterkünfte in moderne Sozialwohnungen umbauen ließen. Längst aber wird auch neu gebaut, finanziert über staatlich geförderte Kredite. Eine Betreuung der Bedürftigen durch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter wird nicht vorausgesetzt, aber kontinuierlich angeboten – und zwar in der

eigenen Wohnung. Die ehemals Wohnungslosen werden wie andere Mieter und Mieterinnen behandelt, ihr Wohn- und Sozialgeld dient zur Finanzierung. In Deutschland hat Housing First noch Pilotcharakter. Es laufen unter anderem Projekte in Köln, Leipzig, Saarbrücken, Berlin und Düsseldorf. Housing First senkt in Finnland die Kosten für die Unterstützung Obdachloser – obwohl sich in Härtefällen zwei Sozialarbeiterinnen oder Sozialarbeiter um einen Obdachlosen kümmern, so etwa bei Drogenabhängigen. Probleme: Da die Kommunen über die Gelder bestimmen, ist ihre Finanzierung nicht dauerhaft gesichert. Das große Ziel ist festgeschrieben: 2027 soll es keine Obdachlosen mehr in Finnland geben.

EIGENTUMSQUOTE IN DEN BUNDESLÄNDERN

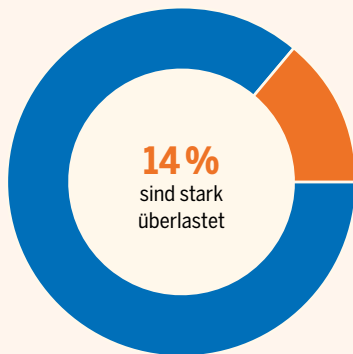
Nur knapp die Hälfte der Bevölkerung wohnt im eigenen Besitz, Anteile 2018 in Prozent



© HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG, SOZIALATLAS 2022 | BPB

ÜBERBELASTUNG DURCH WOHNKOSTEN

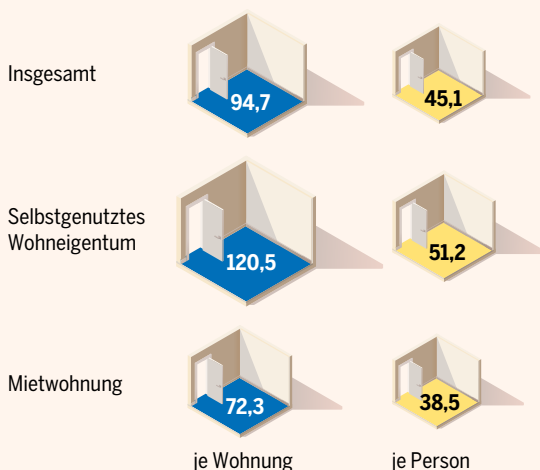
Wie häufig Mieten und Betriebskosten zu hoch sind



11,4 Millionen Menschen lebten 2019 in durch Wohnkosten stark überlasteten Haushalten

Wenn die Wohnkosten mehr als 30 Prozent des verfügbaren Einkommens beanspruchen, gelten die Betroffenen als zu hoch belastet. 2019 mussten 14 Prozent der Bevölkerung bis zu 40 Prozent ihres Budgets aufwenden, weitere 14 Prozent lagen sogar darüber und galten als stark überlastet. Am stärksten belastet wird jener Teil der Bevölkerung mit dem geringsten Einkommen: Fast jeder zweite Haushalt dieser Gruppe musste 42 Prozent seiner Einnahmen fürs Wohnen einsetzen.

Durchschnittliche Wohnfläche – in Quadratmetern, 2018



© HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG, SOZIALATLAS 2022 | BMAS, DESTATIS, BPB

Die Eigentumsquote variiert stark, insbesondere in den drei Stadtstaaten ist selbstgenutztes Eigentum zu selten

vier Prozent und in den ostdeutschen Flächenländern um 18 Prozent abnehmen. In den Stadtstaaten wird sie dagegen um bis zu zehn Prozent ansteigen. Die Bevölkerung im Erwerbsalter zwischen 20 und 66 Jahren aber wird – anders als die Zahl insgesamt – in allen Bundesländern abnehmen. Zwischen 2018 und 2060 wird die Zahl der erwerbsfähigen Personen in den westdeutschen Flächenländern um 16 Prozent, in den ostdeutschen Flächenländern um 30 Prozent und in den Stadtstaaten um vier Prozent sinken. Demografischer Wandel und schwindende Wirtschaftskraft wirken sich negativ auf die Finanzausstattung der schrumpfenden Regionen und Kommunen aus. Eine weitere Entwertung wirtschaftsschwacher Regionen und Städte droht.

Die Stärkung der kommunalen Wohnungspolitik, zum Beispiel durch Rückkauf einst veräußerter großer Bestände, wie er in jüngster Vergangenheit etwa in Hamburg, Leipzig oder Berlin vollzogen wird, ist ein Weg, dieser Herausforderung zu begegnen. Denn darüber können die Kommunen als Marktteilnehmer die Mietenspiegel beeinflussen, wenn sie die Preise sozial verträglicher gestalten.

Voraussetzung für eine Stärkung der ländlichen Regionen ist die Ausstattung mit moderner Infrastruktur, wozu nicht nur kreative Lösungen für den öffentlichen Personennahverkehr und die dezentrale Gesundheitsversorgung, sondern auch der flächendeckende Ausbau des Mobilfunk- und Breitbandnetzes zählen. Andererseits bedarf es der Bereitschaft der Akteure vor Ort, sich den neuen Herausforderungen zu stellen. Dazu sind Anreize in den Regionen selbst zu entwickeln, die die Eigenverantwortung stärken: Im Sinne eines „aktiven Dorfes“ wirken gerade in kleinen Orten ohne Versorgungsmöglichkeiten in zumutbarer Entfernung Selbstorganisation und gegenseitige Unterstützung stabilisierend. ●

Besonders stark belastet sind mit einer Wohnkostenquote von durchschnittlich 28 Prozent Ein-Eltern-Familien, Alleinlebende mit 30 sowie die Gruppe der über 65-Jährigen mit 23,7 Prozent

CHANCEN FÜR MORGEN

Elternhaus und Einkommen sind nach wie vor ausschlaggebend dafür, welchen Bildungsweg Kinder einschlagen. Wichtig sind kluge Investitionen in die Qualität von Schulen und die soziale Infrastruktur.

Der Weg von Kindern und Jugendlichen in die Gesellschaft beginnt mit gerechten Chancen, guter Bildung und vielfältiger Teilhabe. Das ist keine individuelle Frage: Die Kinder von heute gestalten den sozialen Zusammenhalt von morgen. Ungünstige Startbedingungen auszugleichen ist eine besondere Verpflichtung des Staates. So steht es im Grundgesetz und in der UN-Kinderrechtskonvention, die 1992 von der Bundesrepublik unterzeichnet wurde. Mit zahlreichen Maßnahmen versucht der Staat, einen Beitrag zur Verminderung von Einkommensungleichheit und Armutsrisiken in den Familien zu leisten. In Ostdeutschland zeigen sich Verbesserungen: Bezogen dort 2014 noch 22,1 Prozent der Kinder und Jugendlichen Grundsicherung, waren es 2019 nur noch 16,9 Prozent. In Westdeutschland stagniert diese Quote zwar bei 13 Prozent. Dennoch ist nach Aspekten relativer Armut betrach-

tet mehr als jedes fünfte Kind unter 18 Jahren von Armut betroffen. Bei Kindern von Alleinerziehenden gelten sogar knapp 45 Prozent als einkommensarm und bei jenen mit Migrationshintergrund 29 Prozent.

Hier geht es nicht nur um Geld, sondern auch um schulische Förderung sowie um Zugänge zum sozialen und kulturellen Leben. Familien können unterschiedliche Dienste und Leistungen in Anspruch nehmen, darunter kommunale Angebote wie die von Jugendzentren, den Besuch von Schwimmbädern und Bibliotheken. Oder sie können Zuschüsse für Kosten beantragen, die in der Schule oder für die Ausbildung entstehen. Seit 2011 gibt es dafür aus dem Bildungs- und Teilhabepaket monatlich 15 Euro für Schulmaterialien, Lernförderung sowie Beihilfen zu Klassenfahrten oder für Sportkurse. Das Geld kommt vom Bund, verteilt wird es von den Kommunen, die das Verfahren entweder über das Sozialamt oder das örtliche Jobcenter abwickeln. Probleme für die Empfängerinnen und Empfänger stellen

Die Quote der in Kitas betreuten unter Sechsjährigen liegt in Deutschland deutlich über dem OECD-Durchschnitt



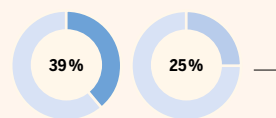
HÖHERE BILDUNG, BESSERE CHANCEN

Von Krippe bis Studium: Daten aus Deutschland zu Betreuung, Qualifikation und Berufswahl

Früh in der Kita

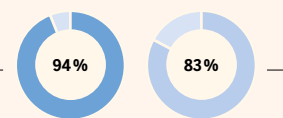
Anteil der unter 3-Jährigen in frühkindlicher Betreuung: 39 %

OECD-Durchschnitt: 25 %



Anteil der 3- bis 5-Jährigen in Erziehung: 94 %, Stand 2019

OECD-Durchschnitt: 83 %



Genderlücke geschlossen

Frauenanteil bei Studierenden an Hochschulen im Jahr 2021:

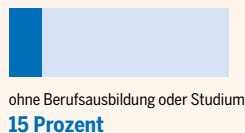
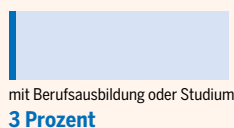
49,9 Prozent



Abschluss statt arbeitslos

Arbeitslosigkeit unter 25- bis 34-Jährigen, 2019

Je besser der Abschluss, desto geringer die Arbeitslosigkeit



Berufswahl macht den Unterschied

2019



Absolventinnen in den Fachrichtungen Gesundheit und Sozialwesen: **82 %**
Absolventinnen in Ingenieurwesen, Fertigung und Bauwesen: **9 %**

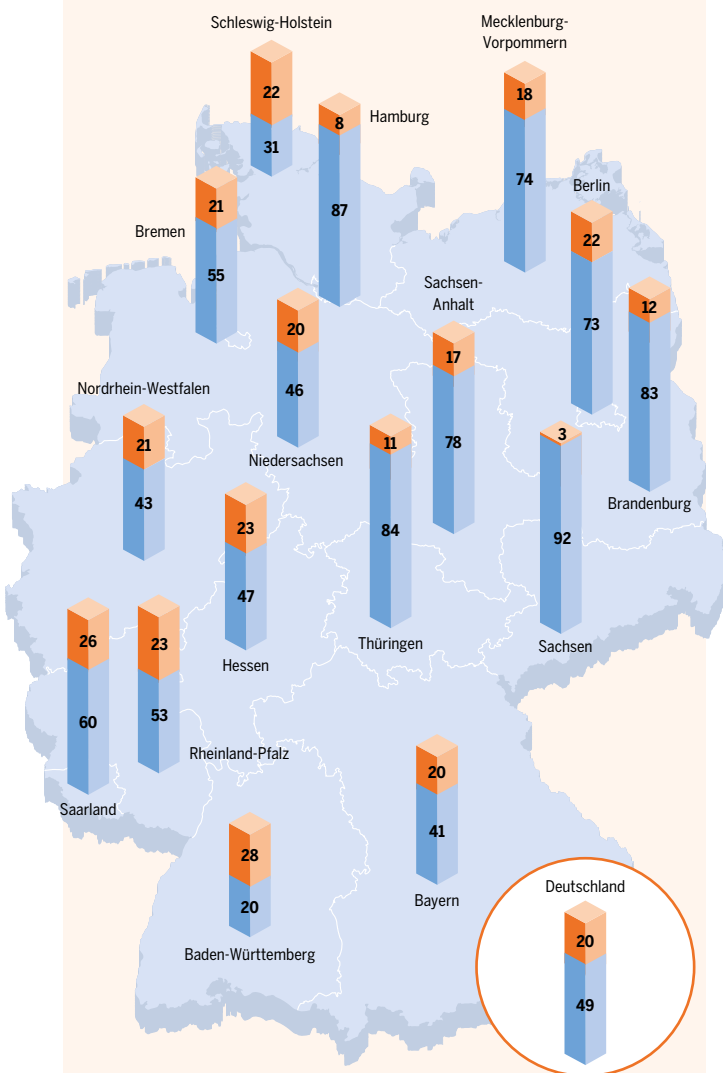


Anstieg Zahl der Frauen mit Bachelor in Informatik und Kommunikationstechnologie zwischen 2013 und 2019 in Prozent

+ 71 %

BESTAND UND BEDARF AN GANZTAGSPLÄTZEN

Betreuungslücken an den Grundschulen nach Bundesländern



■ Anteil der Grundschul Kinder in Ganztags-einrichtungen in Prozent, 2018

■ Prognostizierter zusätzlicher Platzbedarf im Jahr 2025, in Prozent

Differenz zu 100 Prozent:
keine Ganztagsbetreuung erforderlich

Bundesweit
fehlen 2019 rund
645.000
Ganztagsplätze für
Grundschul Kinder



© HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG, SOZIALATLAS 2022 | DIJ, IWW

dabei die geringen Beträge und das komplizierte Antragsverfahren dar. Deshalb machen nur rund 15 Prozent der Eltern anspruchsberechtigter Schülerinnen und Schüler bis 14 Jahren davon Gebrauch. Hier wären ein einheitlicher Träger und ein unbürokratisches, nicht stigmatisierendes Antragsverfahren eine bessere Lösung.

Der Ort, an dem Maßnahmen die Heranwachsenden in der Regel gut erreichen, ist die Schule. Die Umsetzung des beschlossenen Rechtsanspruchs auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule ab dem Jahr 2026 könnte daher einen Neustart für die Kooperation von Bund, Ländern und Kommunen markieren. Sozial- und Bildungspolitik könnten besser ineinandergreifen, und das Geld könnte fließen, wo es am dringendsten gebraucht wird. Zu den Reformvorschlägen, die hier diskutiert werden, gehören: eine Kindergrundsicherung, die automatisch über die Familienkasse ausgezahlt und helfen würde, verdeckte Armut zu überwinden; dazu gezielte Investitionen in Bildungs- und Teilhabeinfrastruktur und die Möglichkeit, länderübergreifend die Zuweisung staatlicher Mittel stärker am Bedarf der von Armut betroffenen Kommunen, Kitas und Schulen auszurichten.

Allein viel Geld in die Hand zu nehmen, garantiert jedoch noch keinen Erfolg: Obwohl die Investitionen in Bildung seit 2010 um rund 30 Prozent gestiegen sind, zeigen internationale Vergleichsstudien, dass in kaum einem anderen europäischen Land Elternhaus und Wohnumfeld so entscheidend für den Bildungserfolg sind wie in Deutschland. Je besser situiert ein Kind aufwächst, desto größer sind seine Chancen.

Im Jahr 2018 betrug das Bildungsbudget rund 140 Milliarden Euro, die Hälfte davon floss an Schulen. Für den einzelnen Schulplatz an öffentlichen Schulen gaben die Haushalte im Jahr 2017 bundesweit durchschnittlich 7.300 Euro aus – rund 2.500 Euro mehr als 2005. Geld, das einerseits wirkt: Der Anteil der Hochschulzugangsberechtigten war 2018 mit 51 Prozent so hoch wie noch nie, was den Trend zur Höherqualifizierung weiter verstärkt. Andererseits haben in Deutschland 13 Prozent der heute 25- bis 34-jährigen keinen Sekundarabschluss – damit liegt Deutschland nur im unteren Mittelfeld der 27 EU-Mitgliedsstaaten.

Die Chancen von Kindern aus Akademikerfamilien auf einen Gymnasialbesuch sind fast viermal so hoch wie für die Kinder von Facharbeitern – und fast sechsmal so hoch wie die für Kinder ungelernter Beschäftigter. Die letzte PISA-Studie von 2018 zeigt, dass in Deutschland der Leistungsunterschied von 15-Jährigen aus den einkommensschwächsten Familien im Vergleich zu denjenigen aus wohlhabenden Familien bis zu dreieinhalb Schuljahre beträgt. Eine Sonderauswertung zum Schulerfolg sozial benachteiligter Schülerinnen und Schüler zeigt: Mehr Geld und eine bessere Ausstattung für die Schulen allein sind nicht ausschlaggebend für den Lernerfolg. Als begünstigende Faktoren wurden vielmehr ein geordnetes Lernumfeld sowie schulische Aktivitäten jenseits des Unterrichts ausgemacht. Das ermutigt zu der Annahme, dass sich die anstehenden Investitionen in Ganztagsangebote positiv auswirken werden. ●

Ab 2026 soll bundesweit ein Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Ganztagsgrundschule bestehen, der in einigen Bundesländern schon existiert

BESCHÄFTIGUNG IM WANDEL

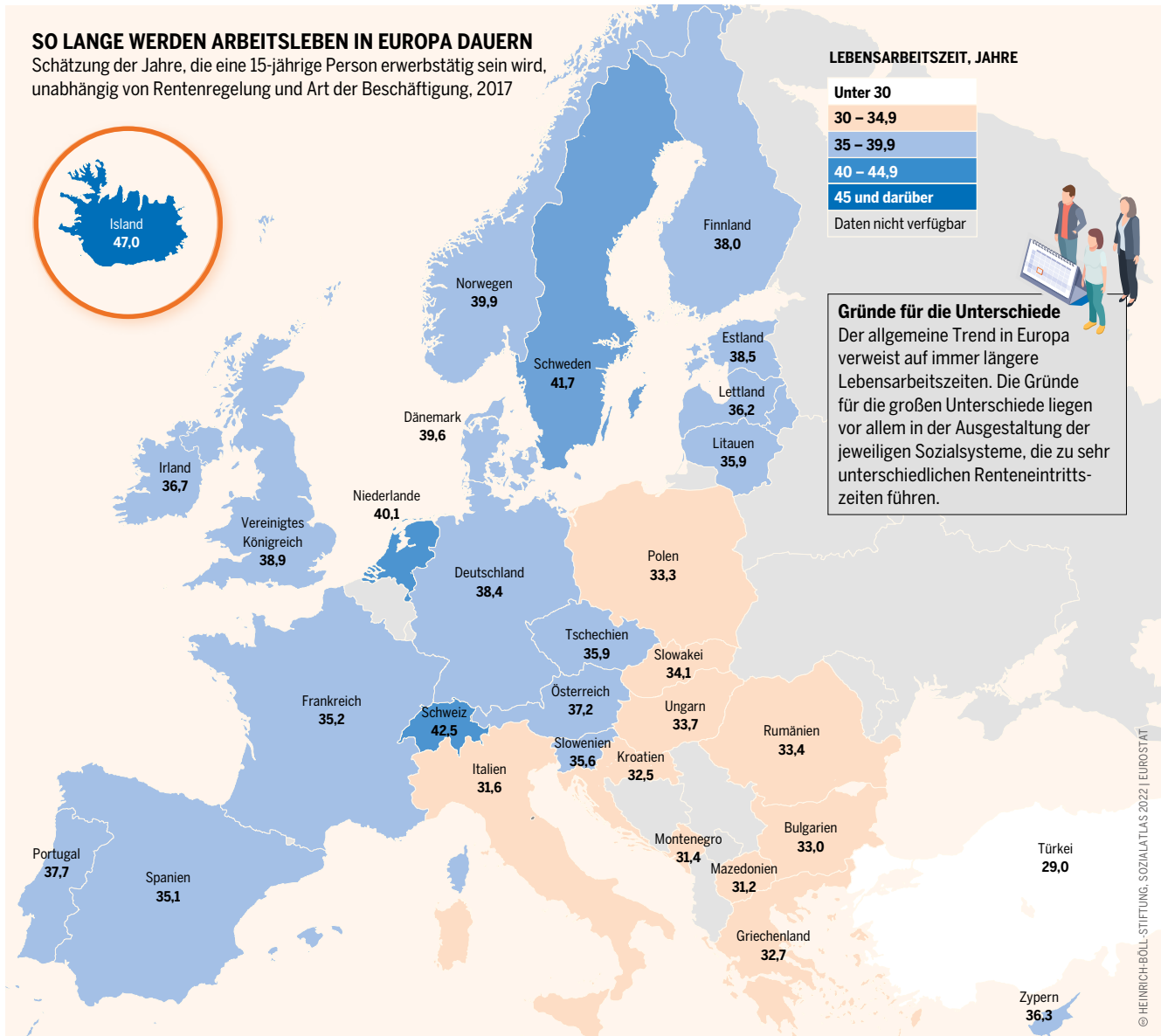
Immer mehr Menschen sind erwerbstätig. Die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik ermöglicht Übergänge zwischen Erwerbsformen, fördert Qualifikationen und gibt Starthilfen zur Selbstständigkeit.

Die große Mehrheit der Menschen in Deutschland ist erwerbstätig, um den Lebensunterhalt zu bestreiten. Arbeit definiert darüber hinaus die soziale und gesellschaftliche Stellung, bietet Möglichkeiten zur Persönlichkeitsentwicklung und Selbstverwirklichung. Die Zahl der Erwerbstätigen in Deutschland stieg in den Jahren 1991 bis 2020 von knapp 39 Millionen auf rund 45 Millionen an, davon sind 47 Prozent Frauen. Gut 33 Millionen Menschen sind sozialversicherungspflichtig beschäftigt, davon 1,7 Millionen verbeamtet, gut vier Millionen selbst-

ständig oder mithelfende Familienangehörige, weitere gut sieben Millionen geringfügig beschäftigt.

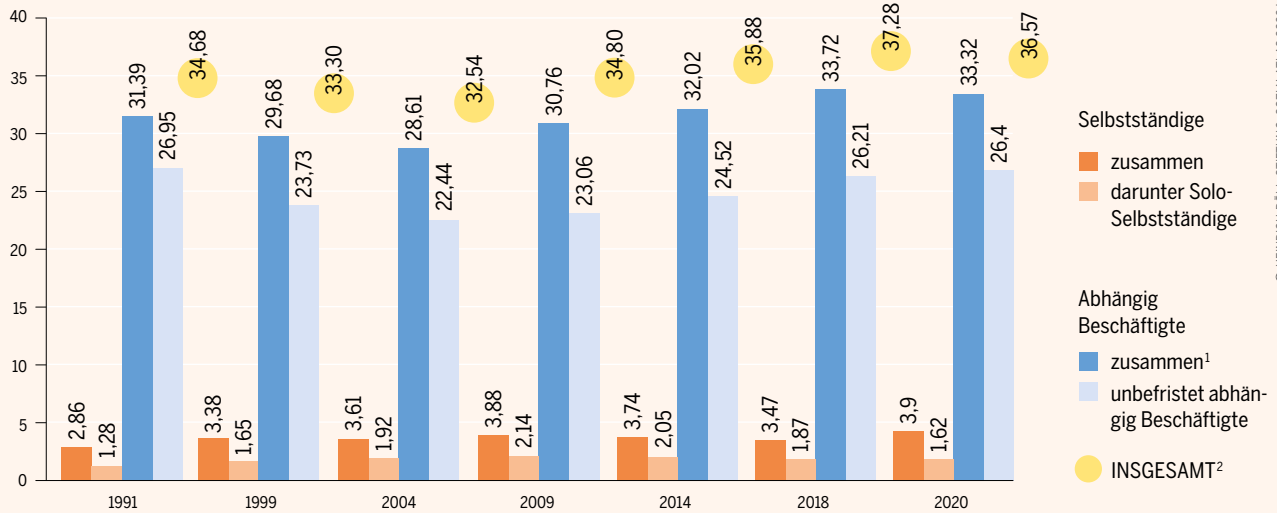
Die Arbeitslosenquote sank vom Höchststand 13 Prozent im Jahr 2005 auf 5,6 im September 2021. Die positive Entwicklung ging mit massiven Veränderungen am Arbeitsmarkt einher: Nur noch jeder vierte Mensch arbeitet in der Industrie, knapp 75 Prozent aller Erwerbstätigen sind mittlerweile im Dienstleistungssektor beschäftigt, wobei neben der großen Nachfrage nach Hochqualifizierten in der IT vor allem soziale und personenbezogene Dienstleistungen expandieren. Auch das hat dazu beigetragen, die Frauenerwerbsquote von 57 Prozent 1991 auf knapp 73 Prozent 2019 zu erhöhen.

Im EU-Durchschnitt arbeiten Männer 38 und Frauen 33 Jahre, nur in Litauen liegt die Lebensarbeitszeit der Frauen mit 37 Jahren etwas höher als die der Männer



FORMEN DER ERWERBSARBEIT

Zahl der selbstständig und abhängig Beschäftigten seit 1991 in Millionen



Nur Erwerbstätige im Alter von 15 bis 64 Jahren, nicht in Bildung, Ausbildung oder einem Freiwilligendienst.

¹ Umfasst Normalarbeitnehmer und -arbeitnehmerinnen inklusive Verbeamtete, geringfügig, befristet und in Teilzeit Beschäftigte sowie Zeitarbeitnehmer und -arbeitnehmerinnen.

² Umfasst Selbstständige und abhängig Beschäftigte.

© HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG, SOZIALATLAS 2022 | BPB, DESTATIS

Die neuen Strukturen verändern auch die Art und Weise, wie Menschen arbeiten: 2021 war schon jede beziehungsweise jeder fünfte Erwerbstätige „atypisch“ beschäftigt: Fast zehn Millionen Menschen arbeiteten in Teilzeit, davon gut vier Millionen in ausschließlich geringfügiger Beschäftigung. 4,6 Millionen Menschen haben befristete Arbeitsverträge und 780.000 sind bei Zeitarbeitsfirmen angestellt und werden an Unternehmen „ausgeliehen“.

Atypische Beschäftigung ist nicht zwingend Ausdruck eines Problems. Sie wird von einem Teil der Beschäftigten bewusst gewählt, um beispielweise Familie und Beruf besser miteinander zu vereinbaren. Die sozialen Risiken liegen jedoch in der Unregelmäßigkeit von Arbeitsvolumen und Einkommen, etwa bei Befristungen. Auch das Niedriglohnrisiko in atypischer Beschäftigung erhöht sich. Niedriglohn bedeutet, dass weniger als zwei Drittel des mittleren bundesdeutschen Durchschnittslohns verdient werden – also 2018 weniger als 11,05 Euro pro Stunde. Der Anteil Niedriglohnbeschäftigter ist seit den 1990er-Jahren von knapp 17 auf 20 Prozent im Jahr 2019 gestiegen; in Ostdeutschland liegt er sogar bei 25,3 Prozent. Der gesetzliche Mindestlohn, der 2015 eingeführt wurde, wird mit der nächsten geplanten Erhöhung ab 1. Juli 2022 bei 10,45 Euro liegen.

Die Zunahme Erwerbstätiger insgesamt sowie der diversen Beschäftigungsformen geht mit ungleichen Chancen auf das Erzielen existenzsichernder Einkommen und sozialer Absicherung einher. Um eine weitere Spaltung des Arbeitsmarktes zu vermeiden, könnten höhere Mindestlöhne mit einer gesetzlichen Einschränkung prekärer Arbeitsformen gekoppelt werden. Für mehr Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern wäre zudem eine ausgewogenere Verteilung der Erwerbsarbeit anzustreben. Denn Teilzeit und geringfügige Beschäftigung sind in der Mehrheit nach wie vor „Frauensache“, was aufgrund der geminderten Rentenansprüche der Altersarmut von Frauen Vorschub leistet, aber auch ihren Aufstieg in Führungspositionen erschwert. ●

Anfang der 1990er-Jahre hatte es noch mehr Selbstständige mit Beschäftigten als ohne gegeben, bis 2018 hatte sich das umgekehrt

BEDEUTUNG DER ARBEIT

Welche Aspekte „sehr wichtig“ sind, damit eine Stelle ideal ist – Angaben in gerundeten Prozent



Onlineumfrage unter 1.062 Erwerbstätigen zwischen 18 und 60 Jahren (Vollzeit und Teilzeit), 2015

■ Frauen
■ Männer

© HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG, SOZIALATLAS 2022 | BERTELSMANN STIFTUNG

MEHR MITEINANDER

Gesellschaft soll für Menschen mit Behinderung so gestaltet sein, dass diese gleichberechtigt teilhaben können. Dafür müssen Barrieren abgebaut und Benachteiligungen aufgehoben werden.

Behindert, denken viele, das sind nur „die anderen“. Das liegt vor allem an der mangelnden Präsenz behinderter Menschen in der Alltagswelt. Tatsächlich aber lebt fast jede zehnte Person in Deutschland mit einer schweren Behinderung, also einem Grad der körperlichen, seelischen oder geistigen Einschränkung von über 50 Prozent – 7,9 Millionen Menschen. Nur ein geringer Teil davon, rund drei Prozent, gilt schon vom ersten Lebensjahr an als behindert. Mit Abstand die meisten Beeinträchtigungen erteilen die Menschen erst im Lauf ihres Lebens, etwa in Folge einer schweren Krankheit. Unfälle sind nur in einem Prozent der Fälle die Ursache. 78 Prozent der Betroffenen sind älter als 55 Jahre.

Behinderung daher nicht nur sichtbar zu machen, sondern dieser großen Bevölkerungsgruppe mithilfe besserer Rahmenbedingungen eine gleichberechtigte Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen – dafür steht das

politische Vorhaben der Inklusion. Vereinfacht gesagt, sollen Behinderte und Nichtbehinderte gemeinsam aufwachsen, lernen, arbeiten und leben – jeder und jede im Rahmen seiner oder ihrer Möglichkeiten. Doch noch ist dieses Miteinander mehr Wunsch als Wirklichkeit.

Seit sich Deutschland 2009 der UN-Behindertenrechtskonvention angeschlossen hat, ist zwar viel geschehen; die Bundesländer haben sie in geltendes Recht umgesetzt. Dennoch scheinen die Lebenswege – insbesondere die geistig Behinderter – in Deutschland wie vorgezeichnet zu sein: Nach der Förderschule wechseln sie in eine Behindertenwerkstatt und bleiben ihr Lebtage in betreuten Einrichtungen weitgehend unter sich.

Die Lebenswelten trennen sich früh. Hatten im Schuljahr 2008/09 4,8 Prozent aller Kinder der Jahrgangsstufen 1 bis 10 eine Förderschule besucht, lag diese Quote zehn Jahre später bei kaum veränderten 4,2 Prozent. Die Exklusionsquote – die abbildet, wie viele Kinder in eine gesonderte Schule gehen – zeigt, dass sich die Zahl an Schülerinnen und Schülern, die in ihrer körperlich-motorischen und geistigen Entwicklung unterstützt werden müssen, sogar erhöht hat. Das heißt, immer noch besuchen die meisten Kinder mit einem Förderbedarf keine allgemeinbildende Schule – trotz der Landesschulgesetze zur Inklusion.

Diese Förderschulen verlassen nur 28 Prozent mit einem Hauptschulabschluss. Die Absolventenquote für Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf in allgemeinen Schulen

Statt auf Sonderlösungen für einzelne Gruppen setzt man in anderen Ländern auf das Prinzip „Eine Lebenswelt für alle“ – für Behinderte wie Nichtbehinderte

DREI INKLUSIVE IDEEN

Wie anderswo in Europa Barrieren aus dem Weg geräumt werden

Finnland



In Finnland erscheint seit 1990 zweiwöchentlich eine Zeitung in Leichter Sprache, deren Beiträge man auf selkosanomat.fi auch online hören kann. Seit 2016 gibt es zudem eine TV-Sendung. Da Sätze in Leichter Sprache kurz sein, keine Fremdwörter und nur eine Aussage enthalten sollen, eignet sich das Angebot auch für Analphabeten, Kinder mit Lernschwierigkeiten oder Migranten. Erlässt eine finnische Behörde eine Regelung, kann sie beim staatlichen Zentrum für Leichte Sprache ein Informationsblatt dazu für die beiden Landessprachen Schwedisch und Finnisch in Auftrag geben.

Schon über

300 Bücher
der finnischen Literatur wurden
in Leichte Sprache übersetzt

Großbritannien



In Großbritanniens Hauptstadt London können Rollstuhlnutzende und Gehbehinderte jedes der berühmten schwarzen Taxis ordern. Sie verfügen über eine Rampe, transportieren kostenlos Begleithunde, die Autodächer sind hoch und die Innenräume groß genug, sodass Fahrgäste den Rollstuhl nicht verlassen müssen. Ein zusätzlicher Schwenksitz, der nach außen gedreht werden kann, erleichtert Gehbehinderten das Einsteigen. In Berlin dagegen müssen Behinderte nach wie vor Spezialtaxis bestellen, sofern diese überhaupt verfügbar sind.

Die Taxiflotte von rund
20.000 Autos
ist seit dem Jahr 2000

rollstuhlgerecht

Schweden



Schon seit den 1990er-Jahren setzt Schweden auf das Prinzip „Supported Employment“, das zum Ziel hat, so viele Behinderte wie möglich fit für den ersten Arbeitsmarkt zu machen. Der Inklusionsansatz dort ist das „Design for All“ – einer barrierefreien Umwelt für alle. Es verzichtet auf Sonderlösungen für einzelne Gruppen. Schon 1985 wurde ein Gesetz eingeführt, das geistig Behinderten als rechtsfähigen Personen Wahlmöglichkeiten in Bezug auf die eigenen Unterstützungsleistungen gewährt. Zeitgleich veranlasste die schwedische Regierung die Auflösung der Sonderwohneinrichtungen für Menschen mit Behinderungen. 1999 schlossen die letzten.

Erwerbstätigkeit bei allen Menschen
mit Behinderung in Prozent:

66 %
Schweden

49 %
Deutschland

DIE WELT DER WERKSTÄTTEN

Die Sozialbetriebe sollen Menschen mit Behinderung durch Arbeit am gesellschaftlichen Leben teilhaben lassen, wenn möglich auch im ersten Arbeitsmarkt. Letzteres gelingt kaum

316.000

... Behinderte arbeiteten im Jahr 2020 bundesweit in den Sozialbetrieben, rund 163.000 mehr als im Jahr 1994

1994

2020

Anstieg um 106,5 %

Werkstätten

... sind zur lebenslangen Rehabilitation der Beschäftigten verpflichtet, aber auch zur Wirtschaftlichkeit



Weniger als 1%

... der Werkstattmitarbeitenden wechselt jährlich in ein reguläres Beschäftigungsverhältnis

20 Jahre

... nach Eintritt in eine Werkstatt können ihre Beschäftigten in Rente gehen. Die Altersbezüge betragen mindestens 800 Euro, denn die Anwartschaft darauf wird subventioniert. Die meisten arbeiten jedoch länger



Gut 75 Prozent

... der Beschäftigten sind als geistig behindert eingestuft



Obwohl

... gemeinnützig, treten sie auf dem freien Markt als Wettbewerber auf, so im Garten- und Landschaftsbau, im Catering, in der Pflege, der Verpackungsindustrie oder der Möbelherstellung



3.000

Arbeitsstätten werden von den 734 Werkstatt-Trägern betrieben



27 Monate

... dauern Eingangsbereich und Berufsbildungsbereich zusammen. Den durchlaufen auch Langzeitarbeitslose mit Beeinträchtigungen, die als erwerbsunfähig gelten. Einen Abschluss erwirbt man nicht

Werkstattbeschäftigte erhalten keinen Mindestlohn. Ihr Entgelt lag 2019 bei monatlich 240 Euro im Westen und 168 Euro im Osten



© HEINRICH-BOLL-STIFTUNG, SOZIALATLAS 2022

liegt dagegen bei 46,6 Prozent. Jedoch trägt dieser Vergleich nur bedingt, denn er sagt zu wenig über den Bedarf, die Art, Quantität und Qualität der nötigen oder gewährten Förderung aus.

Fest steht aber: Ohne Abschluss bleibt diesen Heranwachsenden in der Regel nur eine Werkstatt für Menschen mit Behinderung als nächste Station. 316.000 Menschen arbeiten derzeit in einer. Andere EU-Länder gehen neue Wege: Irland und Finnland zum Beispiel haben sich gegen ein Werkstattmodell entschieden. Behinderte, die bei uns ein „klassisches“ Werkstattprofil aufweisen, bringt man dort möglichst in normale Jobs.

Doch auch und gerade im Alltag steht einer echten Inklusion viel im Weg. Während in den USA der „American with Disabilities Act“ seit 1990 die Gleichstellung von Behinderten vorschreibt und so zumindest rechtlich die Diskriminierung durch Unternehmen und öffentliche Institutionen untersagt, fehlen vergleichbare Rechtsgrundlagen in Deutschland. Die Folge ist für Behinderte tagtäglich spürbar: In einer Umfrage der „Aktion Mensch“ von 2021 gaben 65 Prozent aller Befragten an, in Alltagssituationen auf Barrieren zu stoßen. Zu den am häufigsten genannten zählen: gesperrte oder zugestellte Wege, schlechter Straßenbelag, schwierig auszufüllende Formulare, Treppen im öffentlichen Raum sowie schlecht nutzbare Internetseiten. Nicht einmal der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) ist im Jahr 2021 flächendeckend barrierefrei.

Sie galten als vorbildlich, zunehmend aber erweisen sich die Behindertenwerkstätten als Inklusionshindernis

Neben den offensichtlichen Barrieren gibt es verborgene. So scheitern die 6,2 Millionen Analphabeten und Analphabetinnen in Deutschland an Alltäglichem: dem Verstehen von Fahrplänen, Lesen von Etiketten auf Lebensmitteln oder Beipackzetteln von Medikamenten. Das daraus folgende Problem, die eigene Gesundheit zu schützen, führt laut dem AOK-Bundesverband zu einer niedrigeren Lebenserwartung. Hier wie überhaupt wäre eine bessere Datenlage zur Situation Behinderter Voraussetzung, um bessere Maßnahmen zu ergreifen. Momentan zahlen Arbeitgeber, die – je nach Betriebsgröße – nicht eine Mindestanzahl an Schwerbehinderten beschäftigen, monatlich eine Ausgleichsabgabe an die Integrationsämter.

Wünschenswert wäre eine verpflichtende Gesetzesfolgenabschätzung, wie man sie aus dem Kampf gegen den Klimawandel und der darauf reagierenden Wirtschafts- und Umweltpolitik kennt. Das könnte die Rechte der Behinderten stärken. Denn noch gelten Zugänge zu Gebäuden, Bildung oder Berufen sowie zur Entfaltung der Persönlichkeit nur als karitative Elemente. Vieles kann, wenig muss. Garantien und Verpflichtungen, wie im Umweltrecht, würden das ändern. Doch in den deutschen Parlamenten sind nur wenige Abgeordnete mit einer Behinderung vertreten. ●

DER PREIS DES FORTSCHRITTS

Die medizinische Versorgung wird in Deutschland auf hohem Niveau gewährleistet, die Prävention gewinnt an Bedeutung. Doch die gesetzliche Krankenversicherung braucht ein breiteres finanzielles Fundament, damit das so bleibt. Eine Bürgerversicherung, in die alle einzahlen, kann eine Lösung sein.

Junge Menschen stehen für ältere ein, Gesunde für Kranke, und Menschen mit höheren Einkommen stehen solchen mit niedrigem Einkommen bei. Auf diesem Prinzip des solidarischen Zusammenhalts beruht die gesetzliche Krankenversicherung in Deutschland seit mehr als 130 Jahren. Sie trug dazu bei, dass sich seitdem die Lebenserwartung erhöhte und die Gesundheit ihrer Versicherten verbesserte.

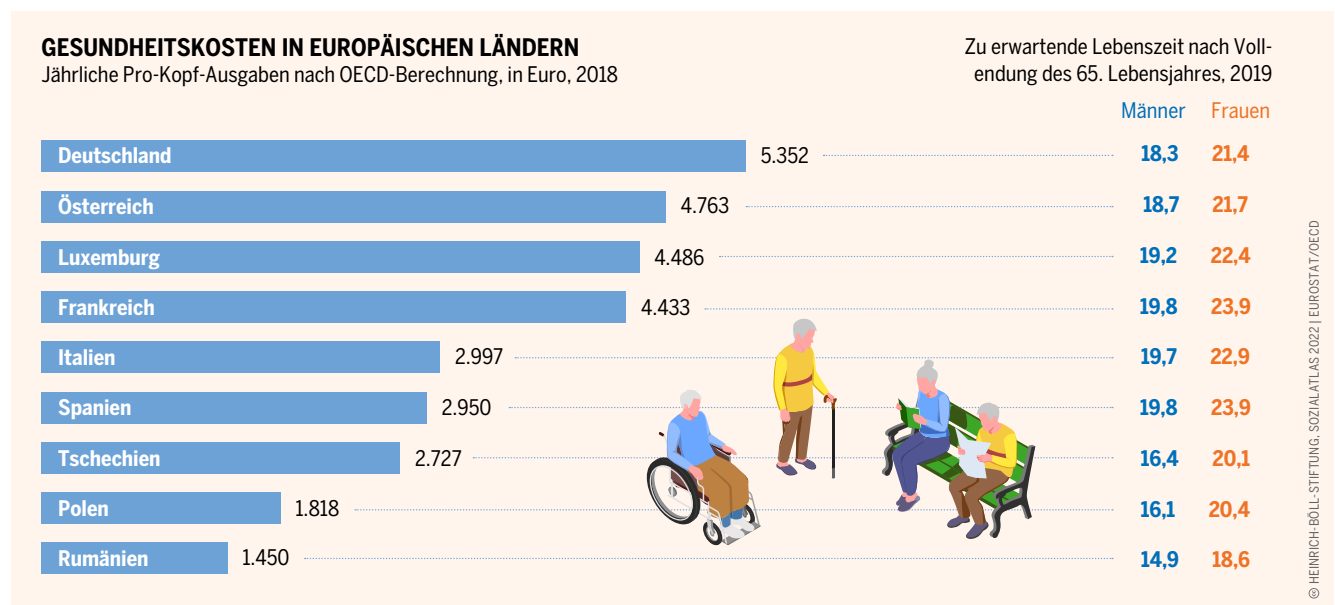
Zum Zeitpunkt ihrer Gründung hatte die gesetzliche Krankenversicherung nur einen überschaubaren Leistungsumfang. Heute umfasst sie auch Gesundheitsförderung, Vorsorgeuntersuchungen, Kuren und Rehabilitation. Selbst moderne Arzneimittel mit Jahrestherapiekosten von einigen Zehntausend Euro werden heute von ihr übernommen. Der medizinische Fortschritt stellt unsere Krankenversicherung jedoch vor finanzielle Herausforderungen. Die Einnahmen halten mit den wachsenden Ausgaben nicht mehr Schritt. Es besteht die Gefahr, dass nicht mehr alle Versicherten in gleicher Weise von den Segnungen der modernen Medizin profitieren.

Hohe Ausgaben für die Gesundheit steigern zwar tendenziell die Lebenserwartung, jedoch wird sie auch beeinflusst von Faktoren wie der Ernährung und dem sozialen Umfeld

Obwohl sich auch die Krankenkassen in der Prävention engagieren, bestimmen nach wie vor die soziale Lage und die Herkunft maßgeblich über den Gesundheitszustand und die Länge des Lebens mit. Menschen mit niedrigen Einkommen sterben im Schnitt früher als Menschen mit höheren Einkommen. Frauen aus den höchsten Einkommensgruppen leben etwa vier Jahre länger als solche aus den niedrigsten. Bei Männern beträgt die Differenz sogar mehr als acht Jahre. Bestimmte Krebserkrankungen, Schlaganfälle, Stoffwechselstörungen wie Diabetes kommen häufiger bei Menschen mit schlechterem Sozialstatus vor. Der Migrationshintergrund bedingt einen durchschnittlich schlechteren Gesundheitszustand bei Kindern. Diese Ungleichheit zu überwinden ist jedoch nicht allein Aufgabe des Gesundheitswesens, sondern auch von Politik und Gesellschaft.

Alle Versicherten der gesetzlichen Krankenversicherung haben Anspruch auf die ihrem medizinischen Bedarf entsprechenden Leistungen – unabhängig davon, wie hoch ihr am Einkommen bemessener Beitrag ist (mit Ausnahme des Krankengelds). Niemand soll im Krankheitsfall auf eine adäquate Behandlung verzichten müssen. Die bei ihrer Gründung nur für abhängig Beschäftigte eingerichtete Krankenversicherung versichert mittlerweile auch Familienangehörige ohne eigenes Einkommen wie insbesondere Kinder, außerdem Rentnerinnen und Rentner, einen Teil der Selbstständigen sowie die meisten der Menschen, die Arbeitslosengeld oder Grundsicherung beziehen.

Jedoch hatte die gesetzliche Krankenversicherung von Anfang an einen Geburtsfehler: Abhängig Beschäftigte mit einem Einkommen oberhalb einer festgelegten Einkommensgrenze sowie Beamte und Selbstständige können sich in einem anderen, privaten System versichern. Ein auf dem Solidarprinzip fußendes gesetzliches Versicherungssystem kann auf Dauer nicht stabil und verlässlich seine wichtige



DIE MÖGLICHKEITEN DER TELEMEDIZIN

Seit 2017 ist sie erlaubt und hilft sie, schnell mitunter lebenswichtige Entscheidungen zu treffen. Auch Ärzte und Ärztinnen untereinander profitieren von der Digitalisierung

Seit 2017 darf ärztliches Fachpersonal **Video-sprechstunden** anbieten, 2018 ist außerdem das Fernbehandlungsverbot aufgehoben worden. Seither können Ärzte telemedizinisch – also etwa per Videotelefonie – behandeln, wenn dies aus ihrer Sicht vertretbar ist, die Sorgfalt gewahrt wird und die Patientinnen einwilligt haben. Ablauf und Vergütung werden über das Terminservice- und Versorgungsgesetz geregelt.



So können auch **Fallkonferenzen** per Video, etwa zwischen Ärztinnen und Psychotherapeuten, abgerechnet werden. Zudem sind die **digitale Übertragung** und der fachliche Austausch zwischen Medizinern nicht erst seit der Corona-Epidemie möglich, aber dadurch zur Normalität geworden. Andere telemedizinische Dienstleistungen werden bislang nur vereinzelt angeboten oder getestet. In einer Klinik in Oldenburg beispielsweise besteht die Möglichkeit, Video-, Audiodaten und **Vitaldaten** von Beschäftigten, die auf Offshore-Anlagen einen Unfall hatten, sofort von medizinischem Fachpersonal **auswerten** zu lassen. So kann schnell entschieden werden, welche Maßnahmen bis zum Eintreffen des Helikopters notwendig

sind. In Bayern wiederum haben sich zwei auf Schlaganfälle spezialisierte Kliniken mit 23 Regionalkrankenhäusern zusammengeschlossen, die keine eigene Einheit für solche Patientinnen und Patienten haben: Hier werden per **Telekonsil** Dokumente der diagnostischen Bildgebung ausgetauscht und wird das weitere Vorgehen in Videokonferenzen beraten. Dass viele Modellprojekte noch nicht in die landes- oder bundesweite Regelversorgung übernommen worden sind, liegt an ungeklärten Fragen der Finanzierung, aber auch an der mangelnden Kooperation der Kassen, Ärzte und Patientinnen sowie der noch verbreiteten Angst, Medizinerinnen und Mediziner durch Technik ersetzen zu wollen.

Menschen mit niedrigem Einkommen fühlen sich gesundheitlich deutlich schlechter als einkommensstärkere Bevölkerungsgruppen

gesellschaftliche Funktion erfüllen, wenn ausgerechnet der im Schnitt leistungsstärkere und gesündere Teil der Gesellschaft von dessen Finanzierung ausgenommen ist. Schon heute können die Beitragseinnahmen der Krankenversicherung nicht mehr Schritt halten mit den steigenden Ausgaben.

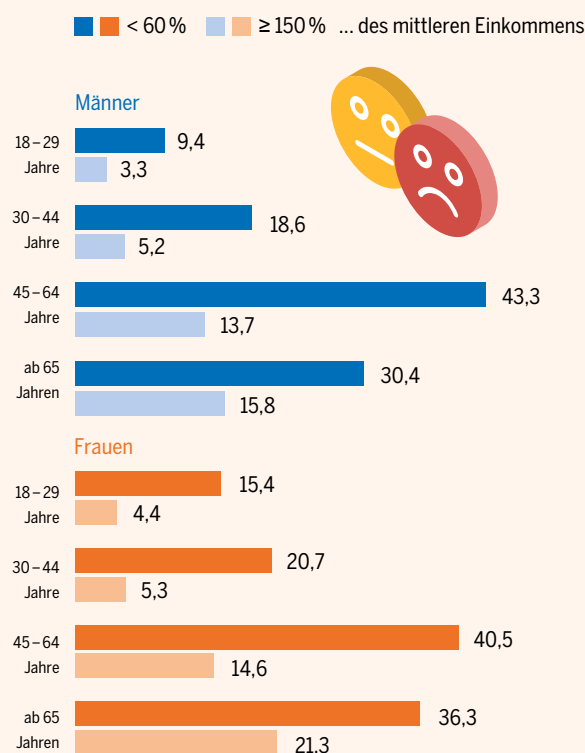
Genau hier würde eine Bürgerversicherung ansetzen, die als Alternative seit einiger Zeit debattiert wird. Mit ihr soll der Kreis derjenigen, die heute die gesetzliche Krankenversicherung finanzieren, auf alle, also auch die heute privat Versicherten, ausgeweitet werden. Zudem würden weitere Einkommen wie etwa Kapitaleinkünfte, Dividenden oder Mieterträge bei der Beitragsbemessung berücksichtigt.

Nur mit zusätzlichen Einnahmen ist es aber nicht getan. Es gibt weitere Stellschrauben, etwa bei den Arzneimitteln, den medizinisch unnötigen Eingriffen oder in den Krankenhausstrukturen, um die Ausgaben im Zaum zu halten und die Mittel im Interesse der Versicherten zielgerichteter und wirtschaftlicher einzusetzen.

Telemedizin, die elektronische Patientenakte, Gesundheitsapps und der schnelle Austausch aktueller Befunde können ebenfalls den Behandlungserfolg erhöhen, die Vernetzung und Steuerung der Versorgung verbessern, spezialisierte Medizin auch im ländlichen Raum möglich machen oder die Entwicklung neuer Therapien unterstützen. Aber auch sie erfordern große Investitionen, besonders in moderne IT. Zugleich verlangt der wachsende Anteil chronisch kranker, älterer Patientinnen und Patienten strukturelle Veränderungen mit einer besseren Zusammenarbeit zwischen ambulanten und stationären Einrichtungen sowie zwischen unterschiedlichen Gesundheitsberufen. Prävention und Rehabilitation gewinnen immer mehr an Bedeutung. Herausfordernd wird es auch, die medizinische Versorgung besser mit der Pflege zu verknüpfen. ●

MIT MEHR GELD LEBT ES SICH BESSER UND LÄNGER

Selbsteinschätzung des Gesundheitszustands als „weniger gut“ oder „schlecht“ nach zwei Einkommensgruppen 2018, in Prozent



Mittlere Lebenserwartung bei Geburt je nach Einkommen anhand der Sterbetafeln 1992 – 2016, in Jahren

Einkommen	Männer	Frauen
Bis zu 60 % des mittleren Einkommens	71,0	78,4
60 bis 80 % des mittleren Einkommens	73,3	79,7
80 bis 100 % des mittleren Einkommens	75,2	80,7
100 bis 150 % des mittleren Einkommens	76,0	82,1
Ab 150 % des mittleren Einkommens	79,6	82,8
Durchschnitt	75,0	80,8

EINKOMMEN

EXISTENZEN SICHERN

Die große Mehrheit der Menschen verdient Geld mit Erwerbsarbeit. Wer aber erwerbslos ist oder aus anderen Gründen nicht genügend Einkünfte erzielen kann, ist auf staatliche Unterstützungsleistungen angewiesen.

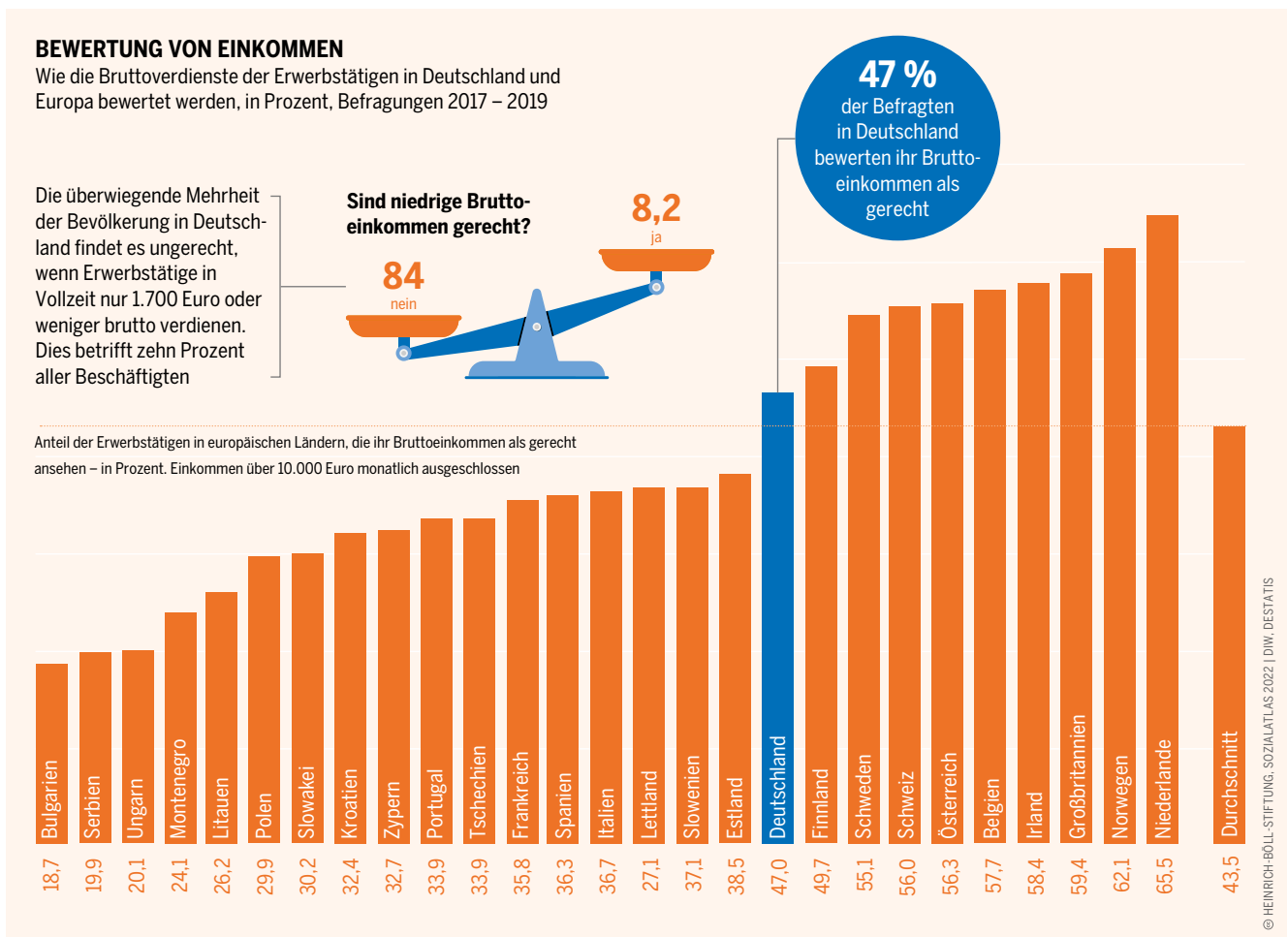
In einer hoch entwickelten Marktökonomie, in der fast alle Güter und Dienstleistungen gekauft werden müssen, ist ein ausreichendes Einkommen eine unabdingbare Voraussetzung dafür, am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können. Abhängig Beschäftigte erwirtschaften ihre Löhne und Gehälter über Erwerbsarbeit. Selbstständige erwirtschaften Umsätze und leben vom daraus erzielten Gewinn. Nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung ist so wohlhabend, dass das Vermögen ausreicht, um davon leben zu können. Der Aufbau und die Sicherung der Existenz durch Erwerbsarbeit gerät an ihre Grenzen, wenn das Einkommen infolge von Arbeitslosigkeit, Krankheit oder anderen eintretenden

Risiken wegfällt und auch die Familie nicht einspringen kann. Das staatliche Sicherungssystem ist eine Antwort auf dieses Problem: Durch Geldleistungen wird der Lebensunterhalt all jener gesichert, die kein Einkommen beziehen oder wo es zum Leben nicht ausreicht.

Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte erhalten, wenn sie arbeitslos oder krank werden, zeitlich begrenzte Ersatzleistungen, die den ausgefallenen Lohn teilweise ausgleichen, so etwa das Arbeitslosengeld. In der Regel beziehen sie es zwölf Monate lang, Arbeitslose ab einem Alter von 50 Jahren bis zu 24 Monate. Die Höhe richtet sich nach dem zuvor erzielten Arbeitseinkommen, sie beträgt 60 Prozent und mit Kindern 67 Prozent vom letzten Nettoverdienst. Selbstständige hingegen unterliegen der Versicherungspflicht nicht.

Dagegen hat jede Person Anspruch auf Leistungen der Grundsicherung, aber nur dann, wenn eine Hilfsbedürftigkeit besteht und es keine anderweitigen Möglichkeiten zur Sicherung des Lebensunterhalts gibt. Dafür werden Einkünfte und Vermögen geprüft – und zwar die aller in einem Haushalt lebenden Menschen, der sogenannten Bedarfsgemeinschaft. Die Leistungshöhe richtet sich nicht nach dem vormaligen Arbeitseinkommen, sondern wird pauschal ermittelt. Im Jahr 2022 liegt der Betrag für eine allein-

Das durchschnittliche Nettoäquivalenzeinkommen privater Haushalte ist in Deutschland nominal von monatlich 901 Euro im Jahr 1992 auf 1.733 Euro im Jahr 2018 gestiegen

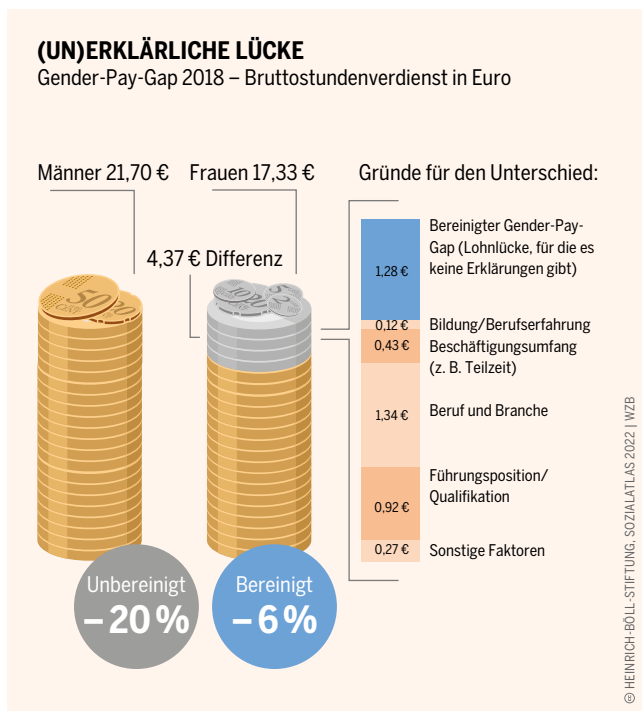


stehende Person bei 449 Euro im Monat. Hinzu kommen die Beträge für eine angemessene Unterkunft, die je nach Kommune unterschiedlich hoch sind.

Dieses System besteht aus mehreren Säulen: Grundsicherung für Arbeitsuchende, Grundsicherung im Alter, Sozialhilfe und Leistungen für Asylsuchende. Die mit Abstand umfangreichste Säule ist die 2005 im Zweiten Sozialgesetzbuch (SGB II) festgelegte Grundsicherung für Arbeitsuchende, genannt Hartz IV. Anders als der Name suggeriert, haben nicht nur Arbeitslose einen Leistungsanspruch, sondern alle erwerbsfähigen Menschen bis zum Erreichen des Rentenalters sowie deren Familienangehörige. Berechtig sind auch Erwerbstätige, deren Einkommen nicht ausreicht, um damit den Lebensunterhalt zu bestreiten. 930.000 Menschen hatten 2020 Anspruch auf die aufstockende Grundsicherung. Diese Zahl wird man nur senken, wenn der gesetzliche Mindestlohn ausreichend hoch ist und Menschen verlässlich von ihrer Arbeit leben können.

Betrachtet man die Zahlungen an Arbeitslose, zeigt sich, dass mit 57,8 Prozent mehr als die Hälfte Grundsicherung beziehen. Im Jahr 2020 waren das 1,6 Millionen Empfänger und Empfängerinnen, während nur 1,1 Millionen das Arbeitslosengeld I bezogen. Die Arbeitslosenversicherung als Instrument zu stärken wäre ein Weg, um im Fall von Arbeitslosigkeit die Notwendigkeit, Grundsicherung zu beantragen, möglichst zu vermeiden. Und zum Schutz der Selbstständigen wäre es notwendig, sie in die Arbeitslosenversicherung einzubeziehen. Die Gesamtzahl der Hartz-IV-Berechtigten bleibt mit rund 5,5 Millionen, Stand 2020, hoch. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung entspricht dies einer Quote von 8,3 Prozent. Gut 40 Prozent davon beziehen die Leistungen vier Jahre und länger. Die Regelung, dass erwerbslose Menschen im Grundsatz jeden Job annehmen müssen, weil ihnen

Frauen arbeiten häufiger in schlechter bezahlten Berufen und erreichen seltener Führungspositionen. Allein darauf sind 71 Prozent des Verdienstunterschieds zurückzuführen



AUF EIGENEN BEINEN

Den rund vier Millionen Selbstständigen in Deutschland bieten sich besondere Chancen, aber sie tragen auch besondere Risiken

+ Chancen — Risiken

Höhere berufliche Autonomie
Eigener Chef, eigene Chefin sein

Buchhaltung, Steuerzahlung und -erklärung, Sozialversicherungen, Altersvorsorge in Eigenverantwortung. Zahlungen an den Fiskus trotz schwankender Einnahmen fällig

Flexiblere Arbeitszeitgestaltung

Teilzeitanteil bei selbstständigen Frauen ähnlich hoch wie bei angestellten. Selbstständige leisten im Schnitt mehr Wochenarbeitsstunden und anteilig mehr Arbeit an Wochenenden

Schaffung des eigenen Arbeitsplatzes oder zusätzliche Erwerbsquelle im Ruhestand: Gründerzahl im Rentenalter steigt

Verbleiberaten in der Selbstständigkeit aller Neugründer und Neugründerinnen nach dem ersten Jahr nur bei rund 50 Prozent

Tendenziell besserer Verdienst: 25 Prozent verdienen mehr als 2.900 Euro netto im Monat (Gewinn), jeder Zehnte erzielt mehr als 4.500 Euro, ein Prozent kommt auf mindestens 10.000 Euro

Solo-Selbstständige haben im Schnitt ein vergleichsweise geringes Einkommen, die Spanne reicht von 636 bis 3.158 Euro (Stand 2015). Jede und jeder Vierte verdient weniger als den gesetzlichen Mindestlohn

Je höher das Qualifikationsniveau, desto höher der Anteil der Selbstständigen (z. B. Mediziner und Medizinerinnen)

Kaum Teilzeit bei Selbstständigen mit abhängig Beschäftigten (z. B. Arztpraxen, Handwerksbetriebe)

Selbstbestimmung des Renteneintritts

Drei Viertel sind nicht obligatorisch fürs Alter abgesichert



© HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG, SOZIALATLAS 2022 | BMAS

Seit 2012 geht die Gesamtzahl der Selbstständigen leicht zurück, rund 2,28 Millionen von ihnen haben Beschäftigte

ansonsten Kürzungen drohen, sollte in Verbindung mit arbeitsmarktpolitischen Fördermaßnahmen zu ihrer schnellen Eingliederung führen. Dieser Ansatz, „Fordern und Fördern“ genannt, funktioniert jedoch bei vielen Langzeitbeziehenden nicht. Auch deswegen steht die Verhängung von Sanktionen seit Jahren in der Kritik. Notwendig ist vielmehr, die Fördermaßnahmen auszubauen, um so den Empfängerinnen und Empfängern bessere Möglichkeiten zu bieten, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen. Dennoch stellt sich immer wieder die Frage, ob Sanktionen rechtmäßig und Hartz-IV-Sätze ausreichend hoch sind. Ein wissenschaftlich ableitbares Maß dafür kann es nicht geben. Letztlich wird deshalb politisch darüber entschieden, was es in Geldbeträgen bedeutet, „den Leistungsberechtigten die Führung eines Lebens zu ermöglichen, das der Würde des Menschen entspricht“ – denn das ist es, was das Sozialgesetzbuch verlangt. ●

ALTER

AKTIV IN DER DRITTEN LEBENSPHASE

Die Jahre im Ruhestand werden mehr, viele Menschen verbringen sie aktiv und erfüllt. Voraussetzung dafür sind ein guter Gesundheitszustand und eine auskömmliche Altersversorgung. Die gesetzliche Rentenversicherung reicht dafür nicht immer aus.

In Deutschland werden immer mehr Menschen immer älter. Daher werden Wohnsituation, Gesundheitszustand und Zugang zu medizinischer Versorgung sowie soziale und familiäre Netzwerke und die Möglichkeiten zu gesellschaftlichen Aktivitäten für Ältere immer wichtiger, verändern sich – und werden verändert. Finanzielle Absicherung ist zwar der Generalschlüssel dazu, so lange wie möglich unabhängig und selbstständig leben, Kontakte aufrechterhalten und die Zeit aktiv gestalten zu können. Geld allein reicht aber nicht aus, um die dritte Lebensphase so lange wie möglich gesund und erfüllt verbringen zu können.

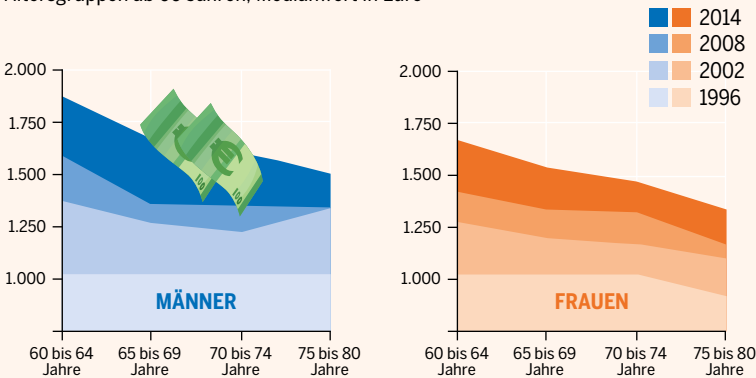
Es bieten sich viele Möglichkeiten, das statistisch längere Leben im Ruhestand für die eigenen Pläne zu nutzen: die Ruhe genießen, verreisen, sich um Partnerin oder Partner und Familie kümmern, sich ehrenamtlich engagieren, einer bezahlten Tätigkeit nachgehen. Günstig wirkt sich in der aktuellen Rentnergeneration aus, dass die Eigentumsquote unter Älteren mit 64 Prozent höher ist als im bundesdeutschen Durchschnitt (46,5 Prozent).

Erwerbsarbeit im Ruhestand ist, anders als in den Vereinigten Staaten oder Großbritannien, in Deutschland ein noch relativ junges Phänomen, das erst seit den 1990er-Jahren in nennenswertem Umfang beobachtet wird. Eine höhere Bildung und vor allem eine gute Gesundheit machen es erheblich wahrscheinlicher, jenseits der Rentenaltersgrenze weiterarbeiten zu können: 39 Prozent der

Sowohl die Lebenserwartung als auch das Einkommen der älteren Generation sind in den vergangenen Jahren gewachsen

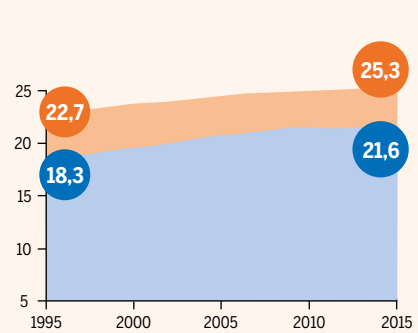
GOLDENE GENERATION

Entwicklung der monatlichen Einkünfte im Alter
Bedarfsgewichtetes Pro-Kopf-Einkommen in vier Altersgruppen ab 60 Jahren, Medianwert in Euro



Länger gesund leben

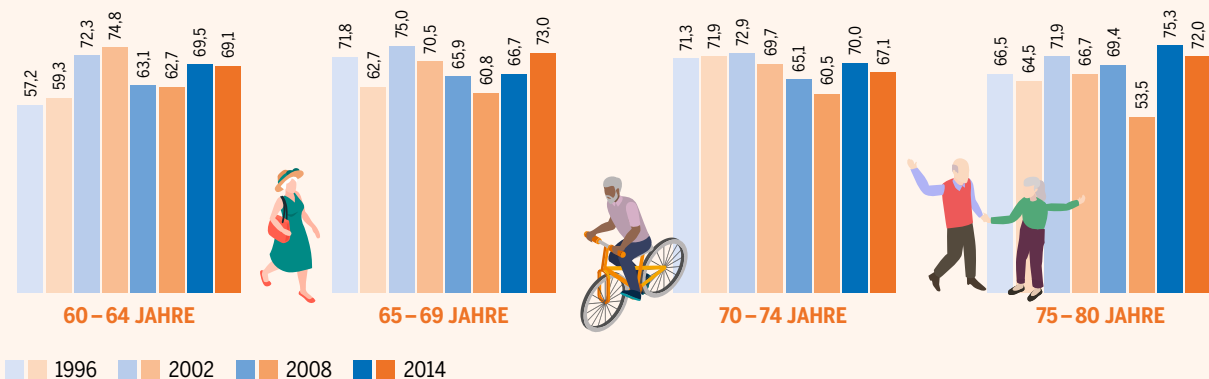
Lebenserwartung von 60-jährigen Männern und Frauen (in Jahren) zwischen 1995 und 2016



Zufrieden mit dem Lebensstandard

Subjektive Lebenseinschätzung der 60- bis 80-Jährigen als „gut“ oder „sehr gut“

Angaben in Prozent



Älteren, die ihre Gesundheit als sehr gut einschätzten, konnten Studien zufolge ihre Erwerbsabsicht realisieren, während der Anteil unter jenen, die ihre Gesundheit schlechter eingeschätzt hatten, mit 21 Prozent nur etwa halb so hoch ausfiel. Stark beeinflusst auch die Möglichkeit, beim letzten Arbeitgeber nach dem Erreichen des Rentenalters weiterarbeiten zu können, die Erwerbsabsicht. So konnte fast jede dritte Person, die ein Angebot bekam, auch jenseits der Rentenaltersgrenze arbeiten. Der Anteil unter denjenigen, die kein Angebot erhielten, fiel um 20 Prozentpunkte niedriger aus.

Um möglichst viel Gestaltungsspielraum im dritten Lebensabschnitt zu haben, bleibt eine auskömmliche Altersversorgung der Dreh- und Angelpunkt. Tragende Säule ist die gesetzliche Rentenversicherung (GRV), in der alle abhängig Beschäftigten pflichtversichert sind. Mit einem Ausgabenvolumen von 333 Milliarden Euro im Jahr 2020 stellt sie finanziell das bedeutendste Sicherungssystem des deutschen Sozialstaates dar; Monat für Monat zahlt sie rund 25 Milliarden Euro an Alters-, Erwerbsminderungs- und Hinterbliebenenrenten an rund 25 Millionen Menschen aus. Ergänzt wird die Rentenversicherung durch die Beamtenversorgung und berufsständische Versorgungssysteme. Beamtinnen und Beamte sind im Alter gegenüber den gesetzlich versicherten Rentnerinnen und Rentnern deutlich bessergestellt. So lag die Bruttorente der GRV, die nach 45 Arbeitsjahren durchschnittlich erzielt werden kann, 2020 bei 1.538 Euro. Demgegenüber lag bereits das Mindestruhegehalt der Beamten bei 1.779 Euro. Durchschnittliche Bezüge der Bundesbeamten und -beamtinnen lagen 2019 sogar bei 3.190 Euro brutto für Männer und 2.590 Euro für Frauen. Die Mehrheit der Selbstständigen ist darüber nicht versichert.

Die Rentenversicherung finanziert sich zu rund drei Vierteln aus den Beiträgen der Versicherten und zu einem Viertel aus dem Bundeshaushalt. Nach dem Prinzip der Umlagefinanzierung werden die Beiträge der heute Erwerbstätigen unmittelbar an die Rentnerinnen und Rentner ausgezahlt. Die Höhe der Rente ist ein Spiegel des Arbeitslebens: Je länger ein Mensch versicherungspflichtig gearbeitet und je besser er verdient hat, desto höher fällt seine Rente aus. Damit Ruheständler und Ruheständlerinnen an der Konjunktur teilhaben, folgt die jährliche Anpassung der Altersbezüge der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Löhne und Gehälter.

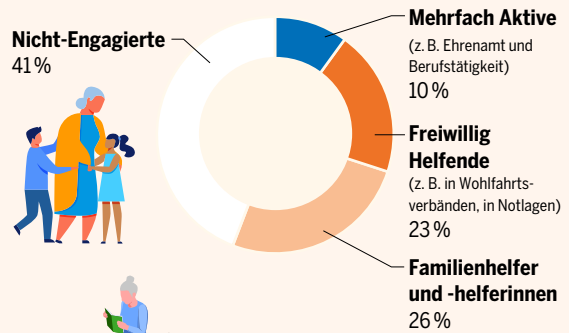
Als Folge der veränderten Arbeitswelt, die zu mehr Erwerbsbiografien mit Brüchen, niedrigeren Löhnen und Gehältern sowie mehr geringfügiger Beschäftigung geführt hat, ist die relative Armut unter Seniorinnen und Senioren in den letzten 15 Jahren angestiegen: 2019 waren 2,8 Millionen davon betroffen, dass ihre Rente zu niedrig ist, um mehr als nur die Lebenshaltungskosten zu decken. Rund 560.000 Menschen bezogen Ende 2020 Grundsicherung im Alter.

Für eine zukunftsweisende Politik zur Alterssicherung gibt es mehrere Stellschrauben, um die Finanzierung der gesetzlichen Rente zu stärken und ihr Niveau langfristig zu stabilisieren: einen größeren Personenkreis – darunter Abgeordnete, Selbstständige sowie Beamtinnen und Beamte – einbeziehen, die Altersgrenze für die Regelarbeitszeit erneut anheben, weitere Anreize zur privaten kapitalgedeckten Vorsorge setzen, unter anderem durch darin verankerte Garantielemente. ●

AKTIVITÄTEN DER GENERATION 65+

Mehr als jeder zweite ältere Mensch arbeitet oder engagiert sich

ZIVILGESELLSCHAFTLICHES ENGAGEMENT



BERUFSTÄTIGKEIT

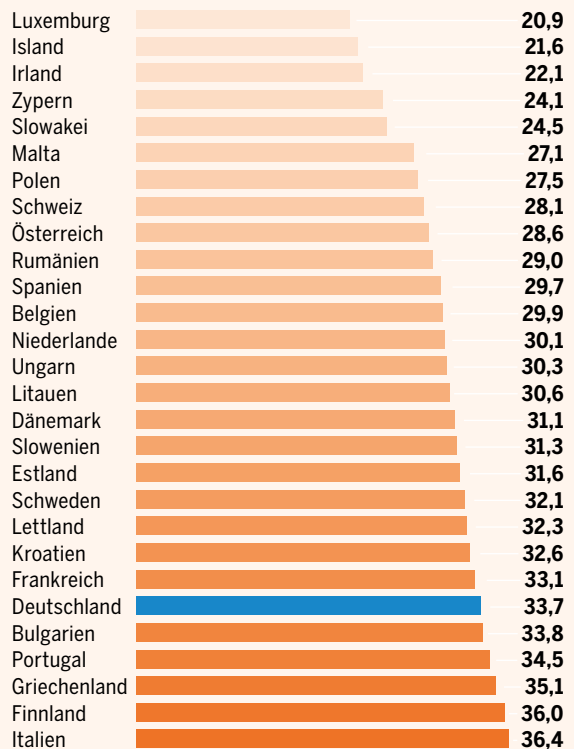
1,04 Millionen Erwerbstätige sind **67 oder älter**. Davon hatten fast **600.000** noch im Alter **ab 70** einen regelmäßigen Job. Fast **220.000** waren **älter als 74 Jahre**. **72.000** Beschäftigte waren mindestens **80 Jahre** alt.



Ältere Menschen engagieren sich in Ehrenämtern, studieren oder sind jenseits des Rentenalters beruflich aktiv

DIE BABYBOOMER KOMMEN IN DIE JAHRE

So viele über 65-Jährige kommen in Europa auf 100 15- bis 64-Jährige



Der Gewinn an Lebenszeit verändert die Demografie: 2020 waren rund 21 Prozent der EU-Bevölkerung 65 Jahre oder älter

ANGEHÖRIGE UND FACHKRÄFTE STÄRKEN

80 Prozent der pflegebedürftigen Menschen werden zu Hause versorgt. Aber die Zahl der Heimplätze und ambulanten Versorger nimmt zu – und damit der Bedarf an Personal. Ermöglichen muss die Gesellschaft beide Modelle.

Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt stetig. Zum einen leben die Menschen länger, zum anderen verschiebt sich aufgrund des Geburtenrückgangs seit den 1970er-Jahren auch die Altersverteilung der Bevölkerung zugunsten der Älteren. Das führt dazu, dass nicht nur der Pflegebedarf wächst, sondern auch die Nachfrage nach qualifizierten Kräften, die die zumeist Hochbetagten versorgen. Außerdem wird nach Modellen gesucht, Familien zu unterstützen.

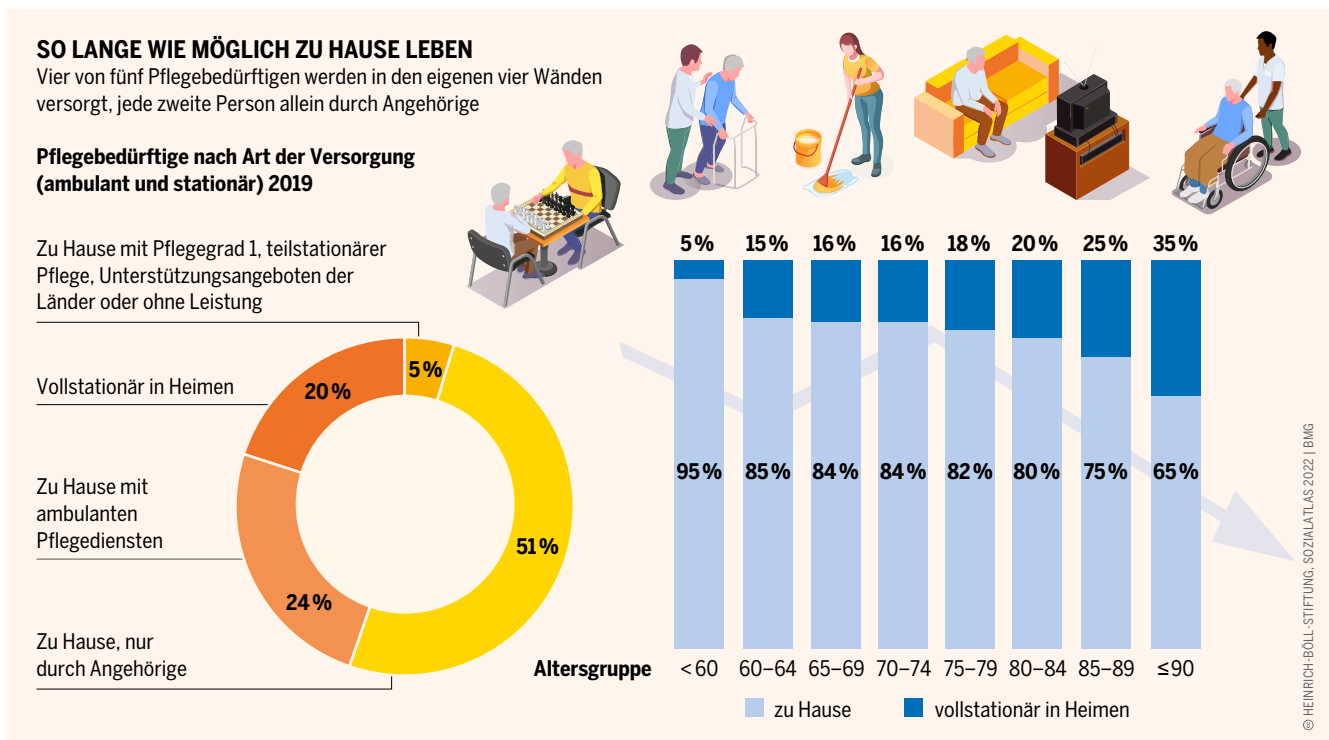
Denn gepflegt wird überwiegend zu Hause: Vier von fünf Pflegebedürftigen leben in den eigenen vier Wänden und werden meist von ihren Angehörigen versorgt. Knapp eine Million nimmt ambulante Dienste in Anspruch. Ein Fünftel aller auf Unterstützung angewiesenen Menschen lebt in einem Pflegeheim. Finanziert wird das über die gesetzliche Pflegeversicherung sowie aus den Einkommen und Rücklagen der Pflegebedürftigen.

Da Pflege in der Hauptsache Familiensache ist, hat der Gesetzgeber Regelungen getroffen, die dem Rechnung tragen sollen. Wenn Angehörige plötzlich pflegebedürftig werden, haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer deshalb Anspruch auf ein Pflegeunterstützungsgeld als Lohnersatzleistung für bis zu zehn Arbeitstage. Zudem existiert ein Anspruch auf Familienpflegezeit – eine teilweise Freistellung von bis zu 24 Monaten. Für Pflegenden, die dafür aus dem Beruf aussteigen, bezahlt die Pflegeversicherung die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung.

Doch immer weniger Familienangehörige werden einspringen können: Frauen, denen die unbezahlte Sorgearbeit lange traditionell zufiel, gehen längst einer Erwerbstätigkeit nach. Familien sind der Arbeit wegen weggezogen und leben weit entfernt von ihren alternden Eltern. Daher wird der Bedarf nach ambulanter und stationärer Pflege durch Profis und Hilfskräfte weiter wachsen. Derzeit arbeiten rund 600.000 Beschäftigte, mehrheitlich Frauen, unmittelbar in der Heimpflege, davon ist fast die Hälfte 50 Jahre und älter. In Prognosen wird von einer Personallücke von 307.000 Arbeitskräften bis zum Jahr 2035 ausgegangen. Kompensiert wird der Mangel an einheimischen Pflegerinnen im häuslichen Bereich durch Kräfte aus dem Ausland, die in der Regel jedoch weniger Geld erhalten als das Fachpersonal. Die Frauen kommen im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit aus osteuropäischen EU-Ländern, wie Polen, Tschechien oder Rumänien.

Die Situation dieser 24-Stunden-Beschäftigten, auch „Live-ins“ genannt, ist oft eine prekäre: Schätzungen gehen davon aus, dass mindestens 400.000 Arbeitskräfte nach

Pflegекassen müssen für Menschen, die Angehörige pflegen oder sich ehrenamtlich um sie kümmern, unentgeltlich Schulungskurse anbieten

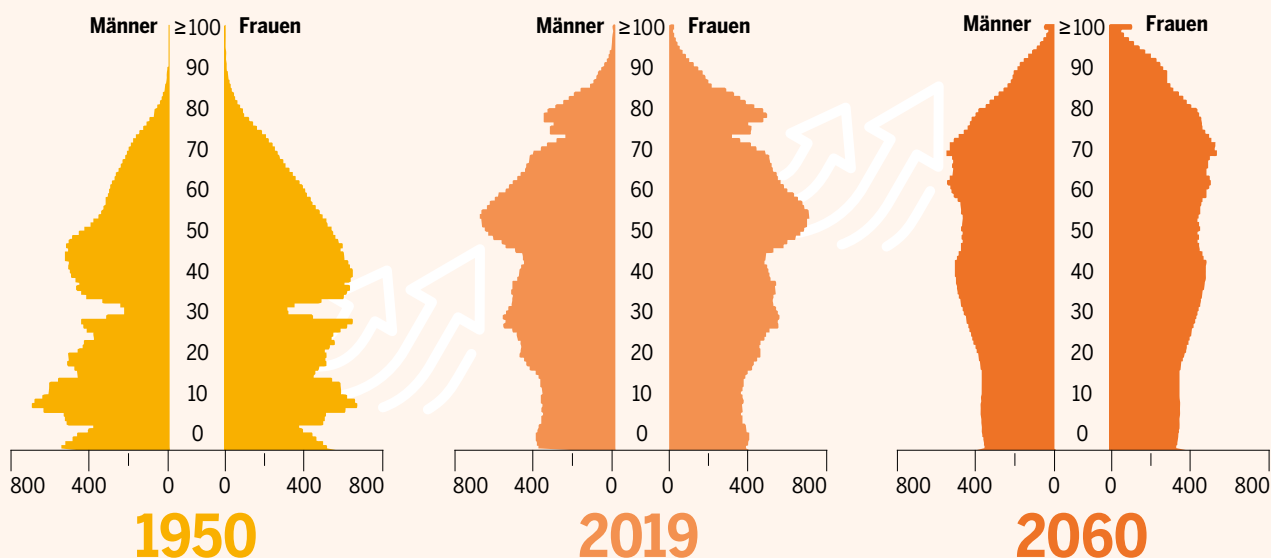


STATTLICHES ALTER

Die demografische Struktur verändert sich stark. Immer mehr Menschen werden älter als 80 Jahre, das bringt einen wachsenden Pflegebedarf mit sich

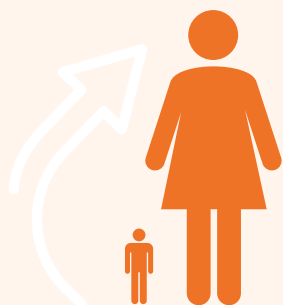
Anzahl der über 80-Jährigen steigt um **3–7** Prozentpunkte

Altersstruktur der Bevölkerung in Deutschland 1950–2060, Anzahl in Tausend



84 % Frauen

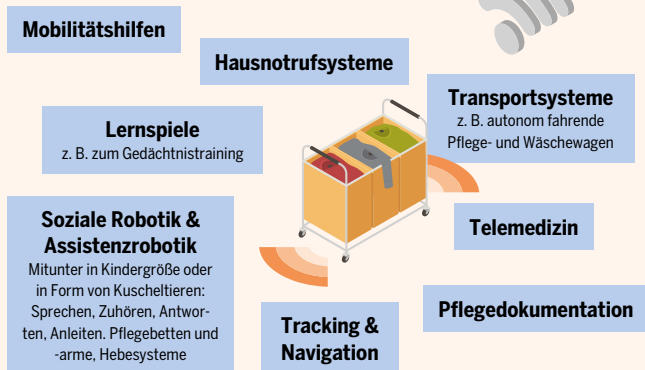
Altenpflege leisten in erster Linie Frauen. Den **583.000** angestellten Pflegerinnen standen im Jahr 2018 **110.000** Pfleger gegenüber. Der Männeranteil stieg zwischen 2012 und 2018 nur um zwei Prozentpunkte an und liegt bei **16%**.



ROBOTER IM EINSATZ

Wie die Pflege digitalisiert wird

PFLEGEBEDÜRFTIGE



PFLEGEKRÄFTE

Deutschland ein- und auspendeln, meist für jeweils zwei- bis dreimonatige Einsätze. Immerhin hat das Bundesarbeitsgericht im Juni 2021 entschieden, dass den Pflegerinnen auch für ihre Bereitschaftszeiten, also etwa wenn sie ruhen, ein Mindestlohn zusteht.

Seit 1995 übernimmt die gesetzliche Pflegeversicherung einen Teil der Pflegekosten. Seit 2017 gelten fünf Pflegegrade, über die körperliche, kognitive und psychische Einschränkungen eingestuft werden. Die Pflegekasse bewilligt je nach Grad bis zu einer jeweiligen Obergrenze unter anderem Pflegegeld, Sachleistungen oder Leistungen für die Heimunterbringung.

Die durchschnittlichen Kosten für einen Heimplatz belaufen sich derzeit auf 3.500 Euro, davon mussten die Pflegebedürftigen 2021 einen Anteil von bis zu 2.125 Euro übernehmen. Können sie oder ihre Angehörigen dies nicht

Der Personalbedarf wird auf 307.000 zusätzliche Fachkräfte bis zum Jahr 2035 geschätzt

aufbringen, übernimmt das Sozialamt die Kosten, im Jahr 2019 waren das insgesamt 4,33 Milliarden Euro.

Um den Pflegeberuf attraktiver zu machen, hat die Bundesregierung Qualifizierungsoffensiven gestartet. Der Verdienst ist eine weitere Stellschraube. Momentan verdient eine examinierte Altenpflegerin knapp 3.300 Euro brutto, un- oder angelernte Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter erhalten zwischen 2.200 und 2.500 Euro. Ein guter Anreiz wäre ein bundesweiter Flächentarifvertrag, der bisher nicht durchgesetzt werden konnte. Überlegenswert sind zudem Forderungen, künftig alle Einkommen und Vermögen zur Finanzierung der Pflegeversicherung heranzuziehen. ●

NEUE STRUKTUREN, NEUE WERTE

Die Pandemie hat die Digitalisierung beschleunigt. Jetzt steht die grundlegende Veränderung in der Energie- und Klimapolitik an. Deutschland und die EU fördern den Wandel mit umfangreichen Programmen. Die tragende Säule aber müssen privatwirtschaftliche Investitionen sein. So wird die Transformation zur Quelle für eine umweltgerechte Wertschöpfung.

Die Corona-Pandemie hat gezeigt, wie überraschend schnell sich Gesellschaften anpassen können. Digitale Technologien ermöglichten im Frühjahr 2020 innerhalb kürzester Zeit die teilweise Verlagerung der Büroarbeit, der Studienangebote der Universitäten, aber auch des privaten Konsums in den virtuellen Raum. Bedenken, die vor der Krise die Digitalisierung von Arbeitsprozessen gebremst hatten, wichen oft dem Einfallsreichtum

und der Flexibilität der Menschen und der Unternehmen. Dort, wo unterschiedliche Interessen aufeinandertreffen – Gesundheits- und Datenschutz, Freiheitsrechte, das Recht auf Bildung –, wird natürlich kontrovers diskutiert.

An Handlungsbedarf mangelt es nicht. Es gilt, die Digitalisierung voranzutreiben, das Bildungssystem zu stärken und vor allem die grüne Transformation zu beschleunigen. Bereits im Jahr vor der Corona-Krise hatte sich ein Richtungswechsel in der Energie- und Klimapolitik abgezeichnet. Mit dem „European Green Deal“ hat sich die Europäischen Union (EU) eine radikale Reformagenda gegeben.

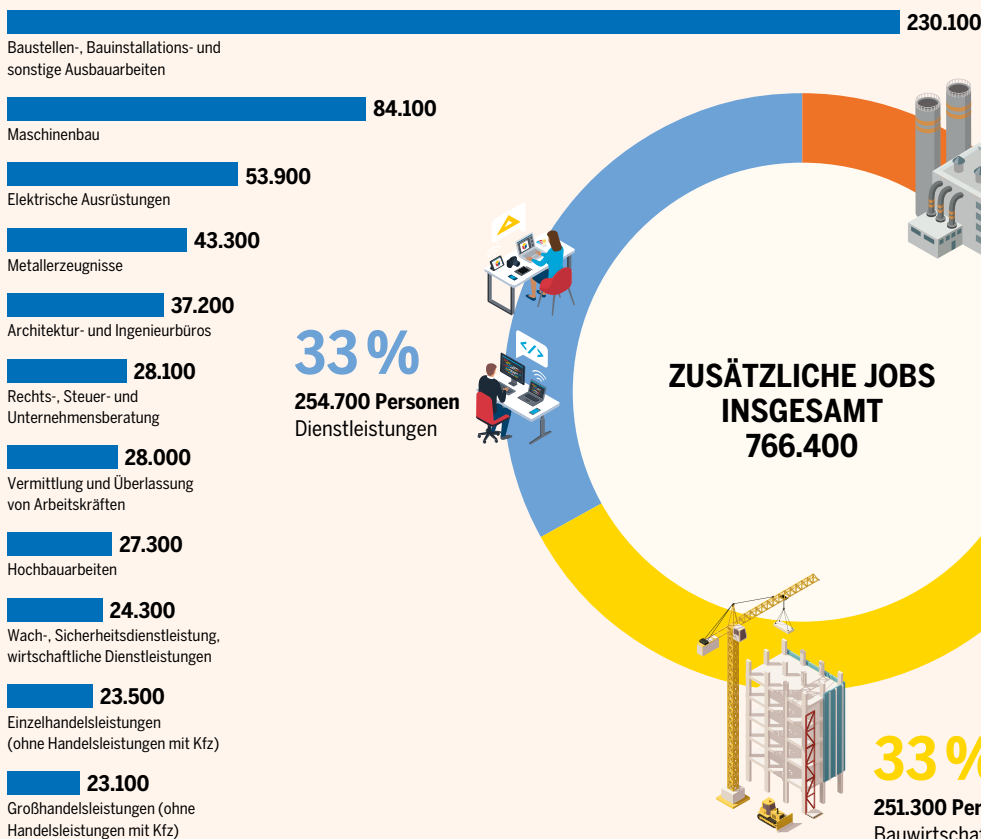
Zunehmend zeichnet sich ab, dass die Transformation sich beschleunigt und alle Bereiche unserer Wirtschaft fundamental verändern wird. Unternehmen oder Unternehmensbereiche werden geschlossen werden, weil

Der Klimaschutz wird zu einem bedeutsamen Wirtschaftsfaktor und einer leistungsstarken Jobmaschine

ARBEITSKRÄFTEBEDARF FÜR DIE KLIMANEUTRALITÄT

Prognose für Deutschland im Jahr 2035 nach Sektoren, Qualifikationen und Berufen zur Umsetzung geplanter Investitionen

Die elf Sektoren mit dem größten Arbeitskräftebedarf in Personen



Geschäftsfelder auf der Basis fossiler Energieträger keine Zukunft mehr haben – zum Beispiel in der Automobil- und ihrer Zulieferindustrie oder in der Chemieindustrie. Gleichzeitig läutet der Green Deal den Wettbewerb um neue Zukunfts- und Innovationsmärkte ein. Die Transformation birgt dadurch neben den Herausforderungen auch große industriepolitische Chancen. Für Unternehmen eröffnen sich neue Geschäftsfelder, etwa im Bereich klimafreundlicher Fahrzeuge oder beim Einsatz künstlicher Intelligenz für nachhaltigen Pflanzenschutz. Den (privaten wie öffentlichen) Investitionsbedarf für die anstehende Transformation schätzt die Europäische Kommission allein im Zusammenhang mit dem Green Deal auf 2,6 Billionen Euro nur in diesem Jahrzehnt.

Zentral für den Klimaschutz ist der rasche Ausbau der Energienetze sowie der Infrastruktur für die klimaneutrale Mobilität. Batterieelektrische und mit Wasserstoff betriebene Fahrzeuge sollen in Zukunft auf den Straßen rollen. Gekauft werden sie aber nur dann, wenn man sie auch laden oder betanken kann – und zwar überall in Europa. Notwendig sind auch Investitionen in die digitale Infrastruktur, die Digitalisierung der Verwaltung, Forschung und Bildung und des Gesundheitswesens.

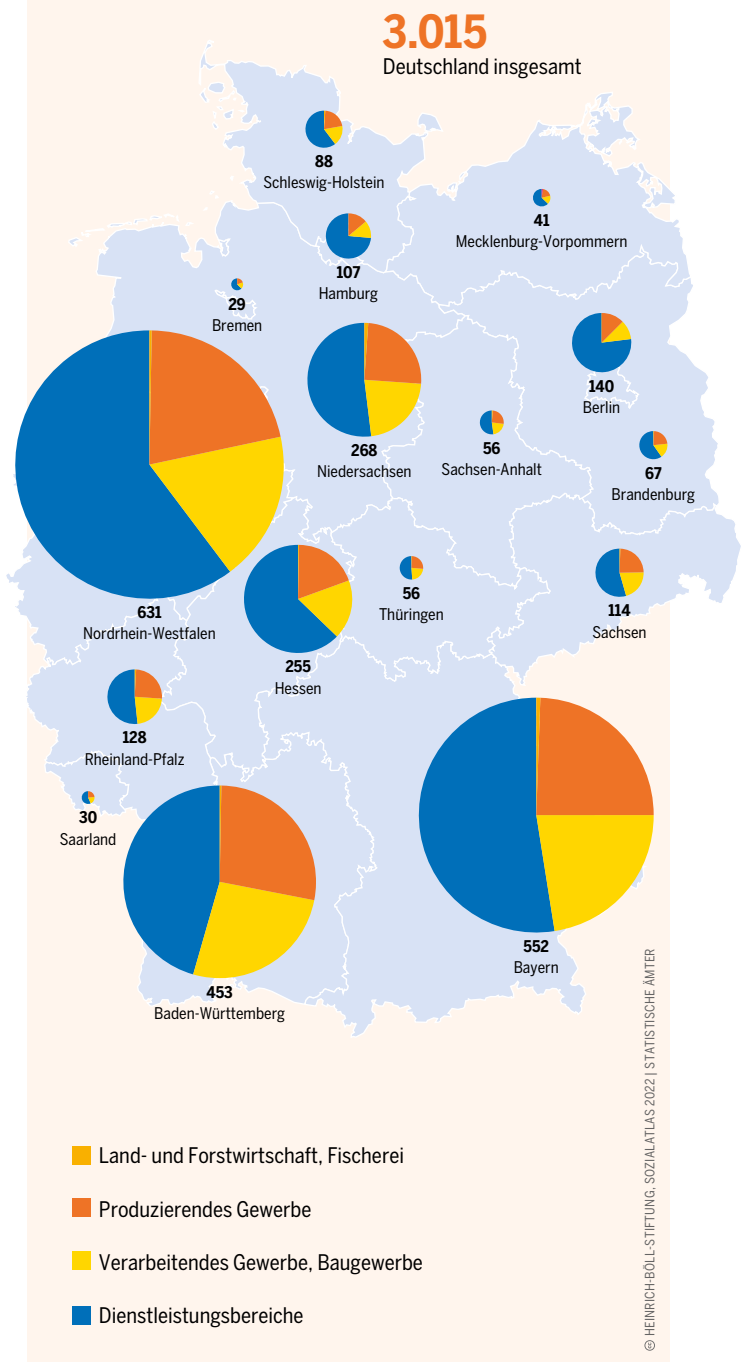
Privatwirtschaftliche Investitionen werden die tragende Säule dieser Transformation sein. Der technologische Fortschritt, das Engagement und die Innovationskraft der Unternehmen sowie der Wettbewerb um die besten Lösungen sind notwendig, um Deutschland und Europa zu Impulsgebern für nachhaltiges Wachstum weltweit zu machen. In einer Welt, in der die großen Industrienationen Mitte des Jahrhunderts klimaneutral sein wollen, ist wirtschaftlicher Erfolg nur mit Geschäftsmodellen erreichbar, die auf dieses Ziel setzen. Daher drängt die Wirtschaft auf Rahmenbedingungen, die zukunftsfähige Geschäftsmodelle für Investoren attraktiver machen als solche, die auf kurzfristige Renditen abzielen. Eine Reformagenda muss die CO₂-Bepreisung stärken und zum Leitinstrument der Klimapolitik machen, konsequent Abgaben und Umlagen in der Strompreisbildung reduzieren, Subventionen fossiler Energien beseitigen, die Kapitalmärkte stärken – und vor allem globale Allianzen im Klimaschutz schmieden. Während in Deutschland beispielsweise die Industrie über eine hohe Technologiekompetenz verfügt, bieten andere europäische Staaten hervorragende Bedingungen für erneuerbare Energien.

Alle Bemühungen Europas um Klimaschutz müssen globale Zusammenhänge in den Blick nehmen – schon weil die EU-Mitgliedsstaaten neun Prozent der globalen Emissionen verantworten, China 31 Prozent und die USA 15 Prozent. Deutschland importiert heute 70 Prozent seines Energiebedarfs in Form fossiler Energieträger.

Eine Umstellung auf klimaneutrale Energieträger birgt Chancen. CO₂-Preise generieren dabei einen Vorteil für Geschäftsmodelle, die darauf setzen. Die Einführung in allen Sektoren sollte einhergehen mit einer möglichst weitgehenden Befreiung der Energiepreise von verzerrenden Abgaben und Umlagen sowie der Abschaffung der direkten und indirekten Subventionen fossiler Energieträger. Ein Wegfall ist geeignet, sowohl die Haushalte als auch die Unternehmen zu entlasten – die Nutzung des zunehmend klimaneutralen Stroms würde attraktiver.

BRUTTOWERTSCHÖPFUNG IN DEN BUNDESLÄNDERN

Anteile des produzierenden und des verarbeitenden Gewerbes sowie des Dienstleistungssektors, in Milliarden Euro, 2018



Rund drei Billionen Euro brutto erwirtschaften die verschiedenen Sektoren in Deutschland pro Jahr

Die Transformation stellt anspruchsvolle und herausfordernde Aufgaben an die Gesellschaft, bei denen das Zusammenspiel von Kooperation und Wettbewerb im internationalen Kontext eine zentrale Rolle spielen muss. Der Wille zur Veränderung, Mut zum Risiko, aber auch Pragmatismus und Zusammenhalt sind gefragt in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. ●

BESTÄNDIGE VERÄNDERUNG

Wirtschaftliche Umbrüche, politische Entscheidungen und unvorhersehbare Ereignisse halten die Gesellschaft in Bewegung und bringen Fortschritt. Das ist so nötig wie konfliktreich. Denn mit dem Neuen wachsen die Ansprüche und Ängste.

Unserer Gesellschaft befindet sich in einem ständigen Wandel. Neue Haltungen, politische Entscheidungen oder unvorhersehbare Katastrophen können Auslöser von Veränderungen sein. Die meisten Veränderungen in der Moderne sind davon getrieben, die aktuellen Verhältnisse entlang fundamentaler Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit zu verbessern. Dies ist der Motor des Fortschritts.

Als beispielsweise der Bundestag im Sommer 2011 den Atomausstieg beschloss, war das eine so plötzliche wie tief-

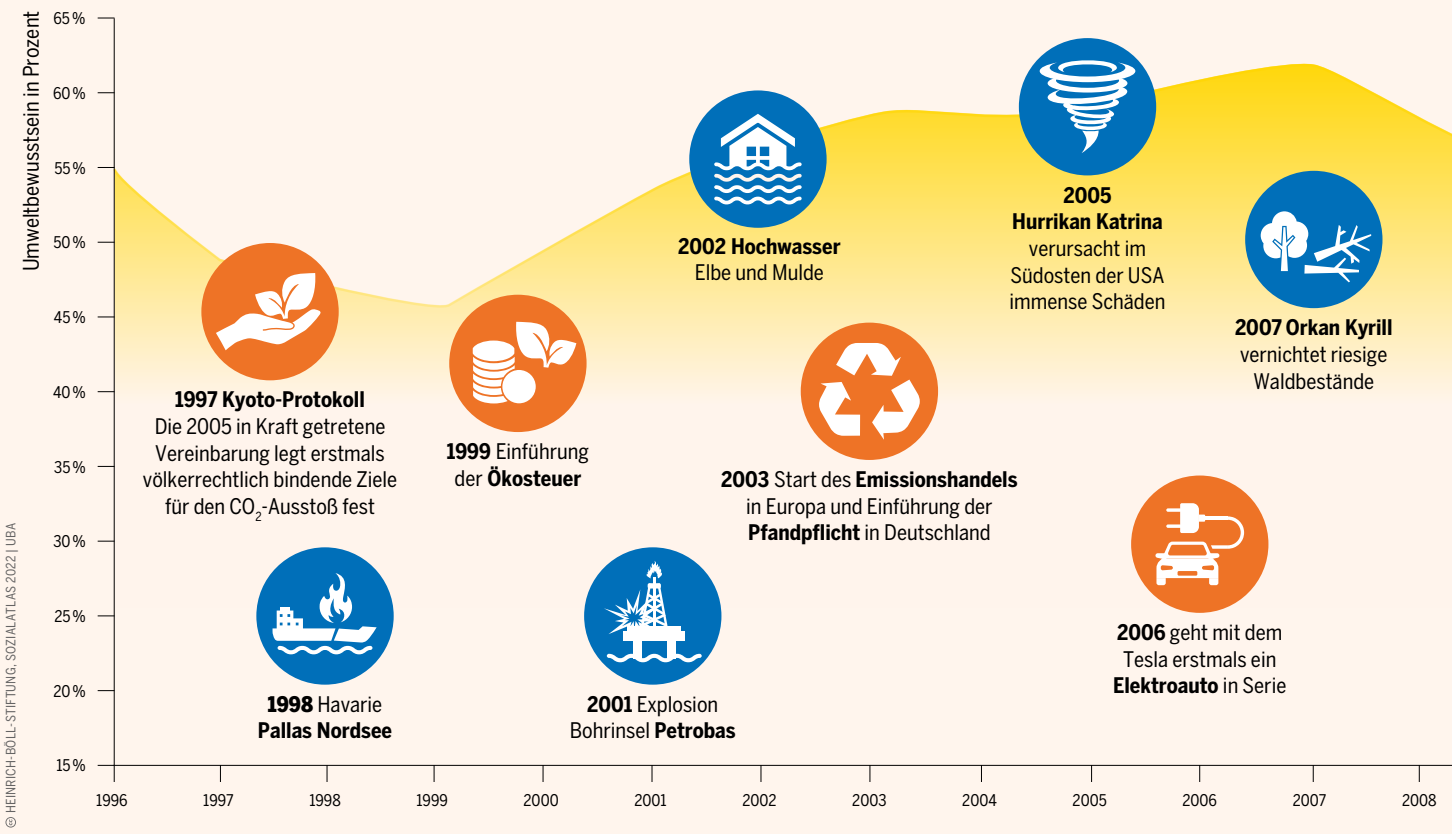
greifende Entscheidung. Ein Jahr zuvor hatte dieselbe Regierungsmehrheit entschieden, den bereits beschlossenen Atomausstieg zu verzögern. Diese politische Kehrtwende in Deutschland wäre ohne die Nuklearkatastrophe von Fukushima undenkbar gewesen: In den Tagen nach dem Unglück kamen bundesweit rund 250.000 Menschen zu Demonstrationen zusammen und forderten die endgültige Abkehr von der Kernenergie. Solche Forderungen waren zwar schon rund 40 Jahre zuvor erhoben worden, setzten sich aber erst 2011 vorerst endgültig in einer breiten Mehrheit durch.

Veränderungen in der Moderne sind von einer besonderen Dynamik gekennzeichnet: Auf Seite der Veränderungswilligen herrscht die Ansicht vor, dass notwendige Reformen nicht oder zu langsam stattfinden oder gar blockiert werden. Dem entgegen stehen die Bewahrenden, die fürchten, dass sich die Gesellschaft zu schnell oder in die falsche Richtung verändert. Daraus erwachsen Konflikte. Denn Veränderungen ziehen stets weitere nach sich. Was in der Vergangenheit errungen wurde, wirft in der Gegenwart völlig neue Fragen auf. Verdeutlicht am Beispiel der Frauenbewegung in der alten Bundesrepublik: Noch bis 1977 mussten Frauen die Erlaubnis ihrer Väter oder Ehemänner

Seit 1996 fragt das Umweltbundesamt alle zwei Jahre die Bevölkerung, welchen Stellenwert der Klimaschutz angesichts anderer Probleme hat

UMWELTBEWUSSTSEIN IM ZEITVERLAUF

Relevante Ereignisse, politische Prozesse und deutsche Gesetzgebung zum Umwelt- und Klimaschutz zwischen 1996 und 2021



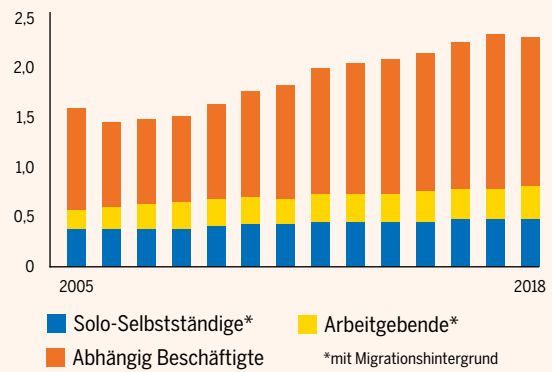
einholen, um arbeiten gehen zu dürfen. Heute sind vier von fünf Frauen erwerbstätig. Dieser Freiheitszuwachs ermöglicht es ihnen, ein selbstbestimmtes und finanziell unabhängiges Leben zu führen. So scheint es. Schaut man sich aber die Zahlen genauer an, wird deutlich, dass 77,8 Prozent der Frauen in Teilzeit beschäftigt sind, dass der Einkommensunterschied zu Männern weiterhin hoch ist und der Anteil weiblicher Führungskräfte gering. Die Missstände scheinen im Widerspruch zu den bisherigen Erfolgen der Emanzipation zu stehen. Formal ist die Gleichberechtigung längst ausgemachte Sache – in der Realität aber hat sich neuer Veränderungsdruck aufgebaut. Die umstrittene Quote für mehr weibliche Vorstände und Aufsichtsrätinnen ist teils eine politische Konsequenz daraus.

Daran wird deutlich: Mit jeder Entscheidung entstehen neue Fragen und Probleme, die sich in der Gegenwart noch gar nicht antizipieren lassen. Das gilt besonders für die größten Umwälzungen unserer Zeit, die Digitalisierung und den Klimawandel. Einige der drängendsten Probleme können längst nicht mehr nationalstaatlich gelöst werden, sondern nur multilateral, in mühsamen Verhandlungen, so wie auf der berühmten Klimakonferenz von Paris 2015, auf der sich nach jahrelangen Bestrebungen alle Staaten der Erde in letzter Minute darauf einigten, sich fortan verbindliche Ziele zum Klimaschutz zu setzen.

Der Wandel von Gesellschaften ist so unaufhaltbar wie konfliktreich, denn er birgt immer Chancen und Risiken zugleich. Dies gilt besonders für Veränderungen, in denen sich Bevölkerungsgruppen darum sorgen, als

BESCHÄFTIGUNGSEFFEKTE DURCH MIGRATION

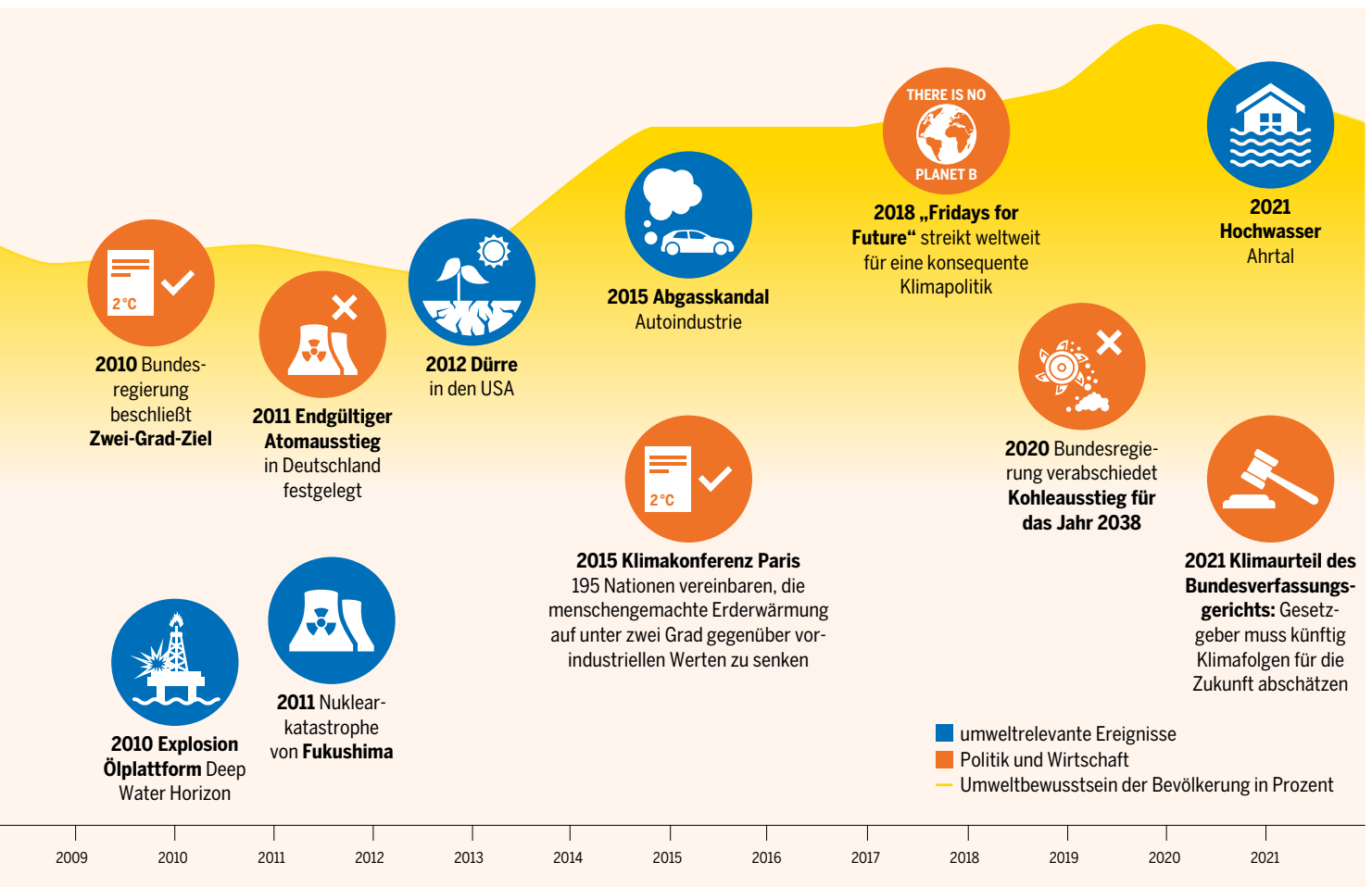
Selbstständige und deren Beschäftigte 2005–2018 in Millionen



© HEINRICH-BOLL-STIFTUNG · SOZIALATLAS 2022 | BERTELSMANN STIFTUNG

Die Anzahl der Mitarbeitenden, die von Selbstständigen mit Migrationshintergrund beschäftigt werden, ist von 1,55 Millionen im Jahr 2005 auf 2,27 Millionen 2018 gestiegen

Verlierer daraus hervorzugehen, so wie nach dem Mauerfall oder in der gegenwärtig anstehenden sozial-ökologischen Erneuerung Deutschlands. Politische Entscheidungen und gesellschaftliche Veränderungsprozesse sollten möglichst immer verständlich erklärt und soziale Härten abgefedert werden. Auch das sind ureigene Aufgaben sozialer Politik. ●



SOZIALE INNOVATIONEN

WENN IDEEN POLITIK WERDEN

Visionen können die Welt verändern. Wege zu mehr Chancengerechtigkeit finden, Wachstum neu definieren sowie einen Wohlstand ohne Umweltzerstörung ermöglichen – diese Themen prägen die Debatten unserer Zeit.

Die französische Schriftstellerin Olympe de Gouges verfasste 1791 eine revolutionäre „Erklärung der Rechte der Frau und Bürgerin“ – und landete zwei Jahre später unter der Guillotine. Im Jahr 1963 träumte der US-amerikanische Pastor Martin Luther King von einer Gesellschaft ohne Rassentrennung – und wurde wenige Jahre später erschossen.

Utopien werden oft als Tagträumerie abgetan: Sie scheinen so fernab der heutigen Wirklichkeit, dass sie sogar jenseits der Vorstellungskraft liegen. Dabei reicht ein Blick in die Geschichtsbücher, um festzustellen: Auch unsere Gegenwart galt einmal als Utopie.

Der jährlich erscheinende „Rainbow Europe Index“ ordnet 49 Länder der Region nach ihren Gleichstellungsgesetzen ein. Aserbaidschan schnitt 2021 am schlechtesten ab und Malta am besten

DER REGENBOGENINDEX FÜR EUROPA UND DIE KAVKASUS-REGION

LGBTI-Rechte im Vergleich von null Prozent (grobe Verletzungen der Menschenrechte, Diskriminierung) bis 100 Prozent (Achtung der Menschenrechte, volle Gleichheit)

100% Achtung der Menschenrechte, volle Gleichberechtigung

90%

80%

70%

60%

50%

40%

30%

20%

10%

0%

Achtung der Menschenrechte, volle Gleichberechtigung

Malta

Island 54%

Belgien

Luxemburg

Portugal

Norwegen

Finnland/Schweden/Spanien

Dänemark/Vereinigtes Königreich

Montenegro

Niederlande

Frankreich

Island

Irland

Deutschland

Österreich

Griechenland

Kroatien

Slowenien

Bosnien und Herzegowina

Schweiz

Estland

Andorra/Kosovo

Albanien/Ungarn/Serbien

Zypern

Slowakei

Nordmazedonien/Georgien

Tschechien

Litauen

Italien

Moldawien/Bulgarien

Rumänien/Liechtenstein

Ukraine

Lettland

San Marino/Polen

Belarus

Monaco

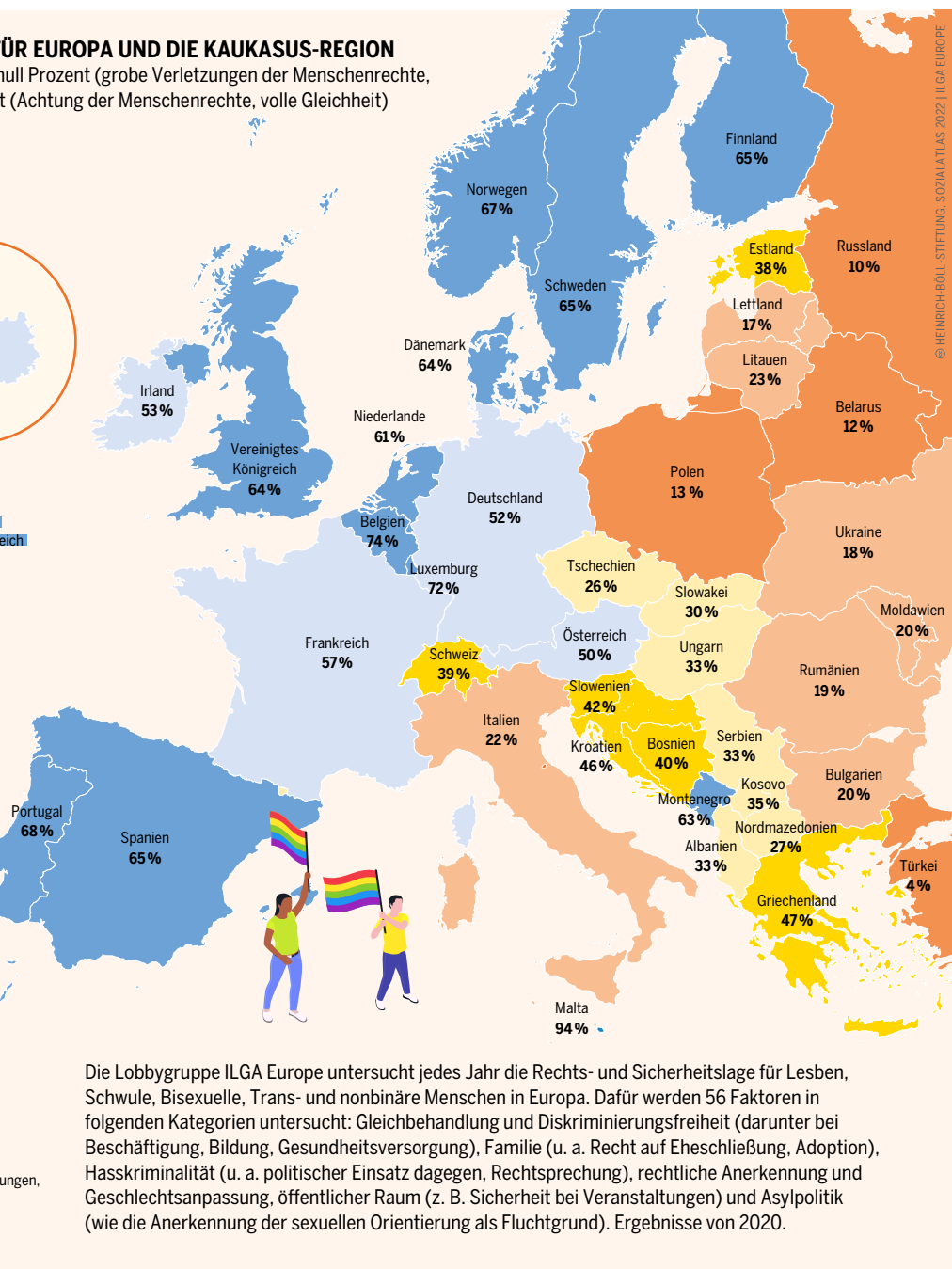
Russland

Armenien

Türkei

Aserbaidschan

Grobe Menschenrechtsverletzungen, Diskriminierung



Die Lobbygruppe ILGA Europe untersucht jedes Jahr die Rechts- und Sicherheitslage für Lesben, Schwule, Bisexuelle, Trans- und nonbinäre Menschen in Europa. Dafür werden 56 Faktoren in folgenden Kategorien untersucht: Gleichbehandlung und Diskriminierungsfreiheit (darunter bei Beschäftigung, Bildung, Gesundheitsversorgung), Familie (u. a. Recht auf Eheschließung, Adoption), Hasskriminalität (u. a. politischer Einsatz dagegen, Rechtsprechung), rechtliche Anerkennung und Geschlechtsanpassung, öffentlicher Raum (z. B. Sicherheit bei Veranstaltungen) und Asylpolitik (wie die Anerkennung der sexuellen Orientierung als Fluchtgrund). Ergebnisse von 2020.

Auch andere gesellschaftspolitische Konzepte und technologische Erfindungen wie die Sozialversicherungen, die Sharing Economy, das Smartphone und die Solarenergie galten einmal als utopisch – bis sie selbstverständlich wurden.

Die Geschichte zeigt: Ideen können die Welt verändern. Was sind unsere Utopien und Visionen, wie soll die Gesellschaft im Jahr 2050 aussehen – ein Jahr, von dem uns weniger Zeit trennt als vom Mauerfall? Eine große Debatte unserer Zeit dreht sich dabei um neue Wege zu mehr Chancengerechtigkeit und Teilhabe in einer Gesellschaft, die offen, gleichberechtigt und zugänglich für alle sein soll. Wie schafft man Zugänge ohne Diskriminierung in Bezug auf Gender, sexuelle Orientierung, Herkunft und soziale Milieus? Hat es Vorrang, die Möglichkeit zur Erwerbsarbeit für alle zu schaffen, die dazu in der Lage sind? Oder benötigen wir Leistungen, die unabhängig davon garantiert werden, wie zum Beispiel ein bedingungsloses Grundeinkommen?

Verhandelt wird auch, ob und wie der Zugang zu Institutionen und Infrastruktur gelingt, sei es bei der Kinderbetreuung, der Mobilität, in der Bildung, im Internet oder beim Wahlrecht. Wenn Ideen zu Politik werden, geht es darum zu überlegen, wie sich die Gesellschaft organisiert und wer die Strukturen finanziert. Die Schnittstelle zwischen der Sozial- und der Bildungspolitik intelligent zu kombinieren, das ist eine der großen Herausforderungen.

Eine andere Debatte dreht sich um die ökologischen Fragen, die von den ökonomischen nicht mehr zu trennen sind. Nicht mehr nur diskutiert, sondern bereits getestet wird, inwiefern sich ein neuer Wohlstandsbegriff durchsetzen kann, der Lebensqualität nicht mehr primär über Konsum definiert. Immaterielle Errungenschaften rücken in den Vordergrund, wie die Zufriedenheit mit der eigenen Arbeit und mehr Zeit für Familie und Freundeskreis. Diskutiert wird dabei auch der Wachstumsbegriff, wie er bisher verstanden wird. Verfechter des „Degrowth“, eines kontrollierten Schrumpfens, konkurrieren mit denen, die ein „Green Growth“, ein ökologisch verträgliches Wachstum, propagieren.

„Wir haben die Erde nur von unseren Kindern geborgt“ lautet die bekannte Losung, die sich um die kommenden Generationen sorgt: Wie muss eine Gesellschaft aussehen, die einen intakten Planeten hinterlässt? Mit seinem Urteil vom April 2021 hat das Bundesverfassungsgericht den Weg gewiesen und die Politik zu mehr Klimaschutz verpflichtet. Es fordert eine „intertemporale Freiheitssicherung“: Der Gesetzgeber muss die Freiheit kommender Generationen mit der Freiheit heutiger Generationen abwägen.

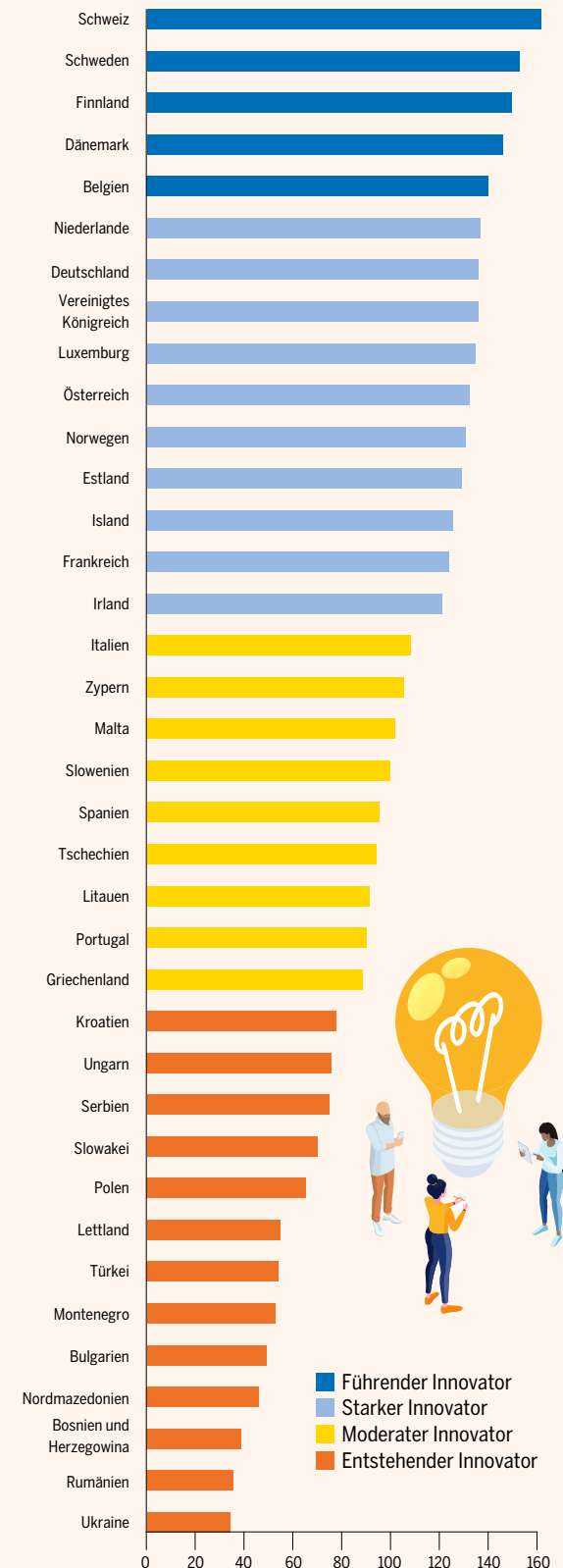
Sollte man nun optimistisch in die Zukunft schauen oder eher pessimistisch? Utopien sind immer umkämpft und werden nie von selbst zur Wirklichkeit. Es braucht etwas, das Philosophen „Possibilismus“ nennen: den Glauben daran, dass eine andere Welt möglich ist, wenn man dafür kämpft. Und die Geschichte zeigt: Es lohnt sich oft genug. ●

Schweden ist der Innovationsführer der EU, gefolgt von Finnland, Dänemark und Belgien, wobei die Innovationsleistung in diesen Ländern deutlich über dem EU-Durchschnitt von 120 Punkten liegt

WER IST WIE INNOVATIV IN EUROPA?

Länder-Ranking der EU-Kommission nach Punkten

Der Innovationsanzeiger der Europäischen Kommission bewertet über ein Punktesystem die Innovationsbereitschaft in Europa in fünf Clustern: Wissenschaft, Personal und Digitalisierung; Forschung, Entwicklung und Agilität; Finanzierung und staatliche Förderung; Bevölkerungsentwicklung, Beschäftigungs- und Wachstumseffekte. Ergebnis von 2021.



AUTORINNEN UND AUTOREN, QUELLEN VON DATEN, KARTEN UND GRAFIKEN

Alle Internetquellen wurden zuletzt im Dezember 2021 abgerufen. Der Sozialatlas ist im PDF-Format unter den Download-Adressen herunterzuladen, die im Impressum aufgeführt sind. Im PDF sind alle Links anklickbar.

10–11 SOZIALER ZUSAMMENHALT WAS DIE GESELLSCHAFT VERBINDET von Barbara Prainsack und Lukas Schlögl

S. 10: Bertelsmann Stiftung, Gesellschaftlicher Zusammenhalt in Deutschland 2020, S. 39, Abb. 10; S. 42, Abb. 13, <https://bit.ly/3nfg6qU>

S. 11: Bundeszentrale für politische Bildung (BPB): Datenreport 2021, S. 279, Abb. 1; S. 276, Abb. 2, <https://bit.ly/3p3dFYS>

12–13 DIE SOZIALE FRAGE DER WEG ZUM WOHLFAHRTSSTAAT von Josef Schmid

S. 12–13: eigene Zusammenstellung

14–15 SOZIALSYSTEM KOMPLEX, ABER GESTALTBAR von Manuel Emmler

S. 14: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS): <https://bit.ly/3CJfIpv>; Verbraucherzentrale: Wichtige Rechenwerte in der Sozialversicherung, Stand: 09/2021, <https://bit.ly/3HLQ8nP>; eigene Zusammenstellung

S. 15: eigene Zusammenstellung

16–17 STAAT UND MARKT AUFEINANDER ANGEWIESEN von Aysel Yollu-Tok

S. 16: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS): Sozialbudget 2019, S. 8, Tab. I-1, <https://bit.ly/3nNC4Cj>; Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS): Sozialbericht 2021, S. 332, Tab. I-1; S. 263, Tab. 1, <https://bit.ly/3HOHwN8>

S. 17: Socialnet.de: <https://bit.ly/3cHTwBE>

18–19 SOZIALBUDGET WOHLSTAND SCHAFFT SICHERHEIT von Judith Niehues

S. 18: Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS): Sozialbericht 2021, S. 343, Tab. III-1; S. 334, Tab. I-2, <https://bit.ly/3CLUJ5p>

S. 19 o.: Bundeszentrale für politische Bildung (BPB): Datenreport 2021. Ein Sozialbericht für die Bundesrepublik Deutschland, S. 255, Abb. 7; S. 256, Abb. 8, <https://bit.ly/3CQcXCO>

S. 19 u.: Bundeszentrale für politische Bildung (BPB): Zahlen und Fakten, <https://bit.ly/3p0WhUB>

20–21 WOHLFAHRTSMIX DIE STARKEN PARTNER DES STAATES von Wolfgang Schroeder

S. 20: eigene Zusammenstellung

S. 21: Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW): Gesamtstatistik 2016, S. 6; S. 9; S. 10; S. 11–13, <https://bit.ly/3CLVKEb>

22–23 VERANTWORTUNG NEUE VIELFALT DER FAMILIENMODELLE von Christina Boll

S. 22: Heinrich-Böll-Stiftung 2022

S. 23 o.: Bundeszentrale für politische Bildung (BPB): Datenreport 2021, S. 52, Tab. 1, <https://bit.ly/3HOIZ66>

S. 23 u.: Statistisches Bundesamt (DESTATIS): Erwerbsbeteiligung von Müttern zwischen 2008 und 2018 bundesweit gestiegen, <https://bit.ly/3xl7HG8>

24–25 ZIVILGESELLSCHAFT ENGAGEMENT, DAS ZUSAMMENHÄLT von Rainer Sprengel

S. 24: Stiftung aktive Bürgerschaft: Statistiken Bürgerengagement, <https://bit.ly/3r8e12S>; Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ): Freiwilliges Engagement von Frauen und Männern, S. 27, Abb. 6; S. 28, Abb. 7,

<https://bit.ly/3p01Imq>

S. 25: eigene Zusammenstellung

26–27 LEBENSÄUERE LÖSUNGEN FÜR STADT UND LAND von Klaus Habermann-Nieße

S. 26: eigene Zusammenstellung

S. 27: Bundeszentrale für politische Bildung (BPB): Datenreport 2021, S. 262, Abb. 2; S. 264, Tab. 4 <https://bit.ly/3oWQVAN>; Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS): Lebenslagen in Deutschland, Der Sechste Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung; S. 328, Abb. C.III.1.1, <https://bit.ly/3cIEhIy>; Statistisches Bundesamt (DESTATIS): Überbelastung durch Wohnkosten, <https://bit.ly/3GDzXkU>

28–29 KINDHEIT UND JUGEND

CHANCEN FÜR MORGEN

von Dorothee Schulte-Basta

S. 28: OECD: Ländernotiz Deutschland 2021, S. 1–13, <https://bit.ly/310zpmT>

S. 29: DJI: Kosten des Ausbaus der Ganztagesgrundschulangebote, S. 10, Tab. 3, <https://bit.ly/3FKSi52>;

Institut der deutschen Wirtschaft Köln e. V. (IW): IW-Report 5/2020, Ganztagsbetreuung von Grundschulkindern, S. 15, Abb. 2-8, <https://bit.ly/3raPc4y>

30–31 ARBEIT

BESCHÄFTIGUNG IM WANDEL

von Irene Dingeldey

S. 30: Statistisches Amt der Europäischen Union (EUROSTAT): <https://bit.ly/3zWREQ9>

S. 31 o.: Bundeszentrale für politische Bildung (BPB): Datenreport 2021, S. 159, Tab. 3, <https://bit.ly/30URStM>; Statistisches Bundesamt (DESTATIS): Kernerwerbstätige in unterschiedlichen Erwerbsformen (atypisch Beschäftigte) nach soziodemografischen Merkmalen und Wirtschaftsabschnitten, <https://bit.ly/3FCEkls>

S. 31 u.: Bertelsmann Stiftung: Bedeutung der Arbeit, S. 14, <https://bit.ly/32oQLmN>

32–33 INKLUSION

MEHR MITEINANDER

von Raul Krauthausen

S. 32: eigene Zusammenstellung; Informationsdienst Wissenschaft (IDW): Inklusion behinderter Menschen auf dem EU-Arbeitsmarkt noch weit von den UN-Zielvorgaben entfernt, 17.6.2015, <https://bit.ly/3cMRctb>

S. 33: eigene Zusammenstellung

34–35 GESUNDHEIT

DER PREIS DES FORTSCHRITTS

von Jörg Sauskat

S. 34: EUROSTAT/OECD, S. 33, <https://bit.ly/3fe6OqM>; Statistisches Amt der Europäischen Union (EUROSTAT): Ageing Europe, Health: Life expectancy at the age of 65 by sex, 2019, <https://bit.ly/3r2NHao>

S. 35: Bundeszentrale für politische Bildung (BPB): Datenreport 2021, S. 334, Abb. 1, Tab. 1, <https://bit.ly/3nNprqP>

36–37 EINKOMMEN

EXISTENZEN SICHERN

von Gerhard Bäcker

S. 36: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung e. V. (DIW): Wochenbericht 45/2019, S. 820, Abb. 2; S. 821, Abb. 4, <https://bit.ly/3DSq73Q>; Statistisches Bundesamt (DESTATIS): Sozialstruktur und soziale Lagen, S. 282, Abb. 3, <https://bit.ly/3HJMkmZ>

S. 37: eigene Zusammenstellung; Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS): Forschungsbericht 545, Kurzexpertise: Selbstständige Erwerbstätigkeit in Deutschland, <https://bit.ly/3CKYgkE>;

Berlin Social Science Center (WZB): S. 26, Abb. 3, <https://bit.ly/3nhBdsj>

38–39 ALTER

AKTIV IN DER DRITTEN LEBENSPHASE

von Heinrich-Böll-Stiftung

S. 38, S. 39 o.: Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS): Altes Eisen oder mitten im Leben? S. 15, Abb. 6; S. 16, Abb. 7; S. 10, Abb. 1; S. 11, Abb. 2, S. 19, Tab. 2; S. 28, Abb. 17, <https://bit.ly/3DNMh7i>

S. 39 o.: ZDFheute: Anfrage der Linkspartei, Mehr als eine Million Rentner arbeiten noch, <https://bit.ly/3DQdUfY>

S. 39 u.: Statistisches Amt der Europäischen Union (EUROSTAT): Ageing Europe, Population: How many people aged 65 years [...] 2020, <https://bit.ly/3nj90M1>

40–41 PFLEGE

ANGEHÖRIGE UND FACHKRÄFTE STÄRKEN

von Ulrike Baureithel

S. 40: Bundesministerium für Gesundheit (BMG): Siebter Pflegebericht, S. 12, Abb. 2; S. 15, Abb. 5, <https://bit.ly/3E4cqyV>

S. 41: Statistisches Bundesamt (DESTATIS): Bevölkerung in Deutschland, <https://bit.ly/3nzzizK>; Männerberufe, Frauenberufe? <https://bit.ly/3r6TBXW>

42–43 WOHLSTANDSSICHERUNG

NEUE STRUKTUREN, NEUE WERTE

von Veronika Grimm

S. 42: Bundestagsfraktion Bündnis 90/Die Grünen: Arbeitskräftebedarf nach Sektoren, Qualifikationen und Berufen zur Umsetzung der Investitionen für ein klimaneutrales Deutschland, S. 50, Abb. 10; S. 51, Abb. 11, <https://bit.ly/3xj52wM>

S. 43: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (STATISTISCHE ÄMTER): Regionalatlas Deutschland, <https://bit.ly/3r470Ab>; Regionaldatenbank Deutschland, <https://bit.ly/30ZmOtl>

44–45 GESELLSCHAFT IM WANDEL

BESTÄNDIGE VERÄNDERUNG

von Tmnit Zere

S. 44: Umweltbundesamt (UBA): Umwelteinstellung in Deutschland von 1996 bis 2016, S. 39, Abb. 40, <https://bit.ly/3oUmRyp>

S. 45: Bertelsmann Stiftung: Migrantunternehmen in Deutschland zwischen 2005 und 2018, S. 32, Abb. 35, <https://bit.ly/3cMbm6s>

46–47 SOZIALE INNOVATIONEN

WENN IDEEN POLITIK WERDEN

von Wolfgang Gründinger

S. 46: ILGA Europe: Rainbow Map 2021, <https://bit.ly/3HQhjO1>; ILGA Europe: Rainbow Index 2021: <https://bit.ly/3l4Y2Pm>

S. 47: European and Regional Innovation Scoreboards 2021 (EIS-RIS), <https://bit.ly/3FFOjGB>

HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG

Die Heinrich-Böll-Stiftung mit Sitz in Berlin-Mitte ist eine politische Stiftung und steht der Partei Bündnis 90/Die Grünen nahe. Die Stiftung versteht sich als Agentur für grüne Ideen und Projekte, als reformpolitische Zukunftswerkstatt und internationales Netzwerk mit Partnerprojekten in rund 60 Ländern. Sie kooperiert mit ihren Landesstiftungen in allen Bundesländern.

Heinrich Bölls Ermutigung zur zivilgesellschaftlichen Einmischung in die Politik ist Vorbild für die Arbeit der Stiftung. Ihre vorrangige Aufgabe ist die politische Bildung im In- und Ausland zur Förderung der demokratischen Willensbildung, des gesellschaftspolitischen Engagements und der Völkerverständigung. Dabei orientiert sie sich an den politischen Grundwerten Ökologie, Demokratie, Solidarität und Gewaltfreiheit.

Ein besonderes Anliegen ist ihr die Verwirklichung einer demokratischen Einwanderungsgesellschaft sowie einer Geschlechterdemokratie als eines von Abhängigkeit und Dominanz freien Verhältnisses der Geschlechter. Darüber hinaus fördert die Stiftung Kunst und Kultur als Element ihrer politischen Bildungsarbeit und als Ausdrucksform gesellschaftlicher Selbstverständigung.

Die Themen Mobilität, Verkehrswende und öffentliche Räume sind Arbeitsschwerpunkte der Heinrich-Böll-Stiftung. Dazu gibt es Veranstaltungen, Podcasts und Publikationen wie diesen Sozialatlas.

Heinrich-Böll-Stiftung

Schumannstr. 8, 10117 Berlin

www.boell.de



DIE UMFRAGE ZUM SOZIALATLAS

Liebe Leserinnen und Leser,

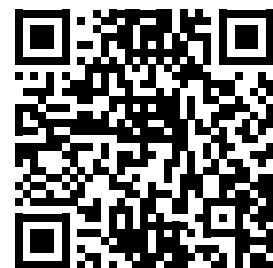
der „Sozialatlas“ informiert Sie über wichtige Fragen zum Thema – ausgewählt und prägnant.

Um unsere Angebote zu verbessern oder künftig einen Atlas Ihrer Wahl zu veröffentlichen, möchten wir Sie bitten, an einer kurzen Umfrage teilzunehmen, die nur wenige Minuten dauert.

Scannen Sie dafür diesen QR-Code oder geben Sie folgenden Link ein:

on.boell.de/umfragesozialatlas

Herzlichen Dank!



ATLANTEN DER HEINRICH-BÖLL-STIFTUNG



**SOZIALATLAS
2022**
boell.de/sozialatlas



**PESTIZIDATLAS
2022**
boell.de/pestizidatlas



**FLEISCHATLAS
2021**
Weitere Ausgaben:
Englisch: Europäische Union
boell.de/fleischatlas



**INFRASTRUKTURATLAS
2020**
boell.de/infrastrukturatlas



**INSEKTENATLAS
2020**
Weitere Länder- und
Regionalausgaben:
Englisch: Europäische Union
Deutsch: Österreich
boell.de/insektenatlas



**PLASTIKATLAS
2019**
Weitere Länder- und
Regionalausgaben:
Englisch: Europäische
Union, Asien, Nigeria, Palästina
Französisch: Frankreich,
Marokko, Senegal, Tunesien
Spanisch: El Salvador
Portugiesisch: Brasilien
Arabisch: Palästina
Birmanisch: Myanmar
Bulgarisch: Bulgarien
Chinesisch: China
Georgisch: Georgien
Griechisch: Griechenland
Khmer: Kambodscha
Russisch: Russische Föderation
Tschechisch: Tschechien/
Slowakei
boell.de/plastikatlas



**MOBILITÄTSATLAS
2019**
Weitere Ausgaben:
Englisch: European
Mobility Atlas
boell.de/mobilitaetsatlas



AGRAR-ATLAS 2019
Weitere Länder- und
Regionalausgaben:
Englisch: Europäische Union
Französisch: Frankreich
Italienisch: Italien
Polnisch: Polen
Spanisch: Europäische Union
Deutsch: Österreich
boell.de/agrar-atlas



ENERGIEATLAS 2018
Weitere Länder- und
Regionalausgaben:
Englisch: Europäische Union
Französisch: Frankreich
Tschechisch: Tschechien
boell.de/energieatlas



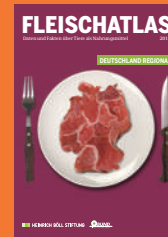
FLEISCHATLAS 2018
boell.de/fleischatlas



MEERESATLAS 2017
Weitere Länder- und
Regionalausgaben:
Englisch: USA
Französisch: Frankreich,
Senegal, Tunesien, Marokko
Spanisch: Lateinamerika
Arabisch: Palästina
Chinesisch: China
Khmer: Kambodscha
Russisch: Russische Föderation
Türkisch: Türkei
boell.de/meeresatlas



KONZERNATLAS 2017
Weitere Länder- und
Regionalausgaben:
Englisch: Europäische Union
Portugiesisch: Brasilien
boell.de/konzernatlas



FLEISCHATLAS 2016
boell.de/fleischatlas



KOHLEATLAS 2015
Weitere Länder- und
Regionalausgaben:
Englisch: Europäische
Union, Nigeria
Spanisch: Lateinamerika
Bosnisch:
Herzegowina, Nord-
Mazedonien, Albanien
Polnisch: Polen
Tschechisch: Tschechische
Republik
boell.de/kohleatlas



BODENATLAS 2015
Weitere Länder- und
Regionalausgaben:
Englisch: Europäische Union
Deutsch: Österreich
Französisch: Frankreich
Tschechisch: Tschechien
boell.de/bodenatlas



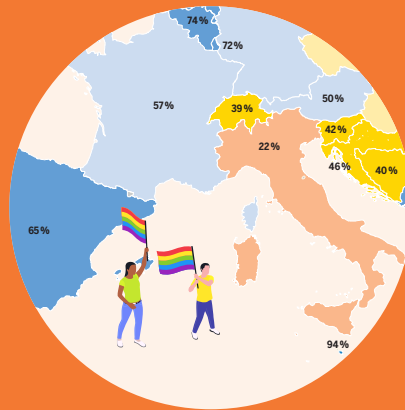
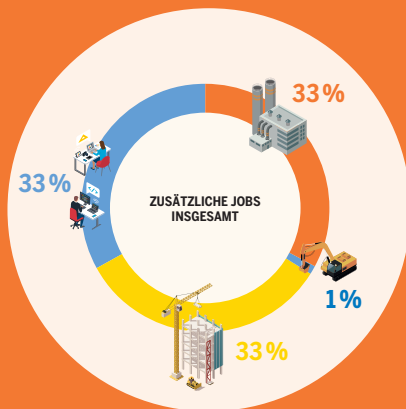
EUROPA-ATLAS 2014
boell.de/europaatlas



FLEISCHATLAS 2014
boell.de/fleischatlas



FLEISCHATLAS 2013
Weitere Länder- und
Regionalausgaben:
Englisch: Europäische
Union
Französisch: Frankreich
Portugiesisch:
Lateinamerika
Spanisch: Lateinamerika
Tschechisch: Tschechien
Türkisch: Türkei
boell.de/fleischatlas



Die Kinder von heute gestalten den sozialen Zusammenhalt von morgen. Ungünstige Startbedingungen auszugleichen ist eine besondere Verpflichtung des Staates.

aus: CHANCEN FÜR MORGEN, Seite 28

Für die Gestaltung der Gesellschaft spielt neben dem Staat, seinem Sozialversicherungssystem und der Wirtschaft die organisierte Zivilgesellschaft, der sogenannte „Dritte Sektor“, eine zentrale Rolle.

aus: DIE STARKEN PARTNER DES STAATES, Seite 20

Um Sozialpolitik angemessen umzusetzen, bedarf es einer ausreichenden finanziellen Ausstattung, die nur von einer Wirtschaft erbracht werden kann, die von eben dieser Sozialpolitik gestärkt wird.

aus: AUFEINANDER ANGEWIESEN, Seite 16

Der Wille zur Veränderung, Mut zum Risiko, aber auch Pragmatismus und Zusammenhalt sind gefragt in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft.

aus: NEUE STRUKTUREN, NEUE WERTE, Seite 42